illoyal

Nr. 8 Sommer 99 Journal für Antimilitarismus · 4 DM

Ökologisch DENKEN – europaweit HANDELN

Nato-Krieg in Europa
Kosovo: Tornados statt Dialog
Kriegstazsachen • Wilde NATO
Rumble in the Jungle

Inhalt

3 Worte zum Quartal

NATO-Krieg in Europa

4 Wer hat gesiegt im Krieg gegen Jugoslawien, wer verloren?
7 Erste Bilanz
9 Die wilde NATO in Europa
12 Mit Auschwitz in das Kosovo
14 Wir machen hier Flüchtlingsrotation
16 Bomben auf Zivilisten – Abschiebung zu den Folterern
18 Kriegsaufrüttelung
19 Rot-Grün bis ins Blut
21 Stammtisch medial
22 Keine Wundermittel, aber fundierte Vorschläge

Berichte

25 News
27 Kongo: Rumble in the Jungle
30 Die Kurden haben nur dieses eine Fest
33 Demokratisches Gelöbnis?
35 Grüne AussteigerInnen suchen einen Weg

Totale Kriegsdienstverweigerung

36 Immunität aufgehoben, Revision abgelehnt
36 Neun Monate für Jörg

Innenansichten

38 Reservisten ins Kosovo?
39 Enttäuschungen in Belgrad
40 Überraschungen in Potsdam
41 Nicht ohne meine richterliche Durchsuchungsanordnung

Service

42 Verweigerung von Zeit- und Berufssoldaten
43 Kontakte und Termine

Impressum
Herausgeber: Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V. · Oranienstr. 25 · 10999 Berlin
Tel. 0 30 / 615 11 23 · Fax 0 30 / 61 50 05 29 · e-mail: illoyal@Kampagne.DE · Internet: http://www. illoyal.Kampagne.DE
Redaktion: Frank Brendle, Ulrike Gramann (V.i.S.d.P.), Sigurd Jennerjahn, Sabine Schaaf, Tim Zülch
Die veröffentlichten Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein.
Wir freuen uns über eingesandte Beiträge, übernehmen jedoch keine Haftung und behalten uns den Abdruck vor.
Gestaltung: Marc Berger · Karikatur: Andreas Otto · Druck: agit · Redaktionsschluß: 10. Juni 1999

Bezug: illoyal erscheint einmal im Quartal. Für Mitglieder des Vereins Mit uns gegen die Wehrpflicht ist der Preis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Einzelpreis: DM 4,00 zuzüglich Porto. Jahresabonnement: DM 20,00 inklusive Versand.
ISSN: 1434-2871

Worte zum Quartal

Liebe Leserinnen und Leser,

der NATO-Angriff gegen Jugoslawien wurde für beendet erklärt. Die VerfechterInnen einer militärischen Intervention auf dem Balkan fühlen sich, als hätten sie gesiegt. Merkwürdigerweise erklärte auch der jugoslawische Präsident Milosevic sich zum Sieger des Krieges. »Kriege werden nicht gewonnen«, wußte die Friedensbewegung der 80er Jahre noch. Und so stehen auch diesmal die VerliererInnen schon fest: die kosovo-albanischen und serbischen Flüchtlinge, von denen viele noch nicht wissen, wo und wie sie den Winter verbringen werden; die Menschen, die durch die Bomben Wohnung, Arbeit, Existenz verloren haben. Und die, die endgültig verloren haben: die bisher ungezählten Toten der Luftangriffe und des Hasses auf beiden Seiten. Wem nützt es, wenn die Verluste als Sieg für den Frieden schöngeredet werden? Eine erste politische Bilanz legt Regina Hagen vom Darmstädter Friedensforum vor. Die Wahrheit wurde wie immer im Krieg das erste Opfer. Markus Bickel zeigt, wie die einst links-alternative taz zum Sprachrohr der rot-grünen Kriegsherren wurde. Gerhard Piper beschreibt für *illoyal*, wie die NATO mit ihrer neuen Strategie jetzt realisiert, was sie schon immer gern getan hätte. Für die Menschen, die vor Krieg und Vertreibung fliehen, bleibt alles beim alten. Darüber sprachen wir mit der flüchtlingspolitisch engagierten Rita Kantemir und dokumentieren die auch nach dem vermeintlichen Kriegsende noch aktuelle Rede, die Heiko Kauffmann (Pro Asyl) bei der Berliner Friedensdemonstration hielt.

Der Schwenk der Grünen zum ganz gewöhnlichen Militarismus brachte Austritte und Abspaltungen. »REGENBOGEN«, eine der hoffnungsvollen neuen Gruppen, stellt sich vor. Große Hoffnungen macht sich die grüne Partei wegen der ebenfalls zahlreichen Neueintritte. Ob die neu Beigetretenen damit die in einer Regierungspartei mögliche Karriere anstreben oder die Illusion hegen, die Partei »von innen« reformieren zu können, wurde uns bis Redaktionsschluß nicht bekannt. Wir erinnern uns der vielen, die die SED von innen erneuern oder den langen Marsch durch die Institutionen antreten wollten, und bleiben skeptisch. Da die Grünen versprachen, mit ihnen gebe es keine öffentlichen Gelöbnisse der Bundeswehr mehr, werden wir in Berlin am 20. Juli gewiß eine neue Probe ihrer Zuverlässigkeit erhalten. Möchte die Bundeswehr das Attentat auf Adolf Hitler nun zu einer Vorläuferaktion für das eigene Wirken – out of area vielleicht – machen?

Außerdem in diesem Heft: Krieg im Kongo, ein Gespräch über die Situation in Kurdistan und ein Bericht vom Prozeß gegen den Totalverweigerer Jörg Eichler.

Auf Meinungen und Kritik sind wir wie immer neugierig. Auch Ihr persönlich-politisches Fazit des Krieges gegen Jugoslawien weckt unser Interesse. Schreiben Sie uns! Der nächste Redaktionschluß ist der 6. September.

Einen schönen Sommer wünscht Ihnen

Ihre Redaktion *illoyal*

Karikatur Andreas Otto

Wer hat gesiegt im Krieg gegen Jugoslawien,

Der US-amerikanische Präsident Bill Clinton hat am 10. Juni 1999 vollmundig verkündet, die NATO habe gegen Jugoslawien einen »Sieg« errungen. Das serbische Parlament hat den »Friedensplan« der G8-Staaten gebilligt, das jugoslawische Militär handelte eine »technisch-militärische Vereinbarung« über die Einstellung sämtlicher Kampfhandlungen beider Seiten (das heißt auch das Ende des Bombardements der Bundesrepublik Jugoslawien durch die NATO) und den Rückzug der jugoslawischen Sicherheitskräfte aus.
Zwar hat die NATO das erklärte Ziel dieses Krieges, den sicheren Verbleib von Kosovo-Albanern in ihrer Heimat, nicht erreicht. Auch hat die vollständige Zerstörung der jugoslawischen Infrastruktur im Kosovo wie in den übrigen Landesteilen wohl kaum zu einem besseren und friedlicheren Zusammenleben der unterschiedlichen Volksgruppen in Jugoslawien beigetragen. Aber egal. Aus Sicht der westlichen Kriegsbeteiligten hat Milosevic klein beigegeben. Er hat kapituliert, verloren. Die NATO feiert den ersten »Sieg«, der ausschließlich aus der Luft errungen wurde. Recht haben sie! Oder?
Auch der jugoslawische Präsident Slobodan Milosevic erklärte sich zum Sieger. In einer Fernsehansprache verkündete er seinem kriegsgebeutelten Volk stolz: »Wir werden das Kosovo nicht aufgeben, Wir haben das Kosovo niemals aufgegeben. Heute ist die territoriale Integrität und Souveränität Jugoslawiens von den G8-Staaten und der UNO garantiert. ... Offene Fragen bezüglich einer möglichen Unabhängigkeit des Kosovos aus der Zeit, bevor die Aggression begann, wurden mit dem Belgrader Abkommen beantwortet. ... Wir haben gezeigt, daß unser Militär unverwundbar ist, ich bin sicher, wir haben das beste Militär auf der Welt...«
Zwar mögen Zweifel an seiner letzten Aussage erlaubt sein. Aber tatsächlich wird in dem 12-Punkte-Plan der G8-Länder wie in der UNO-Sicherheitsresolution zum Jugoslawienkrieg anerkannt, daß das Kosovo ein Teil der Bundesrepublik Jugoslawien bleibt und lediglich mit Autonomierechten ausgestattet wird. Außerdem wurde in den Sicherheitsratbeschluß ausdrücklich hineingeschrieben, »die Verantwortung für die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit« liege vorrangig in der Verantwortung des Sicherheitsrates, also nicht bei der NATO, wie diese im Jugoslawienkrieg glauben machen wollte. »Wir haben gesiegt, wir Serben haben die NATO besiegt«, zitierte das Darmstädter Echo gestern einen siegestrunkenen jungen Mann aus Belgrad. Hat er etwa auch recht?
Da sei doch die Frage erlaubt: Worum wurde dieser Krieg eigentlich geführt?
Die NATO begann am 24. März 1999 ihren dem Völkerrecht, dem Grundgesetz und dem NATO-Statut widersprechenden Angriffskrieg gegen Jugoslawien, um Präsident Milosevic »zur Räson« zu bringen. Seine »Obstruktionspolitik« bei den »Friedensverhandlungen« im Rambouillet und die massenhaften Vertreibungen, Ermordungen und Menschenrechtsverletzungen im Kosovo zwängen die »internationale Gemeinschaft« in Form der NATO zum »humanitären Eingreifen«. Die NATO wollte den jugoslawischen Präsidenten zur Unterschrift unter den in Rambouillet vorgelegten Vertrag erzwingen.

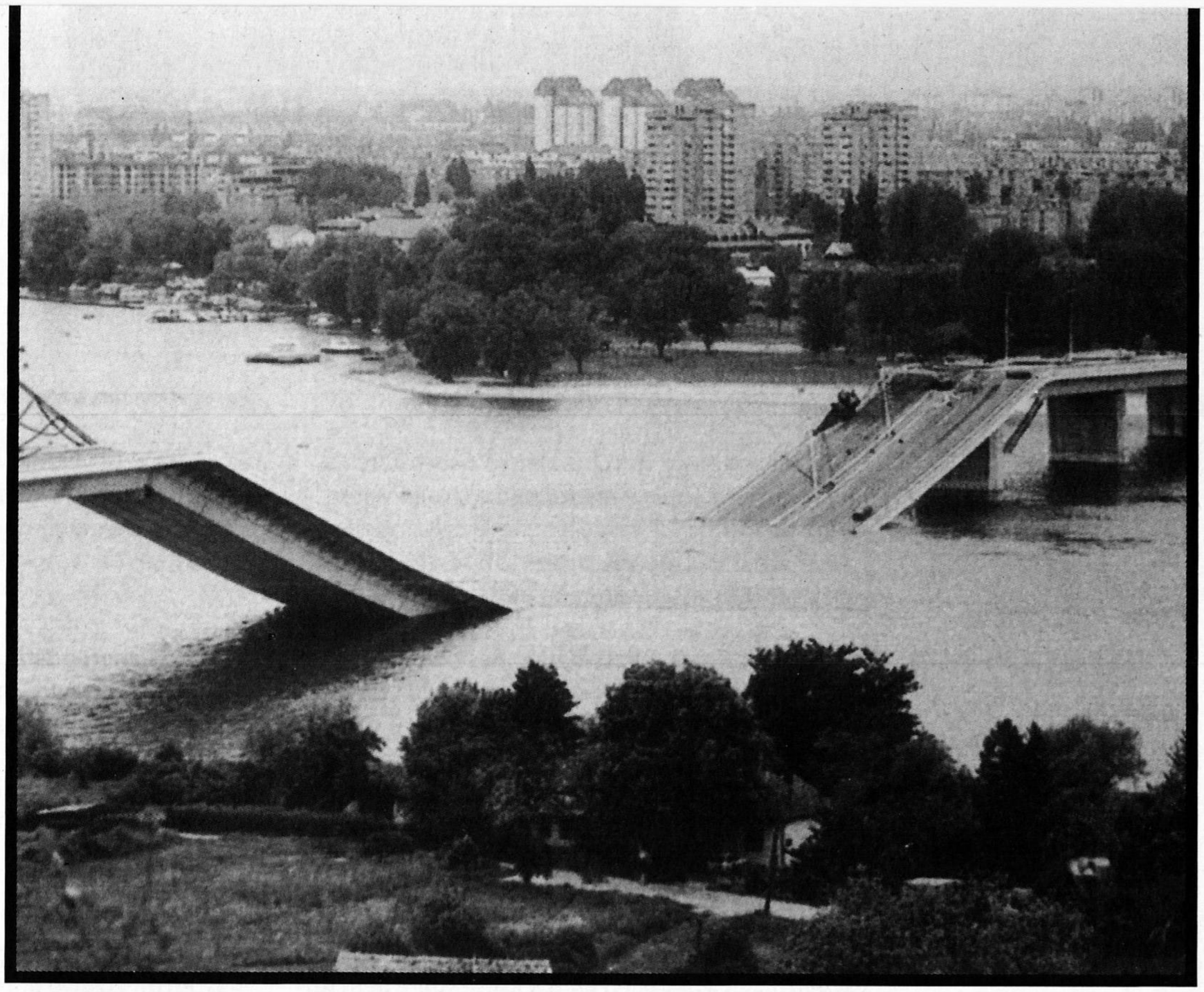
Eigentlich hatte die serbische Verhandlungsdelegation sich auch gar nicht gegen eine Unterschrift unter den Vertrag gewehrt. Über den politischen Teil des Abkommens war nahezu Einigkeit erzielt worden. Nur den nachträglich hinzugefügten militärischen Regelungen (d.h. Kapitel 7 mit Anhang B) konnten und wollten die Serben nicht zustimmen.

Jetzt, nach 11 Wochen Krieg, behauptet die NATO, die Serben in die Knie gezwungen und mehr herausgehandelt zu haben als ursprünglich vorgesehen. Was ist daran wahr? Ein Vergleich der am 10.6.99 verabschiedeten Resolution des UN-Sicherheitsrats für eine Friedenslösung im Kosovo mit den Regelungen des Rambouillet-Abkommens in der Fassung vom 23.2.99 bringt Aufschluß:

wer verloren ?

NATO-Krieg in Europa

Regelungen des Rambouillet-Vertrags	*Resolution des UN-Sicherheitsrates*
»Die Anwendung von Gewalt im Kosovo wird sofort aufhören.« Die Einhaltung durch alle Seiten wäre u.a. durch die vorgesehene Anwesenheit einer OSZE-Implementierungsmission und internationaler Hilfsorganisationen möglich gewesen.	Es wird das unverzügliche und nachprüfbare Ende der Gewalt im Kosovo durch jugoslawische Sicherheitskräfte vereinbart. Die Regelung bezüglich des Verhaltens der kosovo-albanischen UCK bleibt vage.
Es war keine aktive Beteiligung des UN-Sicherheitsrates am Friedensprozeß und seiner Umsetzung vorgesehen.	Der UN-Sicherheitsrat hat die Friedenslösung durch seine Resolution gebilligt und damit auf eine völkerrechtliche Basis gestellt.
»Der Status ... der Sicherheitskräfte im Kosovo einschließlich des Rückzugs« wird in dem Abkommen geregelt. Diese Regelungen waren von den Serben akzeptiert.	Der Rückzug der jugoslawischen Sicherheitskräfte aus dem Kosovo »nach einem zügigen Zeitplan« wird festgeschrieben.
»Die Parteien vereinbaren, daß die NATO eine Streitmacht aufstellen wird.« Diese sollte dem Abkommen durch Durchsetzung verhelfen. Kapitel 7 und der zugehörige Anhang B hatten vorgesehen, daß sich die NATO ohne UN-Mandat nicht nur im Kosovo sondern in ganz Jugoslawien frei und nach Belieben bewegen könnte. Damit wäre die Souveränität Jugoslawiens in hohem Maße verletzt worden – den Serben war somit die Zustimmung zum Vertragswerk unmöglich.	Die »Stationierung von zivilen und Sicherheitskräften im Kosovo unter Leitung der Vereinten Nationen« soll u.a. dazu dienen, die Einstellung der Feindseligkeiten und des Rückzugs zu überwachen, den Waffenstillstand (auch zwischen Serben und UCK) zu überwachen und die »Entmilitarisierung« der UCK zu organisieren. Die Resolution beschränkt sich auf den Kosovo und verweist auf die »Verpflichtung ... zur Souveränität und territorialen Integrität der Bundesrepublik Jugoslawiens.
Die Vertragsparteien erkennen die Notwendigkeit humanitärer Hilfe, des »Wiederaufbaus und der dauerhaften wirtschaftlichen Erholung »an. Dabei wird insbesondere vereinbart, daß »die Europäische Kommission innerhalb eines Monats eine internationale Geberkonferenz organisiert.« Außerdem wird zugesagt, daß »die internationale Gemeinschaft die Mittel ... zur Verfügung stellt.«	Die sichere Rückkehr der Flüchtlinge und die ungehinderte Arbeit humanitärer Hilfsorganisationen werden zugesichert, außerdem »Unterstützung beim Wiederaufbau der Schlüsselinfrastruktur und dem übrigen wirtschaftlichen Wiederaufbau«. Die UN-Resolution begrüßt die Absicht, einen »Stabilitätspakt für Südosteuropa« einzuführen.
Der Vertrag regelt den Aufbau einer eigenen Verwaltung, die Durchführung von Wahlen, die Funktion eines Ombudsmanns. Nach Ablauf von drei Jahren besteht die Möglichkeit, im Rahmen einer Volksabstimmung den Status des Kosovo neu zu bestimmen. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Kosovo wäre damit die Abspaltung von Jugoslawien gewiß.	Im Kosovo wird eine Interimsverwaltung aufgebaut, deren Hauptaufgabe die Errichtung einer »substantiellen Autonomie und Selbstverwaltung des Kosovo innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien« ist. Die Details sollen den im Abkommen von Rambouillet entsprechen. Unklar bleibt dabei, ob dies die vorgesehene Volkstabstimmung einschließt.
Die Vertragsparteien verpflichten sich, mit dem Internationalen Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien zusammenzuarbeiten.	Diese Regelung ist auch in der UN-Resolution enthalten.
Die militärische Entwaffnung der »anderen Streitkräfte« (gemeint ist die UCK) ist vorgesehen, bleibt im Detail aber dem Kommandeur der KFOR überlassen.	Die »UCK und andere bewaffnete kosovo-albanische Gruppen« werden auffordert, jegliche »offensive Aktionen zu beenden und die Forderungen für die Entmilitarisierung zu erfüllen«.



Novi Sad 1999

(Fast) alle sind Verlierer!

Verlierer sind bei diesem Krieg, der ohne zwingenden Grund geführt wurde, (fast) alle:

· Mindestens jeder zweite Kosovo-Albaner flüchtete ins Ausland oder schlug sich die vergangenen Wochen als Binnenflüchtling durch. Der Kosovo ist großenteils zerstört, die Felder blieben unbestellt, die Umwelt ist schwer geschädigt, Rückstände der Munition mit abgereichertem Uran bleiben für lange Zeit eine gefährliche Last. Und mit dem Abzug der jugoslawischen Armee fürchten nun ihrerseits die Serben die Rache der UCK und haben mit ihrem Exodus aus Kosovo begonnen.

· Die Infrastruktur und Industrie von Serbien und der Vojvodina, in etwas geringerem Umfang auch von Montenegro sind fast vollständig zerstört. Der bitterarme Sandschak mit seiner moslemischen Bevölkerungsmehrheit ist extrem gefährdet. Jugoslawien wurde in seiner Entwicklung weit zurückgeworfen. Im ganzen Land führten die NATO-Bombardements zu schweren Umweltschäden und Verseuchungen mit abgereichertem Uran.

· Die Menschen anderer Katastrophengebiete oder Hilfsprogramme in der übrigen Welt müssen ihre Gürtel noch enger schnallen. Das Geld wird jetzt in Europa dringender gebraucht. Der »Balkanplan« für die wirtschaftliche Konsolidierung Südosteuropas wird für künftige »Wohltaten« kaum noch Spielraum lassen.

· Auf allen Ebenen sind Abrüstungsverhandlungen ins Stocken geraten. Wenn die führende Weltmacht USA vorzeigt, daß das Recht beim Stärkeren liegt, haben andere Staaten kaum Anlaß, Rüstung zu verringern. Im Gegenteil: Rußland kündigte als Gegenmaßnahme zur unübersehbaren konventionellen Überlegenheit der USA an, wieder in die Entwicklung taktischer Atomwaffen zu investieren.

· Die Friedens- und Konfliktforschung versuchte seit langen Jahren, zivile Lösungsmöglichkeiten für solche Konflikte aufzuzeigen. Bislang wurden ihre Erkenntnisse von den PolitikerInnen rüde ignoriert, nun wird ihr hohnlachend vorgeworfen, daß ihre (nie befolgten) Rezepte den Krieg ja auch nicht verhindert hätten.

· Bestrebungen, den Umgang der Nationen miteinander vom Faustrecht weg hin zum Völkerrecht zu verlagern, haben einen herben Rückschlag erlitten. Mit der vordergründigen Argumentation, im Kosovo »humanitäre Hilfe« leisten zu wollen, hat die NATO der Kanonenbootpolitik zu einem neuen Höhenflug verholfen.

Doch es gibt auch Gewinner.

· Die NATO-Staaten haben ihren Kopf durchgesetzt. Sie hat die NATO instrumentalisiert, sich selbst für einen Angriffskrieg mandatiert und den UN-Sicherheitsrat lächerlich gemacht. Die ganze Welt hat verstanden, wer momentan das Sagen hat.

· Die Aktien der Rüstungsindustrie sind in den vergangenen drei Monaten gewaltig gestiegen. Einen Ausblick auf künftige Profiterwartungen gibt die Mitteilung des Rüstungsgiganten Raytheon, daß er mit einem Auftrag in Höhe von mindestens US$ 1 Milliarde rechnet, weil das Pentagon sein Waffenarsenal nach diesem Krieg wieder füllen müsse. In den USA, in Europa (wo die Westeuropäische Union zu einem »schlagkräftigen« Instrument ausgebaut werden soll) und in der ganzen Welt dürfen sich Rüstungskonzerne auf satte Umsatzsteigerungen freuen.

Regina Hagen, 12. Juni 1999

Erste Bilanz

16 Tage nach Kriegsbeginn, am 8. April, bezifferte die Berliner BZ die Kosten, die der Angriff gegen Jugoslawien bis zu diesem Tag verursacht hatte auf eine Höhe von über 12 Milliarden DM. Das sind etwa 1/2 Mrd. DM pro Tag. Die genauen Kosten hängen von der Anzahl der Angriffe pro Tag ab. Den ganzen Mai hindurch und Anfang Juni wurde die Zahl der geflogenen Angriffe pro Tag gesteigert, wie aus zahlreichen Meldungen in den Medien hervorging. Diese Kosten werden unter den 19 NATO-Staaten aufgeteilt.
Am 15. April gab die taz die Höhe der bis zu diesem Zeitpunkt entstandenen Kosten mit etwa DM 10 Milliarden Dollar an. Sie berief sich auf den Haushaltsexperten der CDU im Bundestag, Dietrich Austermann, der damals mit mindestens 1,2 Milliarden Mark für Einsätze in Bosnien und Kosovo rechnete. Die FAZ rechnete ebenfalls im April mit etwa 500 Millionen Dollar pro Tag.
Ein Höhepunkt der Angriffe war der 21./22. Mai. Die NATO flog 684 Angriffe in 24 Stunden. (taz vom 25. Mai 99) Am 31. Mai flog die NATO 772 eine Angriffswelle mit 772 Einsätzen, darunter 415 Kampfeinsätze. (taz vom 1. Juni)

Preis einer Cruise-Missiles-Rakete:

1,5 Mill. DM

(Anfang April warf die NATO etwa 18 solcher Raketen pro Tag.)

Preis einer Harm-Rakete der Bundeswehr:

DM 400.000

Preis einer Paveway II-Bombe:

DM 27.000

Preis einer Paveway III-Bombe:

DM 34.000

Stückpreis eines Apache-Hubschraubers:

27 Mill. DM

Kosten pro Flugstunde eines AWACS-Flugzeugs:

DM 270.000

Kosten pro Flugstunde eines Tornado GR1-Bombers:

DM 56.000

(alle Angaben: BZ vom 8. April 1999)

Preis eines Tarnkappenbombers: je nach Typ und Ausstattung

bis 3 Milliarden Dollar

Wirtschaftliche Schäden

Wiederaufbaukosten auf dem Balkan: mittelfristig auf 30 Milliarden Dollar
Eine Studie der Deutschen Bank Research (veröffentlicht am 31. Mai / 2. Juni 1999) kam zu folgenden Ergebnissen: Auf die westeuropäischen Volkswirtschaften habe der militärische Konflikt sowohl »wachstumsdämpfende als auch wachstumsfördernde«Auswirkungen. Die Exportquoten vor allem in Anrainerstaaten Jugoslawiens werden deutlich einbrechen, da diese mir Jugoslawien/Serbien ihren Hauptabsatzmarkt verlören. Auch die EU-Staaten hätten eher mit Defiziten in ihren Etats zu rechnen.
Die Donauschiffahrt ist zum Erliegen gekommen; die Schiffahrtsunternehmen der Anrainerstaaten erleiden täglich einen wirtschaftlichen Schaden von 20 Millionen DM. Jede und jeder möge sich selbst ausmalen, was das zum Beispiel für das wirtschaftlich und politisch instabile Rumänien bedeutet!
Mazedonien verliert durch den Stopp von Exporten nach Jugoslawien jeden Kriegsmonat 147 Millionen Dollar. Der bulgarische Verlust wegen der versperrten Exportwege beträgt jeden Tag 1,5 Millionen Dollar. Der bosnische Außenhandel wurde vor dem Krieg zu einem Drittel mit Jugoslawien abgewikkelt, entsprechend hoch sind Verluste jetzt. (Berliner Zeitung vom 22./23. Mai 99)

Bilanz der Zerstörungen:

Die Bundeswehr veröffentlichte nach 70 Tagen »Luftoperationen« am 1. Juni eine Bilanz der durch den NATO-Krieg bis zu diesem Zeitpunkt angerichteten Zerstörungen:
Danach wurde »durch die wiederholte Bombardierung der 9 militärischen Hauptflugplätze« deren Nutzungsmöglichkeit auch nach Reparatur zu fast 70% eingeschränkt. Wie weit diese Flugplätze zuvor auch zivil genutzt wurden, wird in der Mitteilung der Bundeswehr nicht bekanntgegeben. Sicher ist die zivile Nutzung der Straßen und Eisenbahnanlagen. 34 Straßen- und 11 Eisenbahnbrücken wurden zerstört. Die Bundeswehr spricht von »Unterbrechung« der Brücken, die »die Serben erheblich in ihrer Bewegungsmöglichkeit und bei ihrem Nachschub beeinträchtigt«. Weiterhin spricht die Bundeswehr von einer »selektive(n) Zerstörung der Stromversorgungsanlagen, die die militärischen Einrichtungen mit Energie versorgen«. Bekannt ist jedoch, daß nicht nur die serbischen Militärs oder Paramilitärs, sondern vor allem auch die jugoslawische Bevölkerung im Dunklen sitzt.
Im ND vom 20. Mai 1999 ist davon die Rede, daß die wichtigen jugoslawischen Industriezentren von Belgrad, Nis, Novi Sad und Kragujevac zerstört sind und daß die petrolchemische Industrie faktisch nicht mehr existiert. Eine unbekannte Zahl von Arbeitsplätzen wurde vernichtet.
Unbekannt ist das Ausmaß der Zerstörungen im Kosovo. USA-Quellen sprechen von 500 Ortschaften (ND 20. Mai 99), die von serbischen Sicherheitskräften, Milizen und Sonderpolizei niedergebrannt worden sein sollen. Diese Angaben sind nicht überprüfbar, da die Informationspolitik der USA und der NATO alles andere als transparent ist. Dementsprechend liegen auch keinerlei Angaben darüber vor, welche Folgen die militärischen Einsätz der UCK bisher gezeitigt haben.

Jugoslawische Opfer der NATO-Bombardierungen

Die NATO gibt die Zahl getöteter jugoslawischer Soldaten mit etwa 4.000 an. 6.000 sollen verletzt worden sein. (dpa 9. Juni) Eine Bilanz der Todesopfer unter der jugoslawischen Bevölkerung liegt nicht vor. Bis Anfang Juni sprach die jugoslawische Seite von 1.200, an anderer Stelle von 5.000 zivilen Todesopfern. Das ND zitierte Belgrad am 20. Mai mit weiteren 5.000 Schwerverletzten und 400 Personen, die bei der Zerstörung kosovarischer Städte durch NATO-Bomben zu Tode gekommen waren. Denkbar ist, daß die Zahl der Opfer höher liegt.

Flucht und Vertreibung

Das US-Außenministerium teilte Anfang Juni mit, es habe Massenerschießungen in 85 Orten im Kosovo gegeben. »Einigermaßen gesichert« war zu diesem Zeitpunkt die Zahl von 5.000 ermordeten ZivilistInnen im Kosovo. 400 bis 500 Dörfer sollen abgebrannt worden sein. Vergewaltigungen seien weit verbreitet vorgekommen. (taz vom 11.6.1999) Inzwischen werden auch höhere Zahlen ermordeter ZivilistInnen genannt. Am wenigsten gesichert waren immer die Zahlen über Binnenflüchtlinge in

Kosovo. Die NATO dürfte allerdings mit ihren hervorragenden Möglichkeiten der Luftaufklärung wenigstens in der Lage zu einer seriösen Schätzung gewesen sein. Daß Flüchtlingsgruppen ganz »verschwinden«, wie zu Anfang des Krieges wiederholt suggeriert wurde, ist nicht wahrscheinlich.
Das UNHCR spricht von knapp einer Million Flüchtlingen, von denen sich Mitte Juni über 780.000 in den Nachbarstaaten des Kosovo befanden. Albanien hatte bis zum 10. Juni 444.200, Mazedonien 244.500 und Montenegro über 69.800 Menschen aufgenommen. Bosnien hat 21.700 kosovo-albanische Flüchtlinge aufgenommen, außerdem im Zusammenhang mit dem Kosovo-Konflikt 22.000 Personen aus dem Sandschak und 30.900 Serben, Kroaten und Montenegriner.
Das UNHCR führt außerdem die Zahl von 60.000 Flüchtlingen in der Statistik, die nach jugoslawischen Angaben nach Serbien geflohen sind.
124.000 Menschen sind bereits vor dem Beginn des Krieges in verschiedene europäische Länder geflohen.
Nach einer Information von jugoslawischen Flüchtlingen aus Ungarn sollen dort 80.000 jugoslawische, darunter viele serbische Flüchtlinge registriert sein. Sie haben keinen offiziellen rechtlichen Status. An der ungarischen Grenze zur Vojvodina bei Szeged sollen nach vereinzelten Meldungen 30.000 ungarische Flüchtlinge (aus der Vojvodina) eingetroffen sein. Von jugoslawischen Oppositionellen wurde die Information weitergegeben, daß eine halbe Million Menschen vor den Bombardierungen aus serbischen Großstädten aufs Land geflohen sei. Die genaue Zahl ist unbekannt. Weiterhin unbekannt ist, wie viele Soldaten desertiert und wie viele Männer untergetaucht sind, um nicht im Kosovo eingesetzt zu werden.
Die BRD hat nach dem 24. März über 14.000 Flüchtlinge aufgenommen. Diese, die als Kontingentflüchtlinge nach Deutschland gekommen sind, wurden nach Kategorien wie Krankheit und Traumatisierung ausgewählt. Es halten sich wahrscheinlich deutlich mehr Flüchtlinge aus dem Kosovo in der BRD auf.
Bis zum Beginn des NATO-Angriffs waren sie ständig von Abschiebung bedroht. Bis dahin wurden auch Kosovo-AlbanerInnen zwangsweise nach Belgrad ausgeflogen, da die offizielle Haltung des bundesdeutschen Innenministeriums besagte, es gebe im Kosovo keine gezielte Verfolgung von AlbanerInnen.
Auch andere europäische Länder haben Flüchtlinge in teilweise erheblicher Zahl aufgenommen.

Flucht und Rückkehr

Mit dem Abzug der jugoslawischen Truppen sind serbische EinwohnerInnen aus dem Kosovo über die Grenze nach Serbien geflohen, getrieben vor allem von der Angst vor Racheakten. Das UNHCR bezifferte ihre Zahl am 23. Juni 99 auf 69.300. Wie sie in Serbien aufgenommen werden, ob sie sich dort ansiedeln können und vor allem wollen, ist unbekannt. Ein Teil der Flüchtlinge wird derzeit von der serbischen Seite gezwungen, im Kosovo zu bleiben bzw. dahin zurückzukehren. Ein UNHCR-Sprecher erklärte, es müsse alles getan werden, um die Menschen zum Bleiben zu bewegen.
Tausende kosovo-albanische Flüchtlinge kehren in ihre Heimatorte zurück, oft ohne größere Vorräte, oft ohne die Möglichkeit, in der nächsten Zeit irgendwelche Hilfen in Anspruch nehmen zu können, da sich eine Infrastruktur humanitärer Hilfe erst im Aufbau befindet. Hilfsorganisationen sind überrascht, wie schnell die Flüchtlinge zurückdrängen, und sprechen davon, daß die Rückkehr nicht überstürzt erfolgen sollte, um eine weitere Verschlechterung der Lebenssituation der Flüchtlinge zu vermeiden. Ihnen drohen Gefahren vor allem durch die bisher nicht geräumten Minen und durch herumliegende Munition der Luftangriffe.
Bis zum 23. Juni 99 waren laut UNHCR 210.000 Flüchtlinge zurückgekehrt. (Frankfurter Rundschau vom 24. Juni 99)

(zusammengestellt von der Red.)

Köln April 1945

Die wilde NATO im neuen Europa

Der Gipfel in Washington

Vom 23. bis 25. April tagten in Washington die Staats- und Regierungschefs der NATO.
Dieser Gipfel war gleich aus mehreren Gründen ein wichtiges Ereignis:
1. Am 4. April jährte sich die Unterzeichnung des Washingtoner Gründungsvertrages der NATO zum fünfzigsten Mal, und das diesjährige Treffen sollte eine verspätete Geburtagsfeier werden.
2. Die NATO-Osterweiterung war am 12. März in die Praxis umgesetzt worden, als mit Polen, Tschechien und Ungarn erstmals drei frühere Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes in die Allianz aufgenommen wurden.
3. Zum ersten Mal fand ein NATO-Gipfel unter Kriegsbedingungen statt, da das Bündnis seit dem 24. März täglich Jugoslawien wegen des Konfliktes im Kosovo bombardierte. Dieser bewaffnete Konflikt überschattete die gesamte Konferenz.
4. Der ursprünglich wichtigste Tagesordnungspunkt war die Verabschiedung eines neuen »Politischen Konzeptes« (1) über die sicherheitsheitspolitische Lage und die Rolle, die die NATO für sich anmaßt.

Eigentlich wollte sich die NATO der Welt als das erfolgreichste Militärbündnis präsentieren. Am Ende mußte sich die Allianz damit begnügen, daß der Gipfel ohne größere Kontroversen abgewickelt werden konnte. Dabei war das Politische Konzept seit Januar 1998 von einer NATO-Arbeitsgruppe überarbeitet worden. Soweit wie möglich mußten die Positionen der neunzehn NATO-Staaten aufeinander abgestimmt und ein Minimalkonsens hergestellt werden.

Das neue »Politische Konzept«

Selbst die NATO konstatiert heute die »Tatsache, daß ein großangelegter konventioneller Angriff gegen das Bündnis höchst unwahrscheinlich ist«. (Nr. 20 – Die Nummern beziehen sich auf die entsprechenden Abschnitte des Konzepts.) Statt dessen wird eine Vielzahl von Risiken aufgezählt: »Ethnische und religiöse Rivalitäten, Gebietsschwierigkeiten, unzureichende oder fehlgeschlagene Reformbemühungen, die Verletzung von Menschenrechten und die Auflösung von Staaten« (Nr. 20) Die NATO befürchtet, »solche Konflikte könnten (..) auf benachbarte Staaten einschließlich NATO-Staaten übergreifen«. (Nr. 20) Die NATO geht aber nicht nur von einem erweiterten Bedrohungsspektrum aus, damit einher geht die Forderung zur Ausweitung ihres Zuständigkeitsgebietes. Im Politischen Konzept wird von einem »euro-atlantischen Raum« schwadroniert, ohne daß dessen geographische Grenzen genauer bestimmt werden. Auch für Konflikte ausschließlich außerhalb des Bündnisses maßt sich die Allianz Zuständigkeiten an. Würde man dem zustimmen, dann wäre allein die Tatsache, daß Rußland an Polen angrenzt, ein hinreichender Grund, um dort bei der nächsten Krise einzumarschieren
Anders ausgedrückt: Die ganze Welt wird zur Interessensphäre der NATO gemacht.
Damit greift die NATO in die Kompetenzen des UN-Sicherheitsrates ein. Der Washingtoner Vertrag war noch bestimmt durch den »Glauben an die Ziele und Grundsätze der Satzung der Vereinten Nationen«. Damit soll nun Schluß sein. Im neuen Politischen Konzept heißt es lapidar: »Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen trägt die primäre Verantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und leistet in dieser Eigenschaft einen entscheidenden Beitrag zur Sicherheit und Stabilität im euro-atlantischen Raum.« (Nr. 15) Aber die UN-Charta hat nicht bestimmt, daß der UN-Sicherheitsrat *irgendeinen Beitrag* leistet, vielmehr legte sie fest, daß es allein und ausschließlich in der völkerrechtlichen Kompetenz des Sicherheitsrates liegt, über den Einsatz militärischer Gewalt zu befinden. (2)
Über die völkerrechtliche Legalität von NATO-Operationen hatte es innerhalb der NATO-Arbeitsgruppe monatelange Auseinandersetzungen gegeben. Während die USA auf eine Mandatierung durch den UN-Sicherheitsrat, also eine Mitentscheidung durch Rußland und China, jederzeit verzichten wollten, waren die Europäer gespalten. Die Briten vertraten dieselbe Position wie die Amerikaner; die Franzosen hingegen bestanden in jedem Falle auf einem Mandat; die Deutschen hielten ein Mandat zwar prinzipiell für notwendig, wollten sich aber im Einzelfall auch ohne Zustimmung des Sicherheitsrates an Kampfeinsätzen beteiligen.
Nichtsdestotrotz baut die Allianz ihre seit Jahren angestrebte Rolle, Interventionsinstrument zur Durchsetzung von Bündnisinteressen zu sein, weiter aus: »Im Zuge ihrer Politik der Friedenserhaltung, der Kriegsverhütung und der Stärkung von Sicherheit und Stabilität (..) wird die NATO (..) darum bemüht sein, Konflikte zu verhüten oder, sollte eine Krise auftreten, in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht zu deren wirksamer Bewältigung beitragen, einschließlich (...) Krisenreaktionseinsätzen.« (Nr. 31) Neu ist, daß die NATO künftig schon präventiv irgendwelche unspezifischen Aktionen durchführen will und – sollten diese fehlschlagen – sie zu Militärinterventionen entschlossen ist, die »Krisenmanagement« genannt werden sollen.
Mit einer grundlegenden Reform ihres Politischen Konzeptes von 1991 hätte die NATO Konsequenzen daraus ziehen können, daß vor zehn Jahren der Kalte Krieg zu Ende ging. Dazu aber war die NATO weder bereit noch in der Lage. Das neue Politische Konzept ist bloß eine Überarbeitung des alten Dokuments mit marginalen Veränderungen. Zwar gesteht die NATO ihren Interventionismus unumwunden ein, aber gerade die entscheidenden Fragen blieben offen: Wann, mit welchem Recht, gegen wen, wozu? Was nicht auf dem Papier durch das strategische Dokument beantwortet wurde, muß sich nun an der Praxis messen lassen.

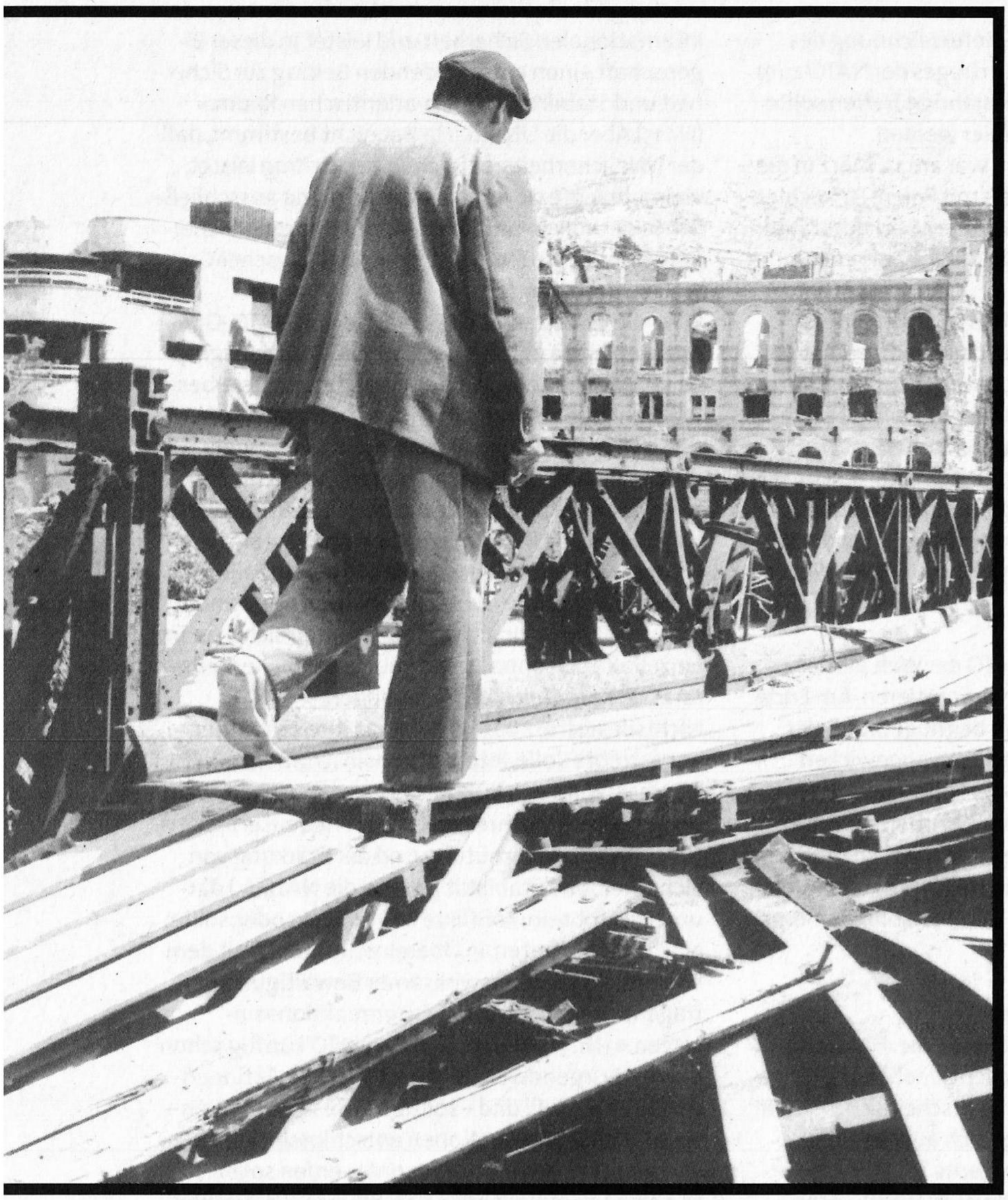
Sieg ohne Triumph

Der »Sieg« des weltweit größten Militärbündnisses gegen den jugoslawischen Reststaat war von Anfang an unvermeidlich. Der erste Sieg im ersten Krieg und zwar ohne eigene Verluste! Könnte ein militärischer Erfolg großartiger sein? Aber nicht Triumph, sondern ein Gefühl der Erleichterung herrscht vor. Man ist noch einmal davongekommen. Außerdem beanspruchen auch die Jugoslawen für sich, wieder einmal gewonnen zu haben. Den Kriegsopfern kann diese Debatte egal sein, sie ha-

(1) Veröffentlicht als »Das Strategische Konzept des Bündnisses«. Mit »Politisches Konzept« ist im folgenden immer das NATO-Papier gemeint.
(2) Der zitierte Abschnitt ist eigentlich eine Zurechtweisung des UN-Sicherheitsrates.

Quelle: Die NATO-Zitate sind entnommen aus: Das Strategische Konzept des Bündnisses, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 24, Bonn, 3. Mai 1999, S. 222-231.

ben in jedem Fall verloren. Wichtiger ist, welche Lehren aus diesem Krieg gezogen werden – auch von seiten der NATO.



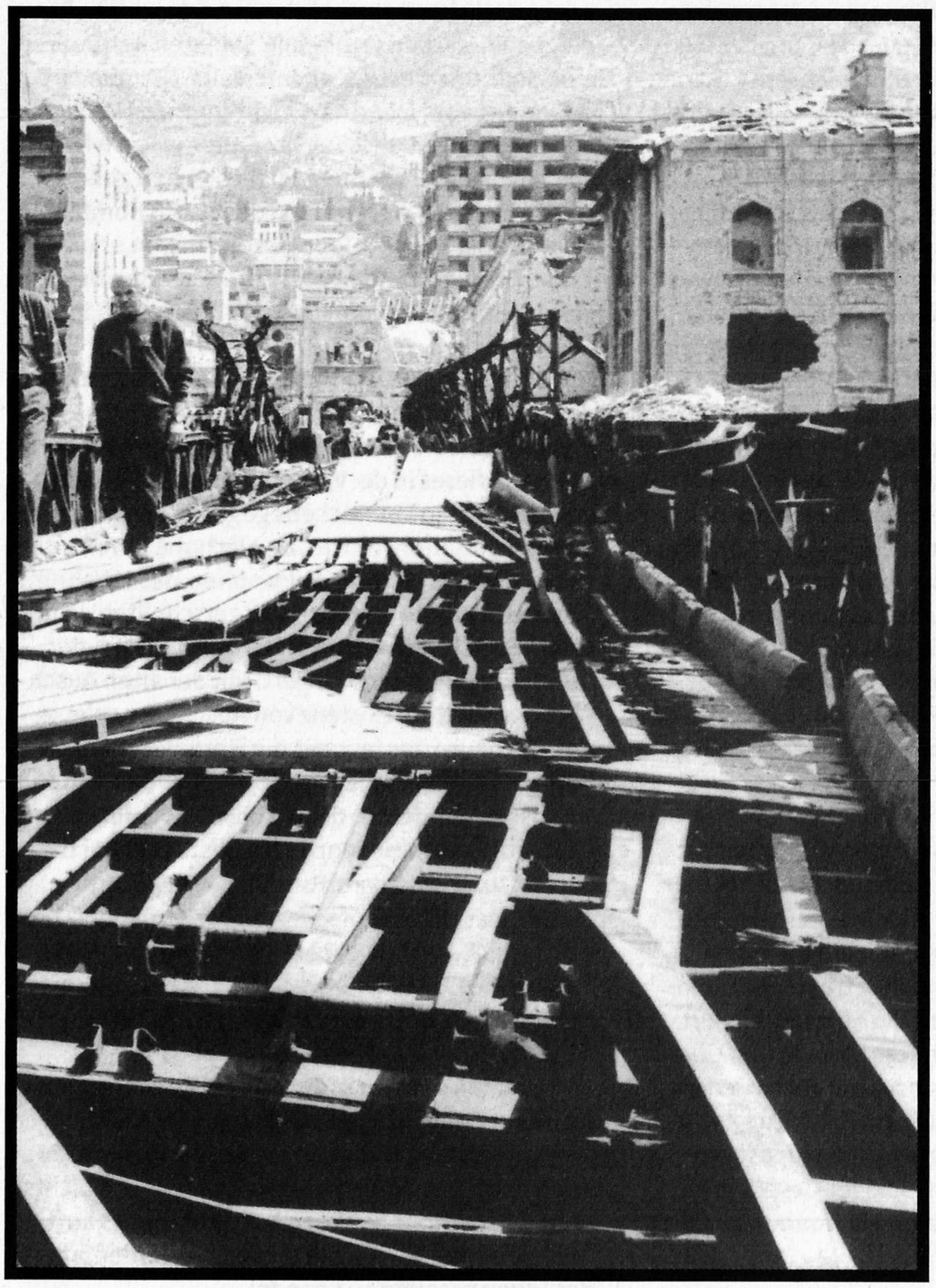
Tito-Brücke, Mostar 1994

Die NATO begann am 24. März 1999 ihre Luftangriffe mit der Absicht, innerhalb von fünf Tagen die jugoslawische Regierung zu einem Einlenken zu zwingen. Kurz vor ihrem fünfzigsten Geburtstag und dem Washingtoner Gipfel wollte die NATO einen billigen »Sieg« erringen, um sich selbst entsprechend präsentieren zu können. Seit Beginn des Jugoslawien-Konfliktes vor zehn Jahren hatte die NATO die verschiedensten politischen und militärischen Möglichkeiten ausprobiert, um eine dauerhafte Konfliktregelung durchzusetzen und war damit gescheitert. Der frühere NATO-Generalsekretär Manfred Wörner hatte dazu erklärt, ein zweites Bosnien würde die Allianz nicht überstehen. Nun startete die NATO einen Luftkrieg, um angeblich die Rechte der Kosovoalbaner gegenüber den Serben zu schützen. Die fürchterlichen Folgen, die diese Aggression gerade für die Albaner hatte, sind bekannt. Zugleich war der Kosovo-Einsatz als Präzedenzfall für die zukünftige NATO-Interventionspolitik gedacht. In der Tat wurde die Operation ALLIED FORCE zu einem Präzedenzfall, aber ganz anders, als es die Militärbürokraten der Allianz beabsichtigt hatten. Der Kriegsverlauf war ein militärpolitisches Fiasko, und verschiedene Kommentatoren befürchteten zeitweise ein Auseinanderbrechen des Bündnisses. Obwohl die NATO immer behauptet, daß im Bündnis alle Entscheidungen von den Mitgliedsstaaten gleichberechtigt und entstimmig getroffen werden, war dies beim Kosovo-Konflikt kaum der Fall. Nur dreizehn der neunzehn NATO-Mitgliedsstaaten waren überhaupt am Kampfgeschehen aktiv beteiligt. Griechenland hat die Luftangriffe auf Serbien von Anfang an aus politischen Gründen abgelehnt.

Eine Rechtsgrundlage gab es für den Kampfeinsatz sowieso nie. Die NATO führte ihren ersten Krieg ohne ein Mandat des Sicherheitsrates durch. In diesem Fall hatten sich die USA durchgesetzt, mußten allerdings neunzig Prozent des gesamten Militärarsenals selber aufbieten. Sogar die Franzosen wichen von ihrer Grundsatzposition ab, keine Einsätze ohne Mandat, und stellten rund zehn Prozent der Kampfflugzeuge. Für sie hatte die Mitwirkung an den militärischen Entscheidungsstrukturen der Allianz Vorrang. Damit hatte die NATO das Völkerrecht gebrochen, die UNO zumindest zeitweise marginalisiert. Ob Völkerrecht und UNO dadurch einen irreparablen Schaden erlitten haben, bleibt abzuwarten. Vielleicht hat gerade die Tatsache, daß dieser Kampfeinsatz zwar ohne UN-Mandat begonnen wurde, aber nur mit einem UN-Mandat für die Kosovo-Force (KFOR) beendet werden konnte, das Völkerrecht gestärkt.

Mehr noch als die UNO hat bisher Rußland von diesem Wandel profitiert. War der NATO-Angriff auf Jugoslawien zunächst ein Affront gegen Rußland, das sich eine solche Aggression immer verbeten hatte, so gewann die russische Regierung im Verlauf des Konfliktes zunehmend an Einfluß zurück. Als deutlich wurde, daß nur durch eine politische Verhandlungslösung der Konflikt beizeiten beendet werden könnte, nahm die NATO das russische Angebot, als Vermittler zu agieren, bereitwillig an. Aber Rußland wollte sich nicht mit der Rolle des Postboten für die NATO-Forderungen begnügen, sondern nahm auf die Friedenslösung entscheidenden Einfluß. Schließlich ist Jugoslawien der einzige Staat in Osteuropa, der nicht NATO-Mitglied werden will, und damit ein strategisch wichtiger Partner für Rußland.

Den Verhandlungsdurchbruch brachte ein Gespräch zwischen dem jugoslawischen Präsidenten Milosevic, dem russischen Vermittler Tschernomyrdin und dem EU-Unterhändler Athisaari, an dem die USA nicht direkt beteiligt waren. Es bleibt abzuwarten, welche längerfristigen Konsequenzen sich für die europäische Sicherheitsarchitektur daraus ergeben, daß die Westeuropäer mit den USA den Krieg beginnen, aber sie ihn nur mit den Russen auch beenden konnten. Rußland könnte in Zukunft eine stärkere Kooperation mit der EU suchen, während es seine Kontakte zur NATO auf ein Minimum beschränkt. Gleich nach Beginn der Luftangriffe hatte Rußland seine Zusammenarbeit im NATO-Rußland-Rat eingestellt, so daß das Politische Konzept schon bei seiner Verabschiedung in diesem Punkt nur mehr Makulatur war: »Im Rahmen der NATO-Rußland-Grundakte über gegenseitige Be-



ziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit haben sich die NATO und Rußland verpflichtet, ihre Beziehungen auf der Grundlage gemeinsamen Interes-

ses, der Gegenseitigkeit und der Transparenz auszubauen (..).« (Nr. 36)
Damit sind die Spannungen zwischen Rußland und den Westeuropäern nicht gelöst, denn im militärtechnischen Durchführungsabkommen vom 9. Juni zwischen den NATO-Staaten und der jugoslawischen Regierung bleibt eine Beteiligung der russischen Streitkräfte an der KFOR-Friedenstruppe weitgehend ausgespart. Die NATO-Staaten hatten kein Interesse daran, Rußland wie einen gleichberechtigten Partner zu behandeln und ihm eine eigene Schutzzone zuzugestehen. Daraufhin schafften die russischen Streitkräfte mit der Besetzung des Flughafens von Pristina vollendete Tatsachen. Wurde diese Aktion eigenmächtig von der russischen Generalität ohne Kenntnis oder Billigung des Kremls durchgeführt? Wenn sich dies bestätigen sollte, dann hätte die dumme NATO eine massive Verschiebung der politischen Machtverhältnisse in Moskau provoziert, die nicht in ihrem eigenen Interesse wäre. In den letzten Wochen war wiederholt vor einer Renaissance des Kalten Krieges und einem neuen Wettrüsten gewarnt worden.

Nicht nur in Rußland, auch innerhalb der NATO gibt es Kräfte, die das Wettrüsten wieder anheizen wollen. Hatte doch der Kosovo-Krieg gezeigt, daß die Westeuropäer in der Militärtechnologie mit den USA nicht mithalten konnten. Um zukünftig im Rahmen der (W)EU selber Militärinterventionen ohne die USA durchführen zu können, steht nun eine neue Aufrüstungswelle an. Im Politischen Konzept heißt es fordernd: »Es ist unabdingbar, daß die Streitkräfte der Bündnispartner die glaubwürdige Fähigkeit besitzen, das ganze Spektrum von Bündnisaufgaben zu erfüllen.« (Nr. 54) Mit Hilfe des Schlagworts »Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität« sollen nun den westeuropäischen Regierungen doch noch Rüstungsprojekte angedreht werden, die diese bereits aus Kostengründen abgelehnt hatten. Ziel ist die Entwicklung eines zukünftigen europäischen Militärarsenals, wie es die USA heute schon besitzen. Aber kann dies ein erstrebenswertes Ziel sein? Waren es nicht ausgerechnet die amerikanischen Präzisionswaffen, die im Kosovo-Krieg wiederholt ihr Ziel verfehlten und stattdessen Botschaften, Krankenhäuser und Wohngebiete vernichteten?
Mehr Sicherheit ließ sich durch mehr Rüstung noch nie erreichen. Mehr Sicherheit wollen aber alle osteuropäischen Staaten, die bisher von der NATO-Osterweiterung ausgeschlossen waren. Vor zwei Jahren hatte die NATO angekündigt, daß nicht nur Polen, Tschechien und Ungarn 1999 in die Allianz aufgenommen werden sollten, sondern daß in diesem Jahr auch über eine zweite Erweiterungsrunde entschieden werden würde. Und auf ihrer Gipfelkonferenz in Washington hat die NATO eine Entscheidung getroffen: »Das Bündnis bleibt nach Artikel 10 des Washingtoner Vertrags für neue Mitglieder offen.« (Nr. 39) Mehr nicht! Statt einen weiteren osteuropäischen Staat in die Allianz aufzunehmen, wurden zunächst alle neun verbliebenen Kandidaten mit einer Ausdehnung der Kooperation im »Programms für den Frieden« vertröstet.
Es ist zweifelhaft, ob es die NATO dabei dauerhaft belassen kann. Als im Kosovo-Konflikt die NATO ihre Luftstreitkräfte verdreifachte, mußte sie auf Flugplätze in Rumänien und Bulgarien ausweichen. Dadurch entstand die Gefahr, daß durch jugoslawische Vergeltungsschläge der Krieg auf diese Staaten ausgeweitet werden könnte. Daraufhin gaben die USA für die beiden Nationen eine Beistandsversicherung ab. Nun rechnet man damit, daß diese Staaten als Gegenleistung für ihre Unterstützung eine Aufnahme ins Bündnis zu einem früheren Zeitpunkt einfordern werden, als dies eigentlich von der Allianz beabsichtigt worden war.
Im Kosovo-Konflikt kam eine politische Konfliktlösung allein durch russische Vermittlung noch zur rechten Zeit zustande. Es ist nicht zu erwarten, daß sich die NATO dafür beim Präsidenten in Moskau bedanken wird. Bleibt zu hoffen, daß sich die NATO-Staaten nicht so bald wieder auf ein militärisches Abenteuer einlassen werden. In arabischen Staaten wurde bereits die Befürchtung laut, sie seinen das nächste Zielgebiet, wenn der Westen wieder einmal die Freiheit verteidigt und die Befreiten dies nicht überleben.

Gerhard Piper

Gegen eine neue Art der Auschwitzlüge

Als Anzeige in der Frankfurter Rundschau ganzseitig veröffentlicht, haben Überlebende des Holocaust, zu denen ich gehöre, in einem offenen Brief an den Außen- und Verteidigungsminister sich dagegen verwahrt, mit einer neuen Auschwitzlüge die Toten von Auschwitz für ihre Kriegspropaganda zu mißbrauchen. Uns ist fast der Atem weggeblieben, als wir wahrnahmen, der Angriffskrieg, der Bombenterror gegen Jugoslawien wird mit Auschwitz gerechtfertigt. War es Zufall, daß Scharping Wochen vor Kriegsbeginn mit einer Gruppe von Bundeswehrsoldaten die Gedenkstätte Auschwitz besuchte, um dort zu erklären, damit Auschwitz sich nicht wiederhole, müßten deutsche Soldaten nach Kosovo? In der Medienwelt wurde das groß aufgemacht. Damit war der Krieg gegen Serbien bereits mit Auschwitz ideologisch vorbereitet. Wir, ehemalige Auschwitzhäftlinge, haben in einer Presseerklärung des »Auschwitzkomitees in der Bundesrepublik« tags darauf unsere helle Empörung zum Ausdruck gebracht, die Toten von Auschwitz, die dort Ausgerotteten, zu benutzen, um in der deutschen Bevölkerung die Zustimmung zu erreichen, daß Deutschland wieder Krieg auf dem Balkan führt. Nur war unser Protest von Politikern und Medien so gut wie überhaupt nicht zur Kenntnis genommen worden.

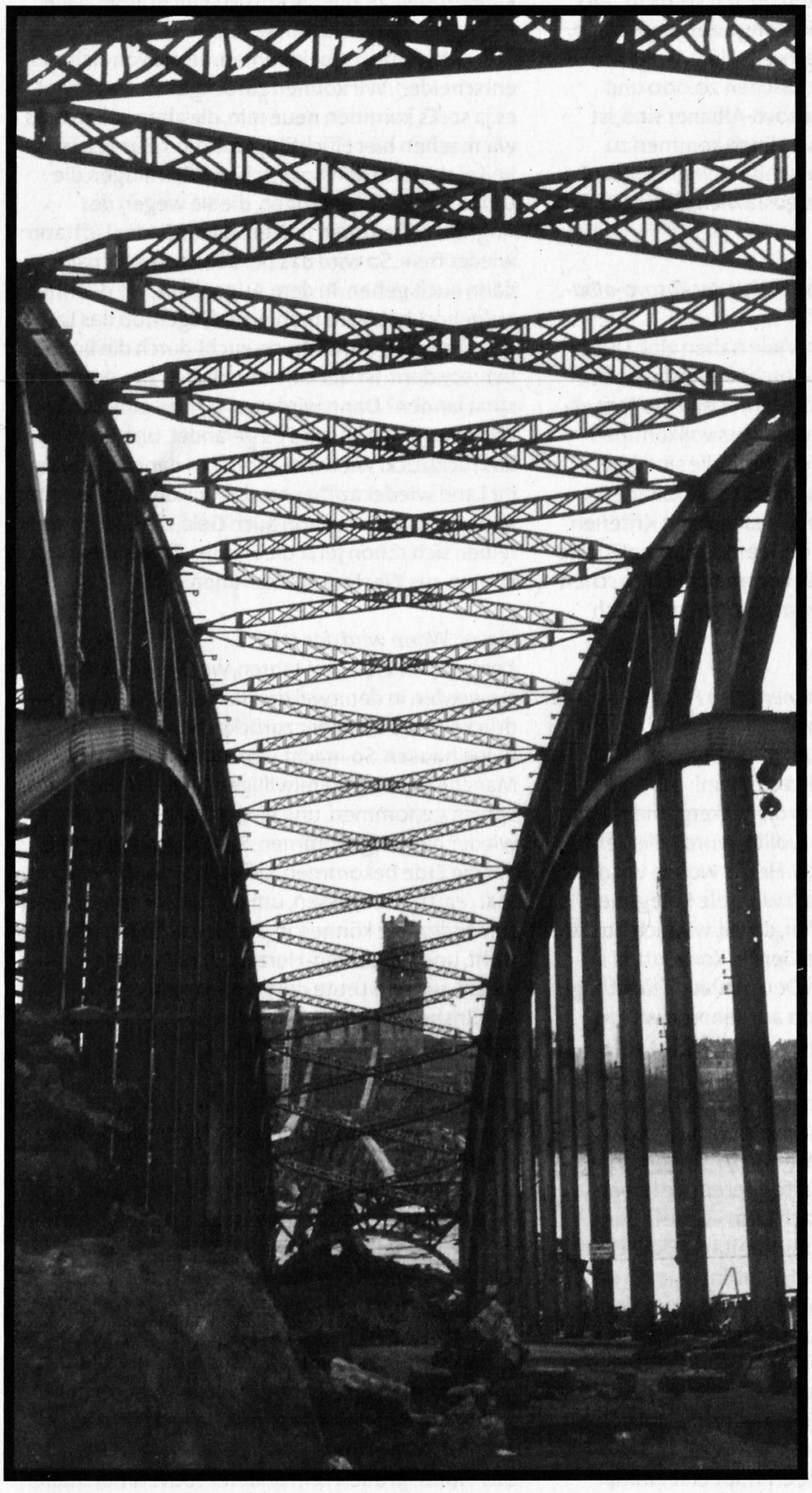
Mit der Hilfe einer breiten Gruppe von Unterstützern konnten wir unseren Brief am 23. April in der »Frankfurter Rundschau« auf einer ganzen Seite veröffentlichen. Daraufhin erreichte mich eine Resonanz, die ich mir nicht hätte träumen lassen. Auch Joseph Fischer hat auf die Anzeige reagiert, indem er erklärte, er nehme die Stimme von Überlebenden des Holocaust ernst. Und doch wiederholt er immer wieder, weil er an Auschwitz denke, müsse Deutschland am Krieg gegen Jugoslawien teilnehmen. Auch in einem Spiegel-Gespräch mit dem Staatsminister für Kultur Naumann spielte die Anzeige eine Rolle.

Was uns zu diesem Brief veranlaßte, ist die infame Instrumentalisierung von Auschwitz für Kriegspropaganda, funktionalisiert in anderem Sinne, als Martin Walser es meinte. Abend für Abend die Bilder im Fernsehen, die sich in den Köpfen festfressen, von verstümmelten Leichen, Fotoaufnahmen, die Scharping in den Pressekonferenzen vorführt, von denen niemand nachprüfen kann, wie sie zustandegekommen sind, 8.000 seien ermordet, vergeblich sucht man die Überreste dieser Opfer. Von KZ ist die Rede, aber keines hiervon ist durch Luftaufnahme ausgemacht worden, während bekanntlich Infrarot-Kameras aus zehntausend Meter Höhe selbst die Aufschrift eine Streichholzschachtel wahrnehmen können. Zur psychologischen Kriegsführung gehören vor allem die Bilder von verzweifelten Flüchtlingen und Vertriebenen, ein unendlicher Strom suggeriert, die Zielorte wären industrielle Massenvernichtungsfabriken. Wie oft werden diese Worte gebraucht: Völkermord, Genozid. Das Menetekel ist Auschwitz, Holocaust. Milosevic gleich Hitler, als führe er einen Angriffskrieg gegen die EU-Staaten, als wolle er, gleich Hitler, mit Eroberungs-, Ausplünderungs- und Ausrottungsfeldzügen die Welt erobern, ihr eine Neuordnung unter der Herrschaft einer »Eliterasse« aufzwingen. Vertreibung gleich Holocaust. Sicherlich gab und gibt es entsetzliche Grausamkeiten und Morde im Bürgerkrieg zwischen serbischen Soldaten und Polizei einerseits und der UCK andererseits. Niemand ist unberührt vom Elend der Flüchtlinge und Vertriebenen – zumeist unschuldige Opfer, wenn wir vor allem die Kinder vor Augen haben. Ihnen gehört mein Mitgefühl, desgleichen den durch Bomben bislang über 1.500 zu Tode Gekommenen und den Tausenden Verletzten unter der serbischen Bevölkerung – den »bedauerlichen Kollateralschäden«.

Mit »Nie wieder Auschwitz« führt Deutschland seit dem 24. März Krieg.
Auschwitz, Holocaust! Welch ungeheuerliche Banalisierung dieses in der Weltgeschichte einmaligen, entsetzlichsten Verbrechens gegen die Menschheit, dieses Zivilisationsbruchs, als alle hohen Werte der deutschen Dichter und Philosophen, des »Wahren, Schönen, Guten« an Auschwitz zerschellten! In unserem Brief haben wir vor allem die neue Art der Auschwitzlüge angeprangert. Mit der alten Auschwitzlüge wird die Existenz von Auschwitz geleugnet. Die neue Lüge leugnet die Einmaligkeit der Barbarei des deutschen Faschismus und behauptet, im Kosovo würde sich der Holocaust wiederholen. Holocaust, was war denn Holocaust? Das war die Vernichtung, die Ausrottung von »unwertem Leben«, das millionenfache Morden von Menschen, nur deshalb, weil sie geboren sind, wie Ungeziefer ausgerottet. 6 Millionen jüdischer Menschen, ein halbe Million Sinti und Roma und auch Millionen der slawischen Bevölkerung. Fast alle meine Verwandten wurden in der Gaskammer ausgerottet. Mein zweijähriges Kind mußte ich in einem Versteck unterbringen, um es vor der Gaskammer zu retten. Ach, wären die Millionen damals mit nichts anderem bedroht gewesen, wie schlimm es auch gewesen wäre, als nur vertrieben zu werden, aber das Leben erhalten zu können!
Mit dem Verweis auf Auschwitz diesen Krieg zu rechtfertigen, mit dem dann alle künftigen Kriege gerechtfertigt werden können, das wollen wir, die Überlebenden des Holocaust nicht zulassen! Auf diese Weise die Nazivergangenheit Deutschlands zu entsorgen, mit einem »Nie wieder Auschwitz« sich vom historischen Ballast zu befreien, ist auch eine Art der Vergangenheitsbewältigung. Wegen ihrer Vergangenheit wären gerade die Deutschen in erster Linie verpflichtet gewesen, alles zu tun, diesen Krieg zu verhindern, jedenfalls sich herauszuhalten, wofür es tausend Gründe gäbe. Als Warnung vor Krieg und Barbarei hat Auschwitz bis jetzt gegolten, nun gilt Auschwitz als moralische Rechtfertigung für Angriffskriege. Wir dürfen das nicht zulassen!

Wir sind die Überlebenden des Holocaust – der Nazihölle nur mit viel Glück entronnen. Selbst die schlimmsten Pessimisten unter uns konnten sich nicht vorstellen, daß jemals wieder auf dem europäischen Kontinent, geschweige denn von deutschem Boden ausgehend, ein Krieg geführt

Mit Auschwitz in das Kosovo



werden könnte, damals als ein Meer von Blut und Tränen hinter uns lag. Vor allem im Gedenken daran, welch unermeßliche Opfer es gekostet hat, den 8. Mai 1945 herbeizuführen, die Menschheit vor der Nazibarbarei zu retten – das sowjetische Volk allein 25 Millionen seiner Bürger. Gemessen an der Zahl der Bevölkerung, haben die Serben im Widerstand gegen den deutschen Faschismus die meisten Opfer zu beklagen. Auch daran haben wir in unserem Brief erinnert. Kaum jemand in Europa, kaum jemand in unserem Land, der damals nicht sagte: Nie wieder! Nie wieder Krieg! Jetzt wird nach so viel Leid, Not und Tod, Verwüstung und Vernichtung der ewige Friede kommen, dachte fast jeder. Schließlich entstand hieraus die UNO, die Vereinten Nationen, die UN-Charta, aus der wir in unserem Brief zitierten: »um künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat«. Beschlossen wurde, die »Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren«. Und nicht zuletzt ist die Existenz der UNO eine Errungenschaft des antifaschistischen Widerstandes. Soll sie jetzt durch die NATO unter Führung der USA ein für allemal liquidiert werden? Bei aller Skepsis gegenüber der Wirksamkeit dieser internationalen Institution, es gilt, sie zu verteidigen, sie nicht durch die NATO, so etwas wie eine Weltgendarmerie, ersetzen zu lassen! Zielt doch die NATO-Militäraktion gegen Jugoslawien darauf, die Welt nach den Interessen von imperialistischen Großmächten unter Führung der USA neu zu ordnen.

Den Zuspruch, den wir bundesweit erfahren haben, hat uns ermutigt und viel Hoffnung gegeben. Hoffnung vor allem darauf, daß unter den Befürwortern des Krieges die Einsicht wächst, daß der militärische Einsatz gegen Jugoslawien die eigentliche »humanitäre Katastrophe« auslöste und die Existenzgrundlage der jugoslawischen Bevölkerung vernichtete. Hoffnung auch, daß es doch noch zu einer massenhaften Friedensbewegung in unserem Lande kommen wird. Es ist die Hoffnung auf die Wiederkehr einer ähnlich machtvollen Friedensbewegung, wie derjenigen, die in den 50er Jahren gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr, in den 80er Jahren gegen die Stationierung von atomaren Erstschlagswaffen und auch gegen den Golfkrieg wirkte. Vielleicht haben wir mit diesem Brief etwas dazu beigetragen.

Peter Gingold

Hohenzollernbrücke, Köln 1945

Wir machen hier

Über die Situation kosovo-albanischer Flüchtlinge in Berlin

illoyal: Wie viele Kosovo-AlbanerInnen leben zur Zeit in Berlin?
Kantemir: Das zu sagen ist überhaupt nicht möglich. Es gibt ständig Veränderungen. Viele, die hier sind, haben keinen »legalen Aufenthaltsstatus«. Bis zum Beginn des Bombardements hat man versucht, sie rauszuekeln, indem man ihnen Leistungen gestrichen hat. Arbeiten dürfen sie nicht. 220 wurden als Kontingentflüchtlinge aufgenommen. Insgesamt sind es sehr viel mehr Flüchtlinge aus Jugoslawien, ich schätze zwischen 20.000 und 30.000. Wie viele davon Kosovo-Albaner sind, ist schwer zu sagen. Viele Flüchtlinge kommen zu ihren Angehörigen in Deutschland, weil es hier ehemalige Gastarbeiter aus Jugoslawien gibt, darunter auch Kosovo-Albaner.

illoyal: Wie ist der rechtliche Status der kosovo-albanischen Flüchtlinge?
Kantemir: Unterschiedlich. Viele haben eine Duldung, weil sie gar nicht abgeschoben werden können. Die Kontingentflüchtlinge haben eine Aufenthaltsbefugnis für drei Monate, was vollkommen lächerlich ist. Nach drei Monaten – die sind jetzt bald herum – müssen sie wieder zur Ausländerbehörde. Diese Leute sind nach besonderen Kriterien aufgenommen worden, alte, kranke, traumatisierte Menschen. Auf diese Weise kommen die Menschen jedenfalls nicht zur Ruhe, was man ursprünglich geplant hatte.

illoyal: Sind die Kosovo-AlbanerInnen Flüchtlinge nach der Genfer Konvention?
Kantemir: Nach der Genfer Konvention: Ja!
Nach der Praxis in Deutschland: Nein!
1951, als Deutschland sich in die Völkergemeinschaft wieder eingliedern wollte, wurde die Genfer Konvention unterschrieben. Heute wollen wir das vergessen, deswegen haben wir viele Kategorien von Flüchtlingen geschaffen, damit wir nicht in die Verlegenheit kommen, die Genfer Konvention anwenden zu müssen. Wenn Deutschland Flüchtlinge nach der Genfer Konvention aufnehmen würde, das hätte ja Verpflichtungen zur Folge, das würde ja beinhalten, daß man ihnen eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis geben müßte, eine Arbeitserlaubnis, die Erlaubnis, sich eine Wohnung zu suchen. Alles das will man verhindern, sie sollen sich um Himmels willen nicht integrieren. Sie haben nicht einmal den Status nach dem »Gesetz über Maßnahmen im Rahmen humanitärer Flüchtlingsaktionen aufgenommener Flüchtlinge«, weil da von einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis die Rede ist. Da schreckt man schon wieder zurück, obwohl im Gesetz steht, daß dieser Status widerrufen werden kann. Dann müssen sie wieder gehen. Sie hätten aber wenigstens die Möglichkeit, hier eine Therapie oder etwas anderes in Angriff zu nehmen. Die Menschen brauchen überhaupt erst einmal Monate, um auch nur über ihre Erlebnisse sprechen zu können, vor allem Frauen, wenn sie vergewaltigt wurden. Sie brauchen Therapie, Ruhe, eine Sicherheit. Die Leute werden krank, wenn sie nicht arbeiten dürfen. Auch studieren dürfen sie nicht.

illoyal: Was fordern Flüchtlingsrat und Pro Asyl?
Kantemir: Nicht nur die Kosovo-Flüchtlinge, auch die bosnischen Flüchtlinge müssen einen sicheren Aufenthaltsstatus bekommen, bis sie von sich aus entscheiden: Wir können zurückgehen. Jetzt geht es ja so: Es kommen neue rein, die alten sollen raus, wir machen hier Flüchtlingsrotation. Zur Zeit wird beispielsweise den bosnischen Flüchtlingen die Duldung wieder entzogen, die sie wegen der Angriffe bekommen hatten. Jetzt ist »der Luftraum wieder frei«. So wird das bei den Kosovo-Albanern dann auch gehen. In dem Augenblick, wo der Krieg aufgehört hat, wird man nicht fragen, ob das Land verwüstet ist, vermint, verseucht durch die Bomben, sondern: Ist der Luftraum frei? Kann man in Pristina landen? Dann wird man schnell eine Landebahn bauen, dann wird da gelandet, und dann geht das ruckizucki wieder zurück. Und dann sollen sie ihr Land wieder aufbauen, das wir kaputtgebombt haben. Da gibt's ja dann auch Geld, die Baufirmen reiben sich schon jetzt die Hände. Da werden viele Firmen aus Westeuropa kommen.

illoyal: Wann wird das sein?
Kantemir: In zwei drei Jahren, was weiß ich. Aber sie werden in den zwei drei Jahren die Leute so bedrücken, daß sie lieber zurückgehen und in einer Ruine hausen. So macht man es mit den Bosniern. Manche haben die Freiwilligenrückkehrhilfe in Anspruch genommen, und einige davon sind schon wieder hierhergekommen. Sie haben keinen Fuß auf die Erde bekommen; sie konnten sich nicht einmal registrieren lassen, um dort wieder angesiedelt zu werden. Sie können in die Serbische Republik gar nicht, und in Bosnien-Herzegowina haben sie nie gelebt, und die Leute dort wollen sie auch nicht haben. Insbesondere die Roma bekommen keinen Fuß auf die Erde.

illoyal: Können die Kosovo-Albaner überhaupt zurückkehren, wenn das Kosovo Teil Jugoslawiens bleibt?
Kantemir: Den Albanern wurden die Papiere abgenommen. Wenn das Kosovo weiter zu Jugoslawien gehört, hat selbstverständlich Jugoslawien das Recht, bei jedem einzelnen bei der Einreise zu prüfen, ob er nach Jugoslawien gehört. Die haben das gemacht, das ist klar, damit die Menschen nicht zurückkehren können oder damit die Rückkehr ganz, ganz langsam vonstatten geht, wenn dann jeder Zeugen beibringen muß oder im einzelnen erklären, in welchem Ort er geboren wurde usw. Das würde ja auch kein anderer souveräner Staat

Flüchtlingsrotation

über sich ergehen lassen, daß man schubweise Flüchtlinge zurückschickt, die keine Papiere haben. Das macht kein Land der Erde. Deshalb müssen die Flüchtlinge eine Aufenthaltsbefugnis und eine Arbeitserlaubnis erhalten, bis sie zurückgehen können. Wenn Flüchtlinge zurückgehen *können,* dann gehen sie zurück. Ich erinnere nur an die Chilenen, die sind nahezu alle zurückgegangen, die Griechen, sogar die Iraner sind zurückgegangen, als der Schah gestürzt wurde.

illoyal: Unter welchen Bedingungen leben die Flüchtlinge jetzt in Berlin?
Kantemir: Am allerschlimmsten finde ich, daß die Flüchtlinge ihre Sozialhilfe nach dem Geburtsdatum erhalten. Das bedeutet, die Sozialämter sind nach dem Geburtsdatum – meistens des ältesten Familiemitgliedes – zuständig. Flüchtlinge, die in Marzahn oder sonst in Ostberlin untergebracht sind, müssen dann nach Zehlendorf oder Spandau fahren, je nach Geburtsdatum. Das betrifft wiederum Alte, Kranke, Traumatisierte. Es gibt keine BVG-Karten für sie, wenn überhaupt, bekommen sie die einzeln ausgehändigt, und sie müssen nachweisen, wofür sie die brauchen. Und das betrifft selbst die, die im Kontingent aufgenommen wurden. Nicht einmal bei denen wird die Genfer Konvention angewendet. Abhängig vom jeweiligen Sozialamt bekommen die Flüchtlinge Chipkarten, mit denen sie aber nicht in jedem Geschäft kaufen dürfen, nicht bei billigen Ketten. Jeder Flüchtling erhält 80 Mark Taschengeld, davon müssen sie alles bestreiten, was außerhalb des täglichen Bedarfs ist. Davon kannst du dir nicht einmal ein BVG-Monatsticket kaufen. Die meisten suchen ihre Angehörigen, die können sich dumm und dämlich telefonieren. Wie weit man da mit 80 Mark kommt, ist doch klar. Davon müssen sie Briefmarken kaufen, alles.

illoyal: Hilft den Leuten jemand, psychologische Betreuung oder einen Arzt zu finden?
Kantemir: Dazu wären die SozialarbeiterInnen in den Heimen da, die werden aber aus Profitgründen eingespart. Das Südosteuropa-Zentrum kümmert sich, das Behandlungszentrum für Folteropfer ebenso. Die sind am Ende ihrer Kapazitäten, die haben natürlich Flüchtlinge aus aller Ländern Jugoslawiens. Und jetzt kommen die Kosovo-AlbanerInnen, die bis zum 23. März nach Ansicht der deutschen Regierung ja »gar nicht vertrieben« wurden. Angeblich sind die Menschen ja nur hierhergekommen, um Sozialhilfe zu beziehen. Aus deutscher Sicht hat die Vertreibung ja erst am 23. März begonnen, und deswegen wurde ab 24. gebombt. (1) Da könntest du vor Empörung platzen. Jetzt kämpfen wir seit fast einem Jahr um eine neue Altfall-Regelung, und die Innenminister der Länder wollen nicht. Und sie haben ausdrücklich gesagt, die Flüchtlinge aus Jugoslawien werden alle ausgenommen, alle. Bosnier, Kosovo-Albaner, Serben, egal. Und der Milosevic soll ja jetzt Kriegsverbrecher sein, habe ich gehört. Aber bis zum Schluß hat man mit ihm verhandelt und auch Geld geboten für jeden Flüchtling, den er zurücknimmt. Da hat man nicht gefragt, ob das Verfolgte sind, sondern sie alle nach Belgrad abgeschoben, wo viele von ihnen schon am Flughafen verprügelt wurden. Auch Kosovo-Albaner wurden nach Belgrad abgeschoben, auch Deserteure. Ich weiß nicht, wie viele von den Abgeschobenen jetzt ums Leben gekommen sind. Das Auswärtige Amt hat bis zum Anfang des Jahres geschrieben, daß von einer systematischen Vertreibung keine Rede sein kann. Anschließend wurden die Bombenangriffe mit der systematischen Vertreibung gerechtfertigt. Da wirst du doch verrückt.

illoyal: Könnten diese Personen hier einen Asylantrag stellen?
Kantemir: Das ist nicht verboten. Einige Deserteure könnten jetzt natürlich einen Asylantrag stellen, das würde sich beispielsweise bei serbischen Deserteuren anbieten. Desertion ist aber kein Asylgrund. Asylanträge werden deswegen in schöner Regelmäßigkeit abgelehnt. Die serbischen Deserteure, die abgelehnt wurden, sind auch mit diesem Rückübernahmeabkommen zurückgeschoben worden, die könnten jetzt potentiell eine Gefahr für unsere deutschen Jungs darstellen. Das finde ich in Ordnung, das ist das Ergebnis dieser beschissenen Politik.

illoyal: Im Falle von Kriegsdienstverweigerung und Desertion ist doch klar, daß die Herren sich einig sind.
Kantemir: Natürlich sind die sich in allen Ländern einig, deswegen wollen sie hier ja die Deserteure nicht haben. Man könnte ja sagen, jetzt kämpfen die endlich nicht mehr gegen uns.

(1) Noch im Herbst 1998 erklärte das Auswärtige Amt in einem Lagebericht, die Wahrscheinlichkeit, daß es im Kosovo massive Verfolgungen gegen Kosovo-AlbanerInnen gebe, sei gering. Als inländische Fluchtalternativen stünde Zentralserbien (sic!), besonders Belgrad und Montenegro zur Verfügung. Im Februar 99 entschied das OLG Münster, es gebe keine Anhaltspunkte für ein Programm oder einen stillschweigenden Konsens, das albanische Volk zu vernichten. vgl. taz vom 31. Mai 1999

Rita Kantemir ist Sprecherin des Flüchtlingsrates und flüchtlingspolitische Mitarbeiterin der Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus.
Das Gespräch mit Rita Kantemir führte Ulrike Gramann Anfang Juni 1999.

Den Eindruck, die Bundesregierung sei bei ihrer Entscheidung für einen Angriff gegen Jugoslawien vor allem von der Befürchtung geleitet gewesen, die Flüchtlinge könnten nach Deutschland kommen, kann kaum noch verdrängen, wer Kenntnis über die jahrelange Abschiebepraxis deutscher Behörden hat. Immer wieder werden Asylanträge als »offensichtlich unbegründet« abgelehnt und die AntragstellerInnen gegen ihren Willen in Kriegsgebiete abgeschoben oder in Länder, wo sie Folter oder der sichere Tod erwartet. Wir dokumentieren den Beitrag, den Heiko Kauffmann / Pro Asyl bei der Abschlußkundgebung der Antikriegsdemonstration am 8. Mai 1999 in Berlin hielt.

Bomben auf Zivilisten - Abschiebungen zur den Folterern

Sechs Wochen nach Beginn des Krieges um den Kosovo ist das vorgegebene Ziel der NATO und der EU-Staaten, durch Bombardements, durch einen Luftkrieg, eine »humanitäre Katastrophe« zu verhindern, in weite Ferne gerückt. Die Welt wird Zeugin einer systematischen Vertreibungsaktion ungeheuren Ausmaßes, die »viel massiver als andere Flüchtlingskrisen« ist und täglicher Bombardements, die längst nicht mehr auf nur militärische Ziele beschränkt bleiben und die täglich mehr Opfer unter der Zivilbevölkerung und auch unter den Flüchtlingen fordern.

Nach über 6 Wochen Krieg zeigt sich das Desaster des NATO-Militäreinsatzes: Wenn die Eskalationsspirale nicht endlich unterbrochen wird, wird sie dazu führen, daß in kürzester Zeit der ganze Kosovo frei von Albanern sein wird, während Serbien und die Serben ohne Ende »erbarmungslos« – wie Clinton bei seinen Besuch in Deutschland sagte – weiter bombardiert werden.

Menschenrechtsverletzungen und Konflikte werden durch militärische Mittel – außerhalb eines UN-Mandats – durch Völkerrechts- und Verfassungsbruch nicht verhindert, sondern verstärkt.

Jeder Krieg ist ein Versagen der Politik; aber noch jede Kriegspartei hat ihr Handeln gerechtfertigt mit der »gerechten Sache«, mit der »humanitären Mission«, mit dem »gerechten Krieg« gegen einen dämonisierten Gegner.

Wenn die NATO-Staaten diesen Krieg führten, um die Verbrechen des Milosevic-Regimes, Massaker, systematische Vertreibung und Menschenrechtsverletzungen zu stoppen, dann haben sie dieses Ziel ganz offensichtlich aus den Augen verloren: Die ge- und beschützt werden sollten, sind vertrieben; die von den Bombenangriffen verschont werden sollten, haben von Tag zu Tag mehr Opfer zu beklagen. Aber selbst die Vetreter der Kriegsführung, die sagen, sie hätten – um Gewalt gegen Menschen abzuwenden – ihrem Gewissen folgen müssen, haben das strikte Gebot, die eingesetzten Mittel permanent, fortdauernd und immer wieder mit ihren vorgeblich menschenrechtlichen Zielen abzugleichen, beim Krieg der NATO im Kosovo und in Serbien aus den Augen verloren.

Nicht mehr vom »Schutz der Zivilbevölkerung und der Flüchtlinge« ist die Rede, sondern von der »Verteidigung unserer Werte und Interessen«. Aber was sind das für Interessen der reichen zivilisierten Länder des Westens, die das Völkerrecht aushebeln und Verfassungsgebote mißachten? Was sind das für Interessen, welche die tragenden Säulen der europäischen Friedensordnung, den KSZE-Prozeß und den europäischen Einigungsprozeß zertrümmern? Wohin führt eine Strategie, welche die UN beiseite schiebt und als schwach und untauglich desavouiert? Wohin führt eine Strategie, welche die OSZE und ihre »europäischen Ansätze zur Streitbeilegung im Kosovo an die Wand geschmissen hat« (so Willy Wimmer, CDU, Vizepräsident der Parlamentarier-Versammlung der OSZE)? Was sind das für Werte, die das mühsam erbaute Rechtsdach der Vereinten Nationen zum Einsturz bringen?

Vor 2.000 Jahren lernte man von Vertretern der römischen Hegemonialmacht den Satz: »Si vis pacem, para bellum« – »Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor!«

Gerade heute, am 8. Mai 1999, in der Erinnerung an das Ende des 2. Weltkrieges, an den Tag der Befreiung – nach den Erfahrungen unendlicher Schrecken und unbeschreiblichen Leids durch Rassenwahn, Terror, Nationalismus und Krieg, kann und darf dieser Satz nur noch lauten: »Wer den Frieden will, muß den Frieden vorbereiten.« Die Lehren des 2. Weltkrieges, der nationalsozialistischen Herrschaft und die Lehren von Auschwitz haben 1945 zur Gründung der Vereinten Nationen geführt, um ein für allemal ein ziviles Instrument zu schaffen, damit sich die Greuel und Verbrechen von Auschwitz und des Weltkrieges niemals wiederholen.

Die Präambel der UN-Charta beginnt mit den Worten »Wir, die Völker der Vereinten Nationen, festentschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat...« Die UN-Charta und die Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen wie alle anderen großen Menschenrechtskonventionen der Nachkriegszeit waren und sind eine Antwort auf das Grauen und die Barbarei dieses Jahrhunderts; sie sind der Versuch, einen Rückfall unmöglich zu machen, das Ungeheuerliche bewußt zu halten und Instrumente und Bedingungen zu schaffen, Europa und allen Staaten der Welt einen verbindlichen Rechtsrahmen und gegenseitig akzeptierte Regeln zur Lösung von Konflikten, zur Erhaltung des

Vietnam 1968

Kontakt

PRO ASYL
Postfach 10 18 43
60018 Frankfurt am Main

Tel. 0 69 / 23 06 88
Fax 0 69 / 23 06 50

Friedens und zur Wahrung der Menschenrechte zu geben.
1951 wurde die Genfer Flüchtlingskonvention, 1966 wurden die beiden großen Menschenrechtspakte verabschiedet. In Deutschland stand das unveräußerliche Grundrecht auf Asyl am unmittelbarsten für die Verpflichtung der Nachkriegspolitik, aus den nationalsozialistischen Verbrechen Lehren für die Zukunft zu ziehen. Es war der Wille der Verfassungseltern, aus eigenen Erfahrungen neue Maßstäbe internationaler Humanität zu entwikkeln. Durch eine großzügige Asylgewährung sollte ein umfassender Schutz für Flüchtlinge und verfolgte Minderheiten begründet werden.
Vor dem Hintergrund dieses Vermächtnisses erleben wir heute ein beschämendes und erbärmliches Schauspiel bei der humanitären Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Kosovo, ein elendes Geschachere und Feilschen um Zahlen, Kontingente, Lastenverteilung und Einreisemodalitäten.

Wem keine Waffe zu viel und keine Bombe zu teuer ist, um »Humanität« und »Menschenrechte« durchzusetzen – diese am stärksten strapazierten Begriffe der vergangenen Wochen – der muß angesichts der Dimension der Vertreibung, der hoffnungslos überfüllten Flüchtlingslager und der Überforderung der angrenzenden Länder Albanien und Mazedonien alles tun, unverzüglich und unbürokratisch so viele Menschen wie nur irgend möglich bei uns in Sicherheit zu bringen. Aber die Zweifel an der humanitären Aufnahmebereitschaft der Politik wie auch an dem vorgeblich »humanitären« NATO-Einsatz verstärken sich, wenn man die Kette von Unterlassungen, Versäumnissen und nichtbeachteten Warnungen bei dieser durchaus vorhersehbaren Katastrophe miteinbezieht. Die Eskalation des Konfliktes im Kosovo und die prekäre Lage der Flüchtlinge sind auch Ergebnis einer unendlichen Folge von Fehleinschätzungen der deutschen und europäischen Politik.
Wegschauen, verdrängen und »abschieben« war jahrelang das Motto deutscher Kosovo-Politik, deren oberste Maxime in der Verhinderung der Aufnahme von Flüchtlingen bestand.
Jahrelang bekamen Flüchtlinge aus dem Kosovo von der Politik, vom Bundesamt, von den deutschen Behörden und Gerichten zu hören, daß ihr Flüchtlingsschicksal nicht ausreiche, daß der Verfolgungsdruck nicht groß genug sei, um in Deutschland Asyl und Abschiebungsschutz zu erhalten. Noch im März 1999 hielten sich Bundesamt und Gerichte in ihren ablehnenden Bescheiden an die entsprechenden Vorgaben des Lageberichtes des Auswärtigen Amtes. Bundesaußenminister Joseph Fischer und Staatsminister Ludger Vollmer haben den Lagebericht des Auswärtigen Amtes zur Bundesrepublik Jugoslawien in diesen Tagen offiziell aus dem Verkehr gezogen – mit der Begründung, das Papier habe keinesfalls der empirischen Wahrheit im Kosovo entsprochen, sondern sei aus innenpolitischen Gründen verfaßt worden. Ganz offensichtlich trifft also die Einschätzung von PRO ASYL zu, die jahrelang abgestritten wurde: Daß die Lageberichte von diplomatischer Rücksichtnahme gegenüber den Regierungen der Herkunftsländer bestimmt sind, daß sie die Menschenrechtssituation eher verharmlosen und beschönigen und daß sie daher nicht als seriöse Erkenntnisquelle im Rahmen eines Asylverfahrens gewertet werden dürfen.

Wenn diese Einsicht dämmert – nach wie vielen tödlichen Fehleinschätzungen der Abweisung, der Zurückweisung und Abschiebung von Kosovo-Albanerinnen und Albanern, von Deserteuren der serbischen Armee, von Angehörigen der Roma und anderer ethnischen Minderheiten aus der Bundesrepublik Jugoslawien in den vergangenen Jahren?! – dann, Herr Bundesaußenminister Fischer, ziehen Sie sofort die Lageberichte zur Türkei, zu Algerien, zu Afghanistan und vielen anderen Ländern zurück. Denn: Keine deutsche Regierung, kein Innenminister, keine Behörde darf durch Abschiebungen an menschenrechtswidrigen Maßnahmen anderer Staaten mitwirken.
Nicht nur der Staat, der foltert, sondern auch der Staat, der Flüchtlinge Folterern überantwortet, verletzt die Menschenrechte!
Nach 6 Wochen Krieg ist eines deutlich geworden: Krieg und Bomben sind nicht das richtige Mittel, um den Menschen im Kosovo zu helfen. Über Krieg und Bombardements führt kein Weg zum Frieden und zu den Menschenrechten. Auch ein Krieg, der im Namen der »Humanität« oder zur »Verteidigung unserer Werte« geführt wird, zerstört und wirkt vorweg zerstörerisch auf das, was als Politik nachfolgt.
Die Politik darf das spontane und solidarische Engagement der Menschen für die Flüchtlinge und die Opfer des Krieges nicht länger ausbremsen. Die weitere großzügige Aufnahme der Flüchtlinge aus dem Kosovo, der politisch und ethnisch Verfolgten, der Familienangehörigen, die Aufnahme der Kriegsdienstverweigerer und der Deserteure aus der jugoslawischen Armee, die Aufnahme der Angehörigen der Volksgruppe der Roma ebenso wie der anderen ethnischen Minderheiten aus der Bundesrepublik Jugoslawien ist ein Gebot der Menschlichkeit und eine Verpflichtung der Politik – und: Der 8. Mai wäre ein gutes Datum für ein Ende der Gewalt im Kosovo und ein Ende der Bombardements!

Heiko Kauffmann

Kriegsaufrüttelung

Eine der ersten Kundgebungen zum Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien wurde am 2. April 1999 von der KPD/RZ in Berlin veranstaltet. Die Kreuzberger Patriotischen Demokraten/ Realistisches Zentrum riefen zu den Waffen, zur Generalmobilmachung, zum Marsch auf das Kriegerdenkmal in der Baerwaldstraße (Kreuzberg) mit dem Ziel, es von Friedensparolen zu säubern. Wir haben die dort vom Vorstandssprecher der KPD/RZ gehaltene Rede leicht gekürzt.

»(...) Ihr, meine Zuhörer und Zuhörerinnen, repräsentiert in diesem Augenblick für In- und Ausland ganz Kreuzberg. Und an euch möchte ich zehn Fragen richten, die ihr vor der ganzen Welt, insbesondere aber vor den schwäbischen Neinsagern, beantworten sollt. Wollt ihr das? In Schwaben wird behauptet, die Kreuzberger Bevölkerung habe den Glauben an einen erfolgreichen Friedenseinsatz der jugoslawischen Bundesarmee verloren. Ich frage euch: Glaubt ihr mit dem jugoslawischen Präsidenten an den endgültigen Erfolg der friedenserzwingenden Maßnahmen?

Zweitens: Manche Pazifisten behaupten, die Kreuzberger Bevölkerung sei der Luftangriffe der NATO müde. Ich frage euch: Seid ihr bereit, mit dem Kanzler diesen Kampf mit großer Entschlossenheit und unbeirrt durch alle Schicksalsfügungen fortzusetzen, bis die humanitäre Katastrophe abgewendet ist?

Drittens: Irgend jemand hat behauptet, die Kreuzberger Bevölkerung habe keine Lust mehr, sich die Überhand nehmenden Kriegssondersendungen, die die Medien ihnen zumuten, reinzuziehen. Ich frage euch: Seid ihr entschlossen, wenn es sich einmal in Notzeiten so ergeben sollte, zehn, zwölf, wenn nötig vierzehn und sechzehn Stunden täglich fernzusehen und das Letzte für den Informations-Overkill herzugeben?

Viertens: Einige Neuköllner haben behauptet, die Kreuzberger Bevölkerung wehrt sich gegen die umfassenden wichtigen Maßnahmen der beteiligten Regierungen. Sie wollen nicht die umfassenden friedenserzwingenden Maßnahmen, sagen Neuköllner, sondern die Kapitulation vor dem Terror. Ich frage euch: Wollt ihr die umfassenden friedenserzwingenden Maßnahmen? Wollt ihr sie, wenn nötig, umfassender und friedenserzwingender, als wir sie uns heute überhaupt erst vorstellen können?

Fünftens: Niemand behauptet, die Völker hätten ihr Vertrauen zu den beteiligten Regierungen verloren. Ich frage euch: Vertraut ihr den beteiligten Regierungen? Ist eure Bereitschaft, ihnen auf allen möglichen Wegen zu folgen, um die bewaffneten Auseinandersetzungen evtl. zu verkürzen, eine absolut eingeschränkte?

Ich frage euch als sechstes, siebtes und achtes: Seid ihr von nun ab bereit, eure ganze Kraft einzusetzen und allen am Kampf Beteiligten ein fröhliches Glückauf zuzurufen, wenn sie in die Schlacht ziehen, um Moral und Gliedmaßen der Kriegführung zur Verfügung zu stellen? Wollt ihr das?

Ich frage euch neuntens: Billigt ihr, wenn nötig, die radikalsten Maßnahmen gegen einen kleinen Kreis von Drückebergern und Schiebern, die mitten in schwerer Zeit Frieden spielen wollen und die Not der Bevölkerung zu eigenen Zwecken ausnutzen? Seid ihr damit einverstanden, daß, wer sich am Krieg vergeht, den Kopf verliert?

Und nun frage ich zehntens und letztens: Wollt ihr, daß, wie das Parteiprogramm der KPD/RZ das vorschreibt, gerade im Kriege gleiche Rechte und gleiche Pflichte vorherrschen, daß die schweren Belastungen für hoch und niedrig und arm und reich in gleicher Weise verteilt werden? Wollt ihr das?
Ich habe euch gefragt, und ihr habt mir eure Antwort nicht vorenthalten. Ihr seid das Volk. Durch euren Mund hat sich die Stellungnahme des Volkes vor der Welt manifestiert. Ihr habt allen Zweiflern das zugerufen, was sie wissen müssen, damit sie sich keinen Illusionen und falschen Vorstellungen hingeben.

(...) Wir alle von der Partei, zusammengeschweißt wie sonstwas, wir geloben euch, daß wir Kreuzberg zu einem Willensblock zusammenschweißen wollen, auf den sich alle am Krieg beteiligten Soldaten unbedingt und blindlings verlassen können! Wir verpflichten uns, alles zu tun, was nötig ist. Nie wollen wir in diesem Kriege jener falschen und scheinheiligen Objektivitätsduselei verfallen, die nur Unglück bringt. In den großen Krisen und Erschütterungen erst bewähren sich die wahren Männer, aber auch die wahren Frauen. Da hat man nicht mehr das Recht, vom schwachen Geschlecht zu sprechen, da beweisen beide Geschlechter die gleiche wilde Entschlossenheit und Sehstärke.

Wenn wir je scheu und unverbindlich an den Erfolg der Maßnahmen geglaubt haben, dann in dieser Stunde der nationalen Besinnung und der inneren Aufrichtung. Wir sehen die Katastrophe greifbar nahe vor uns liegen – wir müssen nur zufassen! Wir müssen nur die Entschlußkraft aufbringen, alles ihrem Dienste unterzuordnen. Das ist das Gebot der Stunde! Und darum lautet von jetzt an die Parole: Nun, aufgeklärter Citoyen und Weltbürger des ausgehenden 20.Jahrhunderts steh auf —und bedauerlicherweise notwendige Maßnahme zur Abwendung der Humanitären Katastrophe auf dem Balkan brich los!

Brücke bei Grdelicka, April 1999

Rot-grün bis ins Blut

So regierungsnah sie ihren LeserInnen den Schröder-Fischer-Frieden andient, so loyal gegenüber den NATO-Kriegern präsentierte sich die taz während des Krieges

Den Terminkalender zum Frieden lieferte die tageszeitung ihren LeserInnen schon Tage, bevor das Friedensabkommen unterzeichnet war. Am 5. Juni – eine geschlagene Woche sollte es noch dauern, bis der UNO-Sicherheitsrat die Kosovo-Friedensresolution verabschiedete – titelte die Zeitung mit dem »Fahrplan zum Frieden«. Bis auf die Minute genau waren in dem Terminkalender auf der Titelseite die Sondertreffen der Nato-Militärs und G 8-Diplomaten bis zum Rückzug der jugoslawischen Truppen aus dem Kosovo verzeichnet – den Segen der Vereinten Nationen inklusive.

Doch der Zeitplan stimmte nicht. Weder stellte die NATO ihre Luftangriffe ein, wie von der taz für Sonntag, neun Uhr, versprochen, noch hatten die Truppen des jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic ihren Rückzug aus dem Kosovo angetreten, als die Zeitung am Samstag auf den Frühstückstischen ihrer LeserInnen landete. Die taz lag falsch – in allen Punkten. Von der Verabschiedung der Sicherheitsratsresolution bis zum Einmarsch der Kfor-Einheiten in das Kosovo: Der von den RedakteurInnen herbeigeschriebene Frieden – er kam erst eine Woche später, und das, obwohl die MacherInnen in der Kochstraße elf Kriegswochen lang stets mit den besten Informationen aufwarten konnten. Der Regierungswechsel hatte es möglich gemacht: Was vor dem 27. September 1998 in den Redaktionsstuben der Frankfurter Allgemeinen und Welt gelandet wäre, das steckt der Sprecher des Auswärtiges Amtes oder die Sprecherin des Bundeskanzlers nun eben auch – oder besser: zunächst – der taz-Korrespondentin oder dem Reporter der Frankfurter Rundschau.

Rot-Grün lohnt sich: An die entscheidenden Informationen aus dem Regierungsapparat heranzukommen, ist seit der Machtübernahme von Schröder, Fischer & Co. einfacher geworden. Und schneller als unter Kohl & Konsorten geht es auch – mit dem raschen Zugang zum begehrten Herrschaftswissen. Ganz abgesehen von den personellen Überschneidungen: Die stellvertretende Sprecherin Schröders, Charima Reinhardt, arbeitete vorher bei der FR, Walter Jacobs, Sprecher der rot-grünen Regierung in Düsseldorf, berichtete über dieselbe Regierung jahrelang für die taz.

Man ist sich näher gekommen über die Jahre, die Distanz zwischen Rot und Grün, zwischen Regierung und JournalistInnen, die aus derselben außerparlamentarischen Bewegung gekommen sind, ist

verlorengegangen. »Genieß es, Genosse!« gaben die taz-GenossInnen dem Genossen Gerhard nach seinem Wahlsieg im Herbst mit auf den Regierungsweg. Für sie selbst sprang seitdem immerhin die eine oder andere Exklusivgeschichte heraus. Die Bereitschaft freilich, die Informationen aus dem Regierungsapparat auch zu überprüfen, ist geschwunden. Gedruckt werden sie auch ohne Überprüfung. Die Titelgeschichte vom 5. Juni ist hierfür lediglich symptomatisch. Stichwortgeber für die entscheidenden Termine war der Sprecher des Auswärtigen Amtes, Martin Erdmann. Was Erdmann schon einen Tag vorher gewußt haben wollte, und was die taz ihren LeserInnen auch nicht vorenthielt – es stimmte nicht: »Vollständig und klammerfrei«, so Erdmann, hätten sich die G 7-Staaten mit Rußland auf den Entwurf einer UNO-Sicherheitsratsresolution geeinigt. Die Fassung, die dem taz-Terminplan gemäß schon zwei Tage später in New York verabschiedet werden sollte, lag »also bis in die Einzelheiten unumstritten ausformuliert vor«, was nun wiederum nicht Erdmann behauptete – sondern die taz so interpretierte.

Als der Frieden am 8. Juni dann immer noch nicht da war, mußte der selbstgesteckte Terminplan schließlich doch wieder geändert werden: »NATO: Wer nicht hören will, muß fühlen«, hieß es drei Tage vor Unterzeichnung der Resolution auf der ersten Seite. Nachdem die jugoslawischen Generäle sich geweigert hatten, das NATO-Rückzugskonzept anzunehmen, hatten diese einmal mehr angeordnet, die Luftangriffe des Bündnisses zu intensivieren. Die bis dato 75 Tage alte NATO-Praxis kaschierte die taz mit der ihr üblichen Betroffenheit: Getroffen davon, daß der von Schröder auf dem EU-Gipfel in Köln versprochene Frieden ausblieb, schoben die TitelmacherInnen die eigenen Versäumnisse kurzerhand der NATO zu. Ebenso scheinheilig wie analytisch daneben wischte Barbara Oertel am selben Tag die eigene Fehleinschätzung beiseite: »Wer noch in der vergangenen Woche auf einen baldigen Frieden im Kosovo gehofft hatte, sieht sich jetzt leider eines Besseren belehrt.«

Eine späte Erkenntnis. Denn so kriegsmüde sie Außenminister Joschka Fischer in den letzten Kriegswochen auf seiner Friedensmission unterstützt hatten, so humanitär zerrissen wie er waren die taz-RedakteurInnen der Regierung in den Krieg gefolgt: »Trotz Bomben: Kosovo leidet«, hieß es schon am zweiten Kriegstag auf Seite eins. Woraufhin den LeserInnen wohl nichts anderes übrig blieb, als sich zu fragen, ob humanitäres Engagement – publizistisch reproduziert – zwangsläufig zu analytischer Unzurechnungsfähigkeit führt, oder ob da nur der alte Mechanismus, wie er noch in jedem Krieg funktioniert hat, in der Kochstraße griff: Alle am öffentlichen Diskurs Beteiligten sind sich einig, daß es ein simples, schwarzweiß gemaltes Bild von Gut und Böse, welches den wahren Gegebenheiten entspräche, nicht gibt – »dabei offenkundig vergessend, daß sie oder ihre Medien es waren, die dieses Bild mitproduzierten – die einen mehr, die anderen weniger«. Was die Münchener Medienwissenschaftlerin Mira Beham in ihrem Buch »Kriegstrommeln. Medien, Krieg und Politik« schon 1996 beschrieben hatte, trifft auch für die taz-JournalistInnen in diesem Krieg zu. Die Schlagzeile vom 26. März kann hierfür lediglich ein Beispiel sein: Überraschen jedenfalls dürfte die Tatsache, daß die Bevölkerung leidet, wenn Bomben fallen, nur den, die propagandistische Begleitung des NATO-Einsatzes für die Realität nahm.

Oder ihn – wie die taz – selbst zu legitimieren versuchte. Doch am Ende des Krieges waren es wieder einmal die Regierenden, die die Zeitung, wenn schon nicht in den Krieg, so doch in seine Legitimierung getrieben haben. Christian Semler, »seit Beginn der Jugoslawien-Kriege vor acht Jahren deren mitleidender Kommentator« (taz), und davor kritik- wie selbstkritikerprobter KPD/AO-Führer, war es, der nun plötzlich Rot-Grün vorwarf, die Bevölkerung mit ihren humanitären Floskeln über die wahren Hintergründe des Nato-Krieges getäuscht zu haben: »Zwei Monate waren wir diesem Trommelfeuer ausgesetzt, zwei Monate wurde uns suggeriert, der Bombenkrieg sei ein unabweisbares Gebot der Mitmenschlichkeit gegenüber der gequälten albanischen Bevölkerung und wer dies nicht einsehe, wer hiergegen aus Gründen der praktischen Vernunft opponiere, der sei letzlich jedes Mitgefühls bar.«

»Trotz Bomben: Kosovo leidet«. An der mangelnden Mitmenschlichkeit jedenfalls dürfte es nicht gelegen haben, daß die taz sich über drei Monate hinweg zum Verlautbarungsorgan der Regierung hochzudienen versuchte. Das gemeinsame Interesse von Regierenden und RedakteurInnen, Rot-Grün nicht platzen zu lassen, machte es möglich. »Stellen wir einfach fest: endlich kann wieder mit dem Handwerkszeug der Politiker gearbeitet werden, hat der alltäglich, geradezu obszöne Gebrauch der Menschenrechtsphraseologie zur Rechtfertigung des Luftkriegs ein Ende«, tat Semler abschließend so, als ob es nicht die taz gewesen wäre, die die humanitäre Rhetorik der Regierenden ihrer LeserInnenschaft schmackhaft gemacht hätte.

»Im Gegensatz zu uns sind alle anderen gleich«, wirbt die taz noch immer mit ihrem Alternativ-Image aus der Zeit, bevor Rote und Grüne in Bonn die Regierung übernahmen. Doch damit, das hat ihre Frontseiten-Berichterstattung gezeigt, dürfte nun endgültig Schluß sein: Nicht nur in einem Fall wurde die Wahrheit abgeschoben – auf die Seite, die in der taz eigens dafür reserviert ist. So landete das, was die RedakteurInnen im Kultur- und den aktuellen Ressorts an kritischen oder satirischen Berichten nicht drucken wollten, dort, wo es keinem wehtut – auf der letzten, auf der Wahrheits-Seite. Wie war das gleich wieder mit dem ersten Opfer des Krieges? Richtig – auch auf den taz-Titelseiten.

Markus Bickel

Stammtisch medial

Foto: Tim Zülch

Der deutsche Stammtisch scheint seine Provinzialität aufgegeben zu haben: Im hauptstädtischen Studio versammelt die ARD Sonntag für Sonntag Bürdenträger aus Politik, Wirtschaft, Militär, Kirche, Wissenschaft und so fort. Die Zusammensetzung dieses Kreises sowie die Nachbarschaft des Studios zur Gedächtniskirche signalisieren, daß es um Fragen der Nation geht. Die intellektuell angestrengte Miene der Moderatorin Sabine Christiansen steht für den geistigen Anspruch der Veranstaltung.

Damit wären die unterscheidenden Merkmale zum herkömmlichen Stammtisch bereits erschöpft. Zahlreicher sind peinliche Überschneidungen. Die beginnen mit den Themen. Zwar fehlen die Dauerbrenner Bundesliga und Nationalmannschaft, aber sonst wird auch in exklusiver Gesprächsrunde nur Übliches geköchelt: Kriminalität, Euro, Ausländer, Benzinpreis.
Dann kam der Krieg im Kosovo, und Bomben fielen auf Jugoslawien. Mit noch düsterer Miene als in friedlichen Tagen fordert Frau Christiansen nun zu einer Tour d' horizon durch internationale Politik und militärische Strategien auf. Und wie in der Kneipe und im »Goldenen Lamm« werden argumentative Versatzstücke einer von allen überall geführten Diskussion hin- und herbewegt, aber mit verräterischem Eifer als die eigenen Positionen vertreten.
In diesem kommunikativen Kontext stichwortet die Christiansen: »Wann bewegt sich Milosowic?«, rätselt »Was tut Moskau?«, läßt vermuten »Kommt der Bodenkrieg?« oder wagt sich hervor mit einem »Wie wär's mit (kurzes Atemholen, verbunden mit kräftigem Rudern beider Arme und todernstem Blick in die Runde) Tyrannenmord?« Und mit dem Mechanismus eines Spielautomaten rasseln die Vorschläge: »Wir sollten diesmal...«, »Die holen wir jetzt mit ins Boot...«, »Notfalls sollten wir auch ...«. Beim Thema Tyrannenmord ringsum Verlegenheit. Darüber wurde bisher öffentlich nicht diskutiert. Wer sollte dazu schon eine Meinung haben!

Damit ist die handverlesene Runde endgültig auf Stammtischniveau angelangt. Der einzelne Gesprächsbeitrag bleibt im Meinungsspektrum der tonangebenden Konsensgemeinschaft hängen und ist sich der Deckung durch das Kollektiv gewiß. Bezeichnenderweise wird vorwiegend in der 1. Person Plural formuliert. Das verschafft Geborgenheit und anonymisiert die Verantwortung.
Im »Goldenen Lamm« mag das hinzunehmen sein. Schließlich regelt der Nationaltrainer die Aufstellung der Mannschaft nach eigenen Eingebungen und nicht nach denen der Stammtische. Gerede, das keine Rede ist, bleibt hier folgenlos. Gleiche Unverbindlichkeit auf dem Bildschirm allerdings, dargeboten von denen, die Entscheidungen über Tod und Leben zu verantworten haben, schockiert. Hier hat Geschwätz dieser Art Folgen, und zwar verheerende. Auf den Bildschirmen sind sie tagtäglich zu unserem Entsetzen zu besichtigen. Doch unsere »Verantwortungsträger« scheinen für diesen Teil ihrer Verantwortlichkeit als Personen nicht zuständig zu sein. Unverdrossen empfehlen sie: »Dann müssen wir wohl doch...«, »Wenn der sich nicht bewegt, können wir doch nicht...« Uns so weiter. Solche Beiträge halten sie für Optionen, austauschbar und abgehoben von der Realität.

Gelobt sei der Stammtisch, gelobt auch die 1. Person Plural!

Ulli Hesse

»Was würdet Ihr denn machen? Wollt Ihr dem Völkermord ruhig zusehen?« Viele KriegsbefürworterInnen haben diese Frage in den letzten drei Monaten immer wieder an uns – oder vielmehr gegen uns – gerichtet. Nichtstun ist jedoch nicht die Alternative zum Krieg, und schon gar nicht die einzige. Der Krieg ist das Ergebnis von Nichtstun. Die heutigen Kriegsherren, die Regierungen der NATO-Staaten und darunter der BRD, haben es in den vergangenen zehn Jahren versäumt, auf einen dauerhaften Frieden im Kosovo hinzuarbeiten. Für gewaltfreie Konfliktbearbeitung im Kosovo stellte die BRD in diesem Zeitraum nur den Bruchteil der Kosten eines einzigen Angriffstages zur Verfügung.

Frieden zu erhalten, heißt nicht Nichtstun, sondern kostet Geld und bedeutet viel Arbeit. Wie diese aussehen kann, beschreibt Andreas Buro vom Komitee für Grundrechte und Demokratie.

Keine Wundermittel, aber fundierte Vorschläge

Alternativen zum Nichtstun

Gegen die Entrechtung und Unterdrückung durch Politik und Polizei der serbischen Republik haben sich die Kosovo-Albaner in bewundernswerter Weise über viele Jahre gewaltfrei gewehrt. Ihre Vertreibung aus den Schulen und Universitäten des Landes haben sie mit selbstorganisiertem Unterricht unter schwierigsten Bedingungen beantwortet. Auch im Gesundheitswesen und in der Volkswirtschaft bemühten sie sich um alternative, selbstbestimmte Strukturen. Sie haben eine eigene politische Vertretung und Verwaltung aufgebaut, die großes Vertrauen im Lande genossen, auch wenn sie von Serbien nicht anerkannt wurden. Mit ihrer gewaltfreien, sozialen Verteidigung haben sie lange die Entstehung eines neuen Kriegsherdes auf dem Balkan verhindert. Dabei hat sie der Westen niemals ernsthaft gestützt oder eine neue gute Autonomieregelung gefördert.

Entscheidungen für Gewalt

Die repressive Haltung Belgrads drängte den Konflikt in Richtung Gewalt. Stimmen wurden lauter, die einen Unabhängigkeitskampf mit Waffen für unvermeidbar hielten. Ab 1996 gab es gewaltsame Anschläge, Serben und albanische »Verräter« wurden ermordet. Die Untergrundarmee UCK bekannte sich dazu. Ihr Auftreten hat zu einer Eskalation von Gewalt geführt und die ursprünglich gewaltfreie Politik der Kosovaren immer mehr zugunsten von militärischen Aktionen verdrängt. Im Mai 1996 forderte die Bosnien-Kontaktgruppe, in der die USA, Rußland, Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland vertreten sind, von Belgrad die Herstellung einer »weitgehenden Autonomie« für das Kosovo. Die USA erklärten bereits zu diesem Zeitpunkt, sie seien notfalls zu einem militärischen Eingreifen bereit. Seit dieser Zeit bestand die Strategie der UCK darin, die NATO durch die ständige Steigerung der Auseinandersetzungen zum Eingreifen gegen Belgrad zu bewegen, während sie an ihrem separatistischen Ziel der Loslösung von Serbien festhielt. Sie schoß geradezu den Einsatz der NATO herbei. Die NATO ließ sich nicht nur in diesem Sinne provozieren, sie ließ es auch zu, daß sich die UCK aus dem westlichen Ausland finanziert, rekrutiert und munitioniert. Und noch etwas höchst Sonderbares geschah, wie der vorzüglich informierte taz-Korrespondent Andreas Zumach berichtete. (1) Miloöevic erhielt im Juni '98 etwa zeitgleich mit den Gesprächen der US-Diplomaten Holbrooke und Gelbhard in Belgrad klare Signale aus Washington und seitdem auch aus anderen NATO-Hauptstädten, daß ein Eingreifen der westlichen Allianz nicht zu befürchten sei. Miloöevic hat die Signale so verstanden, wie sie gemeint waren: als grünes Licht, mit den UCK-Separatisten militärisch aufzuräumen. Frage: Wurde Belgrad zum »Schurkenstaat« (Pentagon-Ausdruck für mißliebige Regime) erklärt und in die Falle der Bombardierung gelockt? Das zu fragen, hindert überhaupt nicht, die rassistisch-nationalistische Politik Belgrads zu verurteilen. (...)

Vorschläge für eine friedenstiftende Politik

Die deutsche Friedensbewegung und -forschung und viele andere haben seit Beginn der 90er Jahre gemahnt, den Kosovo nicht zu vergessen. Vorschläge mit weiter Perspektive zur Stabilisierung des Balkans, der insgesamt von der Kosovo-Frage berührt wird, wurden jedoch ignoriert. Balkan Peace Teams bemühten sich vor Ort um Versöhnung, ohne daß ihre zivile Konfliktbearbeitung die Unterstützung der westlichen Regierungen fand. Erst seit die militärgestützte Außenpolitik, wie jetzt im Kosovo, so festgefahren ist, fragt man, was die Friedensbewegung vorschlage. Selbstverständlich haben wir keine Wundermittel, um von heute auf morgen die grauenhafte Konfrontation zu beenden. Doch Pazifisten fordern eine andere Politik, zu der die Weichen schon jetzt gestellt werden können.

Angesichts der Verbissenheit der Gegner ist eine neue Vermittlung durch bisher unbeteiligte glaubhafte Persönlichkeiten dringend. Die Vereinten Nationen sollten wieder in ihr Recht eingesetzt werden. Kofi Annan, ihr Generalsekretär, – er hat sich gerade dazu bereit erklärt – und von ihm ausgewählte Vermittler, die für alle Seiten annehmbar sind, könnten diese Aufgabe übernehmen – vielleicht auch andere Persönlichkeiten wie Nelson Mandela. Sie sollten nicht nur Moratorien und Waffenstillstände aushandeln und für deren Einhaltung neutrale Kräfte vorsehen, sondern auch eine weitreichende Perspektive der Entwicklung der Kooperation im Balkan in die Vermittlungsarbeit einbeziehen. Dazu bedürfen die Vermittler selbstver-

(1) taz 9.9.98

ständlich der Unterstützung gerade auch der wohlhabenden Staaten.
Das Geld, das gegenwärtig zerstörerisch von allen Seiten für den militärischen Kampf bereitgestellt wird, ist für die Unterstützung des Aufbaues der Region einzusetzen. Die dabei erforderliche zwischenstaatliche Koordinierung kann die Grundlage für die Entfaltung der Kooperation auf dem Balkan legen.

Allenby-Brücke
Westbank 1967

Perspektiven für die Völker des Balkans
Dem ganzen Balkan, der äußerst labil ist und der durch den jetzigen Krieg und die Flüchtlingsströme zusätzlich destabilisiert wird, muß eine gemeinsame Perspektive der Entwicklung und Kooperation angeboten werden. (...) Eine solche Politik wäre weit billiger als Krieg und militärische Besatzung. Sie ist für alle, einschließlich der EU-Staaten, viel zukunftsträchtiger. Das politische Instrument, um eine solche Kooperation in Gang zu setzen, könnte eine Dauerkonferenz sein, wie sie im Ost-West-Konflikt in der Form der »Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit« (KSZE, heute OSZE) recht erfolgreich praktiziert wurde. An ihr können sich alle europäischen Staaten beteiligen, selbstverständlich auch Serbien, wenn sie bereit sind, in ihren Konflikten auf Gewalt und Unterdrückung zu verzichten. Auf der Konferenz ginge es nicht mehr um den scheinbar ethnischen Konflikt zwischen Kosovo-Albanern und Serben, sondern um den Dialog zwischen kooperationsbereiten Kräften auf dem Balkan. – Von der EU sollten Konsultationsgespräche über eine solche Balkanzusammenarbeit, erforderliche Vorbereitungsschritte und Verfahren eingeleitet werden.
Um eine solche Entwicklung zu ermöglichen, muß der aktuelle Konflikt um den Status des Kosovo entschärft werden, ehe er später unter der neuen Perspektive überprüft und geregelt werden kann. Es erscheint daher sinnvoll, zunächst eine vorläufige, möglichst großzügige Autonomie-Regelung zu vereinbaren, die in bestimmten Intervallen entsprechend den dann gemachten Erfahrungen und neuen Entwicklungen zu überprüfen ist. In diesem Zusammenhang sollte der jugoslawischen Seite die Aufhebung der verhängten Sanktionen zum frühestmöglichen Zeitpunkt in Aussicht gestellt werden.

Dialog statt Feindbilder
Parallel dazu muß ein übergreifender Dialog der Menschen und Gesellschaften organisiert werden, der es allen ermöglicht, einen Prozeß der Versöhnung und gegenseitigen Akzeptanz als zukünftigen Kooperationspartner einzuleiten und nationalistische Schranken zu durchbrechen. Unter sozialer und wirtschaftlicher Not leidende Menschen, Eltern, die um ihre Söhne bangen, BürgerInnen, die die verheerenden Wirkungen des nationalistischen Kriegskurses durchschaut haben – und das sind zusammen nicht wenige -, sie alle und die noch Zögernden können dabei begreifen, daß sie gegeneinander nur verlieren werden, aber im Miteinander über ethnische Grenzen hinweg alle gewinnen können. Oft sprechen wir in diesem Sinne von einer notwendigen Öffentlichkeitsintervention.
Der Krieg wird, wie überall, auf dem Rücken der zivilen Bevölkerung ausgetragen, die man dann ihrem Schicksal überläßt und als Flüchtlinge durch die Schengener Mauern von der Festung Europa fernhält. Humanitäre Hilfe ist deshalb großzügig und nach allen Konfliktseiten anzubieten. Den Flüchtlingen aus dem Kosovo ist ebenso zu helfen, wie denen, die von der Bombardierung in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die humanitäre Hilfe, die die kosovo-albanische und serbische Bevölkerung gegenwärtig benötigt, ist nicht nur unter dem Aspekt der Linderung von Not zu begreifen, sondern auch als

ein Signal an die Menschen dort, daß die europäische Politik nun ein neues Verhältnis zu den Balkanstaaten sucht, das nicht mehr auf Militäraktionen und geopolitischen Interessenskalkülen wie in der langen Vergangenheit beruht, sondern auf der Einsicht, daß die europäische Zusammenarbeit allen Menschen und Völkern in diesem Kontinent zu dienen hat. Das ist freilich eine große Herausforderung an alle Europäer.

Vertrauensbildung und vielfache Friedensarbeit statt Bomben

Die Entfaltung einer Perspektive für zukünftige Entwicklung und Vertrauensbildung gehören zusammen. Darum ist es wichtig, daß auf vielen Ebenen (Kirchen, Gewerkschaften, Berufsverbänden, Wissenschaft, Medizin, Wirtschaft usw.) Serien von Zusammenkünften organisiert werden, in welchen Erwartungen und Möglichkeiten der Entfaltung von Zusammenarbeit erörtert werden. Ganz in diesem Sinne sind alle Kräfte und Gruppierungen, die sich für eine friedliche, zivile Lösung einsetzen, zu unterstützen. Dies kann durch die Bereitstellung finanzieller Mittel erfolgen, durch Einladungen ins Ausland, um den Gruppen ein internationales Forum zu geben, durch Bereitschaft der Medien, die gewaltfreie Arbeit bekannt zu machen, durch die Ausrichtung von Regionalkonferenzen, auf denen sich Friedens- und Anti-Kriegsgruppen, Gruppen aus verschiedenen Staaten der Region besprechen und Zusammenarbeit vereinbaren können usw.
Solche Friedensarbeit vor Ort, wie sie von vielen internationalen Friedensgruppen schon im Bosnienkrieg in mannigfacher Form geleistet wurde, spielt auch nach einer Beendigung der Kampfhandlungen eine große Rolle, um die schwer getroffenen Menschen zu ermutigen, ihre demokratischen Rechte wahrzunehmen, sich selbst zu organisieren, Feindbilder zu überwinden.
Den von Kriegserlebnissen und der elenden Situation in Flüchtlingslagern oft schwer beeinträchtigten, ja traumatisierten Kindern ist zu helfen, neuen Lebensmut zu fassen. Das Komitee für Grundrechte und Demokratie, dies nur ein Beispiel, hat in den letzten Jahren und auch heute noch Ferienfreizeiten genau in diesem Sinne und zur Förderung von Versöhnung zwischen den ethnischen Gruppen betrieben. Vieles mehr ließe sich an notwendiger Arbeit nennen, um zur Rekonstruktion einer Zivilgesellschaft in den Kriegsgesellschaften beizutragen. Dabei muß die eigenständige Arbeit der Gruppen vor Ort respektiert und Hilfe zur Selbsthilfe geleistet werden.

Bomben sind niemals humanitär

Sicher sind weitere Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Es ist jedoch von zentraler Bedeutung, ohne Krieg und Bombendrohung zum Bemühen um eine nicht-militärische, zivile und politische Lösung zurückzukehren. Und da liegt eine wichtige weitere Aufgabe: Die Zivilgesellschaften und Friedensbewegungen dürfen es nicht zulassen, daß die mächtigen und reichen Industriegesellschaften Strategien der Konfliktbewältigung vorsehen, welche das »Zurückbomben in die Steinzeit« – so der US-General Le May im Vietnam-Krieg – zu einer gängigen Methode werden lassen.

Während des Vietnam-Krieges der USA spielte auch das Wort von der »Arroganz der Macht« – bezogen auf die USA – eine große Rolle. Die NATO-Staaten lassen sich gegenwärtig anscheinend von der Waffenüberlegenheit der militärisch starken und reichen Industrieländer blenden. Laßt Euch nicht durch die Sprache der Militärpolitiker verwirren, welche den Angriffskrieg zu einer humanitären Intervention umdeuten. Bomben sind niemals humanitär. Sie sind mörderisch und ein Eingeständnis politischen Versagens.

Andreas Buro

Nachtrag:

Beim außerordentlichen friedenspolitischen Ratschlag am 5. Juni 99 in Kassel machte Andreas Buro über die hier skizzierten Möglichkeiten zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung hinaus eine Reihe von Vorschlägen für sofort und mittelfristig zu verwirklichende Maßnahmen nach einer Beendigung des Kriegs im Kosovo:

· Schiffbarmachung der Donau und materielle Entschädigung der Anrainerstaaten, um eine weitere Destabilisierung der Region zu vermeiden. Diese Maßnahme ist notwendig, weil die Anrainerstaaten täglich einen Schaden von 20 Millionen DM allein durch die zum Erliegen gekommene Schiffahrt erleiden.
· Schneller Abzug aller Truppen und Rückkehr der Flüchtlinge.
· Entwaffnung der UCK z. B. durch Waffenrückkaufprogramme.
· Versöhnung auch durch Aufhebung des Embargos gegen Jugoslawien. Eine Mitgliedschaft in internationalen Organisationen muß möglich sein.
· Versöhnung und Konfliktbearbeitungsversuche auf Mikroebene.
· Herstellung internationaler kommunaler Partnerschaften mit handfester auch materieller Hilfe unterhalb der Regierungsebene.

Die Bevölkerung muß in alle Phasen der Friedensbildung einbezogen werden, um – anders als bei einem Kriegseinsatz – einen dauerhaften und stabilen Frieden zu schaffen.

Kontakt

Komitee für Grundrechte
und Demokratie
Aquinostr. 7-11
50670 Köln
Tel. 02 21 / 9 72 69 - 30
Fax: 02 21 / 9 72 69 -31

Der Text ist ein Auszug aus der Büger- und Bürgerinnen-Information, herausgegeben vom Komitee für Grundrechte und Demokratie »Krieg auf dem Balkan. Deutschland ist wieder dabei«

Berichte
- News -

News

Mädchen sind friedliebend und wollen was dafür tun

Das Institut für Demoskopie in Allensbach nahm im Mai eine Befragung von Jugendlichen vor, um ihre Ansichten zum Kosovo-Krieg zu erforschen. Das Ergebnis der geschlechtsspezifisch differenzierten Befragung ergab, daß 62 % der Jungen die NATO-Bombardements akzeptierten, aber nur 44 % der Mädchen. Für den Einsatz von Bodentruppen sprachen sich 30 % der Jungen aus (Mädchen: 13 %).
28 % der Mädchen meinten, es könne so etwas wie einen gerechten Krieg geben (Jungen: 49 %).
59 % der Mädchen wollten Kriege prinzipiell vermeiden (Jungen: 37 %). 23 % der Mädchen würden auch gegen den Krieg auf die Straße gehen, aber nur 13 % der Jungen. Daß Deutschland so viele Flüchtlinge wie möglich aufnehmen solle, befürworteten 38 % der Mädchen (Jungen: 18 %).
Die Jungen schätzten dafür ihr vermeintliches Wissen deutlich selbstbewußter ein. Interessiert und gut informiert zeigten sich übrigens Jungen und Mädchen. Lediglich ein Drittel der Jugendlichen meinte, daß die Politiker richtig entschieden haben.

Friedensliebe: eine Straftat?

Die Berliner Staatsanwaltschaft in Begleitung von etwa 10 Beamten des Landeskriminalamtes erschien Anfang Juni in den Räumen der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär und beschlagnahmte dort »Beweismittel«. Anlaß für diese Aktion war eine Strafanzeige gegen die Kampagne, die angeblich auf einem Plakat öffentlich zu Straftaten aufgerufen hatte. Die im Plakat enthaltene Textpassage »Desertiert aus allen kriegsführenden Armeen!« sei ein an Angehörige der Bundeswehr gerichteter Aufruf zur Fahnenflucht. Diese ist nach § 16 Wehrstrafgesetz eine Straftat. Das Plakat soll laut Staatsanwaltschaft in einer U-Bahn geklebt gewesen sein. Das inkriminierte Plakat ist vor dem Hintergrund des NATO-Angriffs auf Jugoslawien entstanden und wurde Anfang April in Umlauf gebracht. Unter der Überschrift »Es gibt viel zu tun. Packen wir's an« befinden sich Portraits von für den Angriffskrieg der NATO verantwortlichen bundesrepublikanischen Politikern sowie eine Chronologie der deutschen Auslandseinsätze. Der Satz »Desertiert aus allen kriegsführenden Armeen!« verweist auf die Verantwortung jedes einzelnen Soldaten in allen am Krieg beteiligten Armeen.

Friedensliebe bringt vor Gericht

Nicht nur die Berliner Kampagne, auch andere Gruppen und Einzelpersonen, die zur Desertion aus kriegführenden Armeen aufgerufen hatten, werden derzeit kriminalisiert. Bundesweit wurde be- und durchsucht, was das Zeug hielt, darunter die Informationsstelle Militarisierung in Tübingen, die zu Befehlsverweigerung und Desertion aufgerufen hatte. Begründet war der Aufruf u.a. damit, daß die Durchführung eines Angriffskrieges nach § 80 Strafgesetzbuch ebenso wie die Straftatbestände Mord (§ 211 StGB) und Totschlag (§ 212 StGB) mit bis zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe bestraft werden. Der Aufruf fand bundesweite Unterstützung. Neben Personen, die für Aufrufe presserechtlich verantwortlich zeichneten, sind auch solche betroffen, die die Aufrufe lediglich verteilt oder weitergegeben haben. Es kommt also eine Anzahl von Prozessen wegen Aufruf zur Desertion bzw. zur Fahnenflucht auf Friedensbewegte zu. Falls die Staatsanwaltschaften sich trauen – denn dabei wird natürlich der Anlaß besagter Desertionsaufrufe zur Sprache kommen: der NATO-Angriff gegen Jugoslawien. Sollte sich der Krieg gegen Jugoslawien als völkerrechts- und grundgesetzwidrig erweisen – was viele Juristen bereits jetzt meinen -, dürften die Prozesse für Aufsehen sorgen. Dann hätten die VerfasserInnen und UnterzeichnerInnen nämlich nicht zu einer Straftat aufgerufen, sondern die Soldaten an ihre Pflicht gemahnt.
Alle, die im Zusammenhang mit solchen Aufrufen kriminalisiert wurden, werden gebeten, sich unter der folgenden Telefonnummer zu melden: Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär 0 30 / 61 50 05 30

Liebe zum Kriegführen will vor Gericht

Der Europäische Gerichtshof wird die Bundeswehr möglicherweise demnächst zwingen, den Dienst von Frauen an der Waffe zuzulassen. Der Generalanwalt des Gerichts, Antonio La Pergola plädierte dafür, die EU-Gleichbehandlungsrichtlinie auch im Bereich der Verteidigung anzuwenden, allerdings unter der Maßgabe, daß in jedem Einzelfall geprüft werden müsse, ob der völlige Ausschluß von Frauen angemessen und zur Wahrung der Kampfkraft notwendig sei. Da der EU-Gerichtshof bisher in 90 % der Fälle den Vorschlägen des unabhängigen Generalanwaltes gefolgt ist, ist denkbar, daß das Gericht auch diesmal so verfahren wird.
Am 29. Juni wird das Gericht über den Fall einer deutschen Bundeswehrangehörigen entscheiden, die sich um eine Stelle in der Instandsetzung beworben hatte, aber abgelehnt worden war, weil Frauen keinen Dienst mit Waffen leisten dürfen. Außer diesem sind noch mehrere weitere Verfahrung weiblicher Bundeswehrangehöriger anhängig. Der Generalanwalt des UE-Gerichtshofes hatte sich mit seinem Plädoyer auf den Fall der britischen Armee-Köchin Maria Sirdar bezogen, der 1994 ihre Anstellung bei der Königlichen britischen Artillerie gekündigt worden war. Sie beantragte daraufhin, als Köchin zur Königlichen Marine-Infanterie versetzt zu werden. Dieser Antrag wurde abgelehnt, weil die Royal Marines keine Frauen zulassen. Nach Einschätzung der britischen Regierung schwächen Frauen die Kampfkraft des Regiments. Tatsächlich

Neuerscheinung
6. Auflage

Fördertöpfe

für SelbsthilfeProjekte
und kleine Betriebe
in Berlin und den neuen
Bundesländern.

91 Seiten A4
15 DM + 2 DM Porto,
(für NW-Mitglieder 10 DM + Porto)
ABM, SAM, Hilfe zur Arbeit,
Sozialgesetzbuch (SGB III - früher
AFG), Lohnkostenzuschuß, Existenz-
gründungsprogramme, zinsgünsti-
ge Kredite, ESF-Mittel, Stiftungen,
Bußgelder, Beratungseinrichtungen

NETZWERK

Bestellung bei:
Netzwerk Selbsthilfe e.V.
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
Fon (030) 6913072 Fax 6913005

hätte eine Köchin nicht wenige Möglichkeiten, die Kampfkraft der Soldaten zu schwächen – falls sie das wollte. Aber darum ging es hier nicht, sondern darum, daß jeder Angehörige der Royal Marines ein Kämpfer sein muß. Frauen seien dafür ungeeignet.

Geschäftstüchtig

Die Albanische Befreiungsarmee UCK finanziert ihre Waffenkäufe zu großen Teilen durch Drogengeschäfte und auch durch Prostitution. Dies stellte die NATO-Sicherheitsabteilung in einem Geheimdienstreport fest. Danach verfüge die UCK über eine stattliche Anzahl komplizierter Waffensysteme.
Die Waffen würden zum Teil in Hilfslieferungen, zwischen Lebensmitteln und Medikamenten versteckt, ins Land geschmuggelt. Zur Finanzierung würden Drogen, hauptsächlich Heroin, über die berüchtigte »Balkan Route« nach Europa gebracht.
In dem Bericht wird die UCK als terroristische Organisation bezeichnet. Man vermutet, daß es sich bei ihr um eine der mächtigsten Drogenschmuggel-Banden der Welt handelt. Wie die NATO festgestellt hat, daß die UCK-Kommandeure über große Mengen Bargeld verfügen, mit dem sie die Waffen ihrer lokalen Einheiten direkt beim Lieferanten bezahlen, wurde nicht bekannt.

Göttlich

Der Fuldaer Erzbischof Johannes Dyba, berüchtigt als Schwulenhasser und Militärfreund, hat das Ehrenamt des bundesrepublikanischen Militärbischofs inne. Wie der militante Lebensschützer seine Liebe zum »ungeborenen Leben« mit der Segnung von Soldaten, Waffen und Krieg vereinbaren kann, konnten sich unabhängige BetrachterInnen schon immer nur mit einem extremen Hang Dybas zur Heuchelei erklären. Der wurde offenbar nun auch Dybas oberstem Vorgesetzten zuviel: Auf der bischöflichen Konferenz, die soeben entschieden hat, daß die katholische Beratungsstellen keine der für eine straffreie Abtreibung notwendigen »Scheine« mehr ausstellen dürfen, erfolgte ein – natürlicher oder göttlicher – Fingerzeig. Direkt am Austragungsort der bischöflichen Runde, dem Kloster Himmelspforten, wurde ein Baum durch einen Blitz gespalten – just, als Dyba eine Rede hielt. Die Zeichen sind klar, man muß sie nur zu lesen verstehen.

Willkürlich, aber unpersönlich

In seinem unermüdlichen Kampf für die Moral, geführt an allen verfügbaren Fronten, hat der Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping ein eher traditionelles Einsatzgebiet wiederentdeckt. So hat er auf seine Fahnen geschrieben, das Offizierskorps der Bundeswehr frei von schwulen Menschenführern zu halten. Anläßlich des Falls eines 29jährigen Oberleutnants – in der Presse wahlweise als »Mustersoldat« oder »hochdekorierter Spitzensoldat« apostrophiert -, der, nachdem er vom Militärischen Abschirmdienst als homosexuell geoutet worden war, in die Schreibstube zwangsversetzt wurde, hat Jürgen Trittin dieses Verhalten in einem Brief an seinen Ministerkollegen als »weltfremd« und »nicht mehr zeitgemäß« getadelt. Eindeutig widerspreche dies grünen Bestrebungen, die Armee zu einem Hort der Toleranz und Menschlichkeit zu machen. Scharping und ihm untergebene Vertreter der Bundeswehr können die grüne Erregung indes nicht nachvollziehen. Näher dran an den gesunden Empfindungen der Truppe, die sich mit denen des Volkes deckten, folgt man dort der Logik: Entweder versuche ein schwuler Offizier, seine sexuellen Präferenzen zu verheimlichen, was ihn erpreßbar mache, oder er stehe offen zu ihnen, was zu »Gerede, Verdächtigungen, Ablehnung« in den Mannschaften führe. »Erhebliche Zweifel an der Eignung« als Führungskraft seien in jedem Fall angebracht, weshalb die diskriminierende Praxis aufrecht zu halten, allerdings nicht als solche zu betrachten sei. Persönlich hegte man keinerlei Vorurteile gegenüber Schwulen.
Das Lüneburger Verwaltungsgericht urteilte inzwischen, eine solche Entscheidung verstoße gegen das Willkürverbot des Grundgesetzes.
Ob Scharping das Wort »Willkür« nun persönlich nehmen wird, steht dahin.

Drückeberger und Rekordhalter

Unterdessen droht Minister Trittin höchstselbst von anderer Seite Ungemach. Wegen der offensichtlich vorgeschobenen Gründe für seine Gewissensentscheidung, seinerzeit den Wehrdienst an der Waffe zu verweigern, hat die Potsdamer Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär Strafanzeige gegen Trittin wegen Wehrpflichtentziehung durch Täuschung (§ 109 StGB) bei der Staatsanwaltschaft Bonn gestellt. Durch seine gegenwärtige politische Betätigung habe er bewiesen, daß er durchaus geeignet und in der Lage ist, militärische Verantwortung in einem Angriffskrieg mitzutragen. Daraus folge, daß er sich seine damalige Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer erschlichen habe. Ob dies den obengenannten Straftatbestand erfüllt, müssen nun die zuständigen Gerichte entscheiden.
Glimpflicher kam Parteifreund Joseph Fischer davon. Er wurde von der Potsdamer Kampagne für einen Eintrag in das Guinness-Buch der Rekorde in der Rubrik »schnellster Verrat politischer Grundsätze nach Erlangung der Regierungsmacht« vorgeschlagen. Qualifiziert habe er sich hierfür durch seine Kriegspolitik als Außenminister, mit der er – was nicht gering zu schätzen ist – diverse Vertreter der in dieser Disziplin stets rekordverdächtigen deutschen Sozialdemokratie aus dem Felde geschlagen habe.

Berichte

- Kongo -

KONGO: Rumble in the Jungle? (1)

Man weiß nicht, wieviele Menschen seit 1996 täglich in diesem Krieg sterben. Von vielen wird man nie erfahren, wann und unter welchen Umständen sie ums Leben gekommen sind, ja man wird nicht einmal erfahren, *daß* sie umgebracht wurden. (2)
Der Krieg im Kongo ist ein Lehrstück über Macht- und Kolonialpolitik. Es kommt zu kuriosen Allianzen, die klar zeigen, daß es keinem der Beteiligten um die Schaffung eines stabilen und demokratischen Systems oder um die Einhaltung der Menschenrechte geht. Die Demokratische Republik Kongo hat keine Zukunft. Entweder wird das Land nach einer politisch-militärischen Lösung auf zwischenstaatlicher Ebene in einem endlosen Bürgerkrieg versinken, oder es wird zu einer Aufteilung der DR Kongo gemäß den Interessen der Regionalmächte kommen.
Als am 2.8.98 einzelne Einheiten gegen den Präsidenten der Demokratischen Republik Kongo, Laurent-Desiré Kabila, meuterten, und sich Ruanda und Uganda von ihm abwandten, schien es nur eine Frage der Zeit, bis erneut ein anderer die Regierungsmacht übernimmt im größten Staat Zentralafrikas. Gerade ein Jahr war vergangen, seit Kabila am 17.5.97, mit Unterstützung Ruandas und Ugandas, den Diktator Mobutu Sese Seko ins Exil trieb.
Inzwischen stehen sich über 100.000 Soldaten aus acht Staaten im Kongo gegenüber. (3) Gleichzeitig besteht Anlaß zu der Befürchtung, daß auch in diesem Krieg alte Rechnungen unter Nachbarn beglichen werden, und dies, so zeigt die Erfahrung, erfolgt meistens mit besonderer Brutalität. Kabila wäre nach seiner Machtübernahme im Mai 1998 beinahe über die im Osten Kongos verübten Massaker seiner Rebellenarmee an den ruandischen Flüchtlingen gestolpert. Zwei weitere Beispiele sind bezeichnend für den Krieg: Innerhalb von nur drei Tagen erreichten die Rebellen im August 1998 Kinshasa und wurden wieder aus den Vororten vertrieben. Mehr als 1.000 Tote soll es dabei gegeben haben. Die kongolesische und simbabwesische Luftwaffe benutzt zur Bombardierung Antonov-Transportflugzeuge. Diese sind für diese Aufgabe eigentlich zu ungenau. Deswegen werden die Bomben einfach über größeren Menschenansammlungen in Dörfern und Flüchtlingscamps abgeworfen.

Mobutus Vermächtnis

Der Diktator Mobutu Sese Seko hatte zwar verkündet, Zaire in die Zukunft führen zu wollen.
Allerdings betrachtete er sein Land zunehmend als Privatschatulle. Die Exporterlöse der gewaltigen Rohstoffvorkommen (Kobalt, Kupfer und Diamanten) wanderten größtenteils auf seine Schweizer Bankkonten. Den Industrieländern war es egal, solange die Exportquoten stimmten. Den afrikanischen Mitdiktatoren war es egal, solange er keine Instabilität erlaubte.
Mobutu bediente sich geschickt der regionalen »Warlords«, spielte sie gegeneinander aus. Eine interne Opposition mußte er somit nicht fürchten. Das Gebiet der ehemaligen belgischen Kolonie ist zu groß, in weiten Teilen unzugänglich und die einzelnen Bevölkerungsgruppen zu unterschiedlich, als daß sich eine politische regionenübergreifende Bewegung hätte bilden können. Gezielte Vernachlässigung der Infrastruktur (Transport- und Kommunikationswege) sowie Verteilung von Pfründen sicherten seine Macht dauerhafter als jede Armee. (4) Allerdings führte letzten Endes seine Diskriminierung der Banyamulenge (5) im Osten Kongos zu seinem Sturz.
Mobutu bewaffnete 1964 die Banyamulenge, um sich loyale Diener im Ostkongo zu schaffen. Seit 1981 entzog er ihnen dann die Unterstützung aus anderen taktischen Erwägungen. Bis zur Rebellion 1996 lebten sie praktisch ohne gesicherte Rechte.
Nach dem Sieg der Tutsi in Ruanda förderte Mobutu den Verbleib von Hutu-Flüchtlingen und später der Hutu-Milizen im Kivu. Diese Hutus gingen aggressiv gegen die Banyamulenge (Tutsi) vor und bekamen sogar internationale Hilfe, während Mobutu den Kivu ansonsten verfallen ließ. Die Banayamulenge griffen zu den Waffen und bildeten seit 1996 das militärische Rückgrat der im gleichen Jahr gegründeten Alliance des Forces Democratiques pour la Liberation du Congo (AFDL).
In diesem Sinne erschien Kabilas Siegeszug 1996/67 wie eine gerechte Rache. Laurent Kabila, der schon in den 60er Jahren gegen Mobutu gekämpft hatte, eroberte am 17.5.97 als Anführer der AFDL die Hauptstadt Kinshasa. Aber nicht ohne Grund wurde Kabilas Siegeszug von allen Beobachtern als »Operation Kabila« bezeichnet. Zu offensichtlich war die Federführung ugandischer und ruandischer Militärs. (6) Dieser wiederum war eng mit Paul Kagame befreundet, dem Vizepräsidenten Ruandas. Beide Staaten sorgten dafür, daß Kabila überhaupt kriegsfähig wurde. Sie haben sich Kabila als Galionsfigur für die AFDL ausgesucht, um jeweils ihre Probleme an ihrer Westgrenze zu lösen. Gerade Ruanda schürte die ethnische Dimension des Konflikts. Ruanda konnte die Banyamulenge für die »Tutsi-Sache« einspannen. Hutu-Milizen terrorisierten von Zaire aus weiterhin den Westen Ruandas mit Überraschungsangriffen. Die Flüchtlingscamps boten einerseits Schutz und andererseits Rekrutierungsmöglichkeiten. Für Ruanda stellte die AFDL daher das geeignete Instrument dar, um die Kivu-Provinz von Hutus zu säubern und die politische Hoheit zu bekommen.
Auch für Museveni ging es um die Befriedung seiner Westgrenze. Im Nordosten des Kongos unterhielt die ugandische Rebellenbewegung Allied Democratic Force (ADF) Militärbasen. Mobutu und

(1) »The Rumble in the Jungle«, der Boxkampf zwischen Joe Frazier und Muhammed Ali, mit dem Mobutu den Aufbruch Afrikas in die Moderne symbolisch demonstrieren wollte.
(2) Internationale Beobachter haben seit Sommer 1998 keinen ungehinderten Zugang zu den Gebieten im Osten des Kongos. Die Konfliktparteien sind nicht daran interessiert, Zahlen an die Öffentlichkeit weiterzugeben bzw. über ihr konkretes militärisches Vorgehen zu berichten. Hinzu kommt die Unübersichtlichkeit der Region.
(3) Über die Opfer des Krieges existieren keine Angaben. Das Kriegsgebiet ist zu unüberschaubar, und die jeweiligen militärischen Führer wissen auch nicht genau, was vor Ort passiert.
(4) Die Armee vernachlässigte er bewußt. Nur seine Leibgarde erhielt die neueste Ausrüstung.
(5) Die Banyamulenge werden zu der Tutsi-Volksgruppe gezählt.
(6) Kabila verband aus Untergrundzeiten eine Freundschaft mit Yoweri Museveni, inzwischen Präsident Ugandas.

auch die sudanesische Regierung unterstützten die Rebellen mit Waffen und Logistik, um Uganda zu behindern. (Uganda wiederum unterstützte die sudanesische SPLA).

Intermezzo: Kabilas Kongo

Kabila war einfach überfordert damit, nach seiner Machtübernahme die innenpolitischen Probleme zu lösen, die Mobutu hinterlassen hatte. Statt dessen verweigerte sich Kabila jeglicher politischer Pluralität und versuchte gleichfalls, Konflikte auf ethnischer Basis zu schüren. Durch sein Festhalten an der territorialen Integrität und Souveränität des Kongos riskierte er zudem die Unterstützung seiner beiden Förderer Museveni und Paul Kagame.
Kabila war nicht bereit, die AFDL in eine politische Partei umzuwandeln und gleichzeitig andere Parteien zu erlauben. Die versprochene Demokratisierung blieb aus, und die von Mobutu geduldete Opposition wurde repressiv verfolgt. Namhafte Politiker wurden unter Hausarrest gestellt, andere Parteien verboten. Durch seine Weigerung, die Massaker-Vorwürfe in Ostkongo untersuchen zu lassen, isolierte er sich zunehmend international. Durch rücksichtsloses Vorgehen innerhalb der AFDL-Führungsstrukturen machte er sich zum alleinigen Anführer der AFDL. Von den drei anderen kongolesischen AFDL-Mitbegründern starb einer, einer wurde inhaftiert und der letzte mußte flüchten. Inzwischen hat Kabila die AFDL am 20.4.99 aufgelöst und will nun den Kongo durch »Volksmachtkomitees« regieren lassen.
Er versuchte, Ruanda und Uganda durch kleine Zugeständnisse bei Laune zu halten: Uganda durfte regionale Hauptquartiere aufbauen und die ruandische Armee offiziell Hutu-Milizen jagen. Andererseits verhinderte Kabila, daß die Banyamulenge wichtige Posten bekamen. Die ursprüngliche Integration der AFDL-Milizen (hauptsächlich Banyamulenge) in die kongolesische Armee FAC (Forces Armees du Congo) wurde wieder rückgängig gemacht. Provozierend war dabei vor allem die Ersetzung der Banyamulenge durch Mobutu-Generäle. Die Schmerzgrenze erreichte Kabila aber, als er immer mehr versuchte, seine politische Ideenlosigkeit durch Schüren ethnischer Diskriminierung auf Kosten der Banyamulenge zu überdecken. In den Kivu-Provinzen wurden Kabila-treue katangische Truppen stationiert (Kabilas Heimatprovinz). Gleichzeitig weckte er fngste vor einem Tutsi-Reich. Sein Informationsminister erklärte: »Das kongolesische Volk wird den Traum von einem Tutsi-Reich in einen Alptraum für die Tutsi in der Region der Großen Seen verwandeln«. (7) Kabila selber: »Das Wesentliche ist, den Feind zu zertreten, sonst werden wir Sklaven der Tutsi«. (8) Erste Indizien für die gespannte Lage waren Musevenis und Kagames Weigerung, an der Ein-Jahr-Feier am 17.5.98 teilzunehmen sowie am von Kabila organisierten Regionalgipfel. Das Faß zum Überlaufen brachte aber Kabilas Anweisung am 27.7.98 alle ruandischen Soldaten auszuweisen. Nur fünf Tage später meuterte Jean-Pierre Ondekane mit seiner 10.Brigade in Goma (Provinzhauptstadt des Kivus).

Wer gegen wen und warum?

Die am 12.8.98 offiziell in Goma ins Leben gerufene RCD (Rassemblement Congolaise pour la Democratie) vereinte viele unterschiedliche Gruppierungen, die mit Kabilas Politik unzufrieden waren. Dazu gehörten natürlich die Banyamulenge, aber auch einzelne Mobutisten sowie Großunternehmer, denen Kabila die Lizenz zum Bergbau entzogen hatte. Unter diesen Unzufriedenen befanden sich Kabilas Ex-Außenminister Karaha, der AFDL-Generalsekretär Bugera, Mobutus Premierminister Bululu und ein Anführer der Katanga-Rebellen, Emile Ilunga. Obwohl das politische Hauptquartier der RCD in Goma ist, wird die militärische Organisation von ugandischen und ruandischen Militärs in Kisangani koordiniert. (9)
In den folgenden Monaten eroberte die RCD von Goma aus den gesamten Osten Zaires. Noch im August nahmen die Rebellen Bukavu und Kisangani ein. Im Westen standen sie durch eine Luftbrücke innerhalb von zwei Wochen kurz vor Kinshasa. Der Krieg schien nur noch Tage dauern zu können. Aber genau diese Einschätzung hat vermutlich Kabila gerettet. Keiner der anderen Potentaten wollte Uganda und Ruanda im Kongo das Feld überlassen. Angola, Simbabwe, Namibia und später der Tschad eilten zu Kabilas militärischer Unterstützung.
Der angolanische Präsident Dos Santos hatte bereits 1997 der AFDL geholfen. Kabila hatte ihm garantiert, die Versorgungswege der angolanischen UNITA-Rebellen zu unterbinden. Zusammen mit den von Mobutu exilierten Katanga-Rebellen haben seine Soldaten Kabilas Vormarsch im Westen unterstützt. Mit Unterstützung der simbabwesischen Luftwaffe vertrieben angolanische Panzerverbände die Rebellen aus dem Westen des Kongos. Auch Namibia beteiligte sich mit einer Brigade an der Gegenoffensive, allerdings eher als Gefälligkeit gegenüber Angola. Simbabwe schließlich hatte seit Kabilas Offensive 1996 enge wirtschaftliche Beziehungen mit ihm aufgebaut. Die simbabwesische Rüstungs- und Nahrungsmittelindustrie (jeweils im Besitz von Regierungsmitgliedern) profitiert von diesen Verträgen. Außerdem wollte der Präsident Simbabwes, Mugabe, Südafrika nicht ohne weiteres das regionalpolitische Feld überlassen.
Im Herbst 1998 entstand eine Patt-Situation. Im Westen und Süden saß Kabila dank der Alliierten fest im Sattel, im Osten kontrollierten Uganda und Ruanda 650 km der Ostgrenze. Die RCD bzw. Ruanda und Uganda können sich militärisch nicht überdehnen, und Angola umgekehrt will seine Truppen nicht in den Osten schicken. Die Zeit spielt Kabila in die Hände. Jeder Tag länger an der Macht, verstärkte das Interesse bei den vormaligen Verbündeten Mobutus und Frankreichs. Diese haben festgestellt, daß es sich auch mit einem »unabhängigen« Kabila leben läßt, trotz seiner anti-französischen Äußerungen 1997, und daß ein Kongo an den Fäden Ugandas und Ruandas die schlechtere Alternative ist. Schließlich entsandte auch der Tschad, stellvertretend für Frankreich, Truppen in den Norden Kongos und zementierte die bis heute andauernde Patt-Situation.

(7) taz 14.8.98.
(8) taz 27.8.99.
(9) Der 13-köpfige Generalstab wird vom ugandischen General Kazini angeführt. Stellvertreter ist der Ruander Kanyumba Nyanvumba. Dritter in der Hierarchie ist der Kongolese Jean-Pierre Ondekane. Insgesamt sind fünf RCD-Vertreter im Stab. taz 18.5.99
(10) Bereits im August/September 1998 versuchten Südafrika und Simbabwe, durch die South African Development Community und die Organisation of African Unity eine entsprechende politische Lösung zu finden. Diese Versuche scheiterten daran, daß Kabila einen Abzug der ugandischen und ruandischen Truppen forderte, während diese und die RCD auf einem Abzug aller ausländischen Truppen beharrte. Befürworter der zweiten Variante mußten schließlich einsehen, daß Kabila das Völkerrecht auf seiner Seite hatte.
(11) ND 21.4.99.
(12) taz 26.4.99.

Verhandlungen

Obwohl alle möglichen internationalen Regimes bemüht worden sind, in diesem Konflikt zu vermitteln, ist bislang eine diplomatische Lösung nicht absehbar. Anfänglich scheiterten Verhandlungen an der Forderung Ugandas, Ruandas und Südafrikas, daß alle ausländischen Truppen den Kongo verlassen müßten. (10) Nachdem sich Kabila in diesem Punkt durchsetzen konnte, scheiterten im Winter die Verhandlungen daran, daß sich beide Parteien nicht über die Reihenfolge einigen konnten: erst Waffenstillstand, dann Verhandlungen und dann Abzug oder umgekehrt.

Die letzten Verhandlungen fanden im April/Mai 1999 statt. Kabila sah einerseits die Brüchigkeit der Rebellenallianz, wußte aber auch um seine eigene militärische Schwäche. Die Rebellen festigten ihren Halt im Norden und rückten gen Süden und in die Diamantenmetropole Mayi-Mayi vor. Der Fall von Katanga und dieser Stadt würde ihm fast die gesamten Devisen entziehen. Kabila bat Anfang April inoffiziell den Altpräsidenten Tansanias Nyerere um Vermittlung. Am 15. April soll es zu ersten Kontakten in Sambia gekommen sein. (11) Drei Tage später unterzeichneten Museveni und Kabila in Tripolis ein Friedensabkommen. Der Gipfel endete mit einem »Appell für einen sofortigen Waffenstillstand«. Die Präsidenten einigten sich auf die Stationierung einer afrikanischen Übergangsfriedenstruppe in Gebieten unter ausländischer Kontrolle. (12) Als erster Schritt zur friedlichen Lösung sollte in Italien ab dem 30.4.99 ein »nationaler Dialog« zwischen den kongolesischen Kriegsparteien beginnen. Politisch folgten dann aber keine weiteren Maßnahmen – das Treffen wurde abgesagt. Einen Monat später, am 16.5.99 trafen sich auch Kabila und Kagame. Wiederum herrscht Unklarheit über das tatsächlich Beschlossene. Weiterhin weigert sich Kabila, mit den Rebellen direkt zu verhandeln.

Durch diese Treffen wurde endgültig deutlich, daß sich Uganda und Ruanda sich nicht mehr genau abstimmen. Dies zeigt auch die strukturelle Entwicklung der Rebellenstruktur. Aus Kisangani wurden Anfang Mai auch Schießereien zwischen Ruandern und Ugandern gemeldet. Während Ruanda zusammen mit den kongolesischen Rebellen kurz nach dem Putsch alles auf eine Karte setzte und versuchte, Kinshasa direkt zu erobern, eroberten ugandische Soldaten Kisangani und bauten dort den Generalstab auf.

Als Anführer der RCD galt lange Zeit Ernest Wamba di Wamba. Dieser hat sich aber inzwischen auch von Ruanda politisch entfernt und residiert nun auch in Kisangani. Statt dessen versucht Emile Illunga, die RCD unter seine Kontrolle zu bekommen. Am 16.Mai wird Wamba offiziell abgesetzt, was dieser aber nicht akzeptieren will. Ruanda steht in dieser Allianz zunehmend alleine da mit seiner Tutsi-Politik. Innerhalb der RCD vermehren sich auch die Beschwerden über die Favorisierung der Banyamulenge. Uganda und Teile der Rebellen haben erkannt, daß die Bevölkerung keine Opposition unterstützen wird, die von einer ruandischen Minderheit dominiert wird (als solche gelten die Banyamulenge inzwischen). Versuche, renommierte Politiker für sich zu gewinnen, scheiterten eben daran.

Uganda erwies sich als der »besonnenere« Staat. Museveni erreichte die Auflösung der meisten ADF-Rebellenlager und gründete sofort eine eigene kongolesische Rebellenbewegung, die MLC. Diese wird von Paul Bemba angeführt, ein Sohn eines der reichsten Unternehmer der Kongos. Abfällig wird die RCD in Goma als Geschäftemacher bezeichnet. Dabei stört umgekehrt Ruanda am Partner, daß Uganda sich immer mehr darauf beschränkt, Rohstoffe zu exportieren und eigene Konsumgüter im Kongo zu verkaufen. Einige ugandische Militärs scheinen gut am Export von Tropenhölzern zu profitieren. Allerdings sieht auch Museveni die Gefahr, daß sich hier neue Warlords entwickeln, die später vielleicht auch die ADF unterstützen. Uganda will deswegen so bald wie möglich eine internationale Friedenstruppe an der Westgrenze stationieren. Umgekehrt wirft Uganda Ruanda vor, weiterhin auf Gewalt und Vertreibung als Mittel zu setzen, statt eine politische Lösung anzustreben.

Zeitbombe Kongo

Der seit 1996 andauernde Krieg verdeutlicht zwei Dinge: zum einen, wie sehr das in Demokratische Republik Kongo umbenannte Zaire inzwischen als Spielball der Nachbarstaaten betrachtet wurde; zum anderen, daß Kabila keinen funktionierenden politischen Gegenentwurf zu Mobutus Zaire hatte. Im Krieg um regionale Vorherrschaft sind Kabila und die RCD nur die Marionetten. Angola und Uganda kämpfen für ihre innenpolitische Ruhe und streiten sich um die Vormacht für Zentralafrika. Ruanda versucht, durch Expansion Sicherheit zu erreichen. Südafrika, die USA und Frankreich streiten auf internationalem Parkett um die Zugangsrechte für das gesamte Afrika südlich der Sahara.

Inzwischen bestehen kaum noch Chancen, daß die territoriale Integrität der Demokratischen Republik Kongo auf Dauer gewahrt werden wird. Für die angrenzenden Nachbarstaaten ist es einfach zu verlockend, ihre innenpolitischen Probleme im Kongo zu lösen.

Wo liegt die Lösung? Wenn man wirklich den Frieden wollte, dann wäre es nicht ausreichend, nur eine Partei zu unterstützen oder einen Waffenstillstand auszuhandeln. Der Krieg wird durch die regionalen und überregionalen Interessen motiviert. Außerdem können alle Kriegsparteien aufgrund bisheriger Erlebnisse eine lange Liste von Verrat, Mißbrauch, Ausbeutung etc. gegenüber den anderen lokalen Konfliktparteien anführen.

Von daher ist zu erwarten, daß der Osten Zaires auf Jahre hin ein Kriegsgebiet bleiben wird, in dem die Flüchtlinge auch weiterhin Freiwild lokaler Despoten und ethnischer Diktatoren sein werden. Eine Sezession der beiden Kivu-Provinzen wird eine Sogwirkung für andere Gruppen haben – innerhalb einer kurzen Zeit wird nur noch der wirtschaftlich schwache Westteil um Kinshasa zum Kongo gehören.

Christopher Steinmetz

Die Kurden haben nur dieses eine Fest

Gespräch mit TeilnehmerInnen einer Menschenrechtsdelegation

illoyal: Was waren Anlaß und Ziel eurer Reise?
Boris: Wir sind als Berliner Delegation am 16. März in die Türkei gefahren und hatten vor allem vor, uns zu informieren. Dabei hat uns die Repression im Zusammenhang mit Newroz interessiert, aber insgesamt auch die sozialen Bedingungen, der Alltag, Arbeitslosigkeit, Ausbildungsbedingungen. Wir haben mit Leuten von HADEP, ÖDP, IHD, gesprochen. Wir sind von Ankara nach Gaziantep geflogen und von da mit dem Bus nach Diyarbakir gefahren, eine der kurdischen Hochburgen, wo es die meisten Übergriffe an Newroz gibt. Auch in diesem Jahr gab es dort Festnahmen von über 5.000 Leuten. Leider wurden wir an der letzten Polizeisperre aus dem Bus geholt und zurückgeschickt, so daß wir Diyarbakir nicht erreicht haben. Wir hatten aber das Glück, nachdem wir nach Gaziantep abgeschoben wurden, uns dort erst einmal unbeobachtet und frei bewegen zu können.
Gerit: In Gaziantep sind jeweils etwa 50 Prozent der Bevölkerung kurdischer und türkischer Herkunft. Da war es spannend, zu sehen, wie die Menschen miteinander unter den gleichen sozialen Bedingungen leben.
Boris: Aber da gibt es auch Unterschiede. Die kurdischen Stadtteile sind nicht zufällig eher die ärmeren.
Gerit: Es ist ihre Grundeinstellung, die Leute leben zusammen.
Boris: Das ist der Konsens in der Linken, das zu sagen.

Ausdruck des Widerstands

illoyal: Welche Bedeutung hat Newroz in Kurdistan, vor allem für die Menschen, die ihr besucht habt?
Belde: Newroz ist ein Mythos. In Kurdistan lebte der Herrscher Dehak, ein Unterdrücker. Der war verzaubert und mußte deshalb jeden Tag das Gehirn eines jungen Menschen essen. Der Schmied Kawa wollte etwas dagegen unternehmen. Er sagte, er werde ihn töten, und wenn es gelinge, werde er auf dem Berg ein Feuer machen. Er hat ihn getötet, das Feuer gemacht, und die Menschen sind durch das Feuer gesprungen.
Gerit: Aber das Fest ist auch immer Ausdruck des Widerstands des kurdischen Volks gewesen.
Belde: Seit das kurdische Volk sich für seine Befreiung von der türkischen Herrschaft einsetzt, ist es auch ein politisches Fest, besonders seit die PKK einen bewaffneten Kampf führt, seit 1984.
Ilknur: Der Zusammenhang ist die Befreiung von der Unterdrückung.

Auch legale Organisationen sind Repressionen ausgesetzt

Gerit: Eingeladen hat uns die Demokratische Plattform Diyarbakir. Wir haben zuvor auch bereits Kontakte nach Diyarbakir und Umgebung geknüpft. Wir wollten nicht nur Informationen sammeln, sondern diese auch in Deutschland vermitteln, zumal in diesem Jahr wegen der Festnahme von Öcalan mit härteren Eskalationen zu rechnen war als in den Jahren zuvor.

illoyal: Bei welchen Organisationen habt ihr euch informiert?
Boris: Eine unserer Anlaufstellen ist der Menschenrechtsverein IHD gewesen, eine legale Organisation, die in der Türkei über etwa 1.500 Büros verfügt und versucht, zu Inhaftierten Kontakt zu bekommen. Sie beobachten und dokumentieren Menschenrechtsverletzungen. Der IHD selbst ist aber auch Repressionen ausgesetzt, die gezielt gegen seine Funktionäre gerichtet sind. Der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins Akin Birdal wurde Opfer eines Anschlags, der mit Sicherheit nicht ohne Beteiligung der türkischen Sicherheitskräfte stattgefunden hat. In manchen kurdischen Gebieten ist der IHD ganz verboten.
Gerit: Wir haben auch mit Leuten von HADEP gesprochen. HADEP ist eine legale pro-kurdische Partei. Sie stellt bisher einige Bürgermeister, ist aber nicht im Parlament der Türkei vertreten. Vorläuferorganisationen wurden mehrfach verboten. Real hatte sie in vielen Bezirken kaum eine Chance. Der Druck, der auf die Bevölkerung ausgeübt wird, wenn die Menschen HADEP wählen, ist zu groß. Den Menschen wird gedroht, daß ihr Dorf abgebrannt wird, wenn im Ort HADEP gewählt wird. Trotzdem hat HADEP in diesem Jahr Erfolge erzielt.
Boris: An Newroz sieht es so aus, daß IHD-Leute herumfahren und die spontan stattfindenden Feste beobachten, überall, wo Leute durchs Feuer springen, um dann im Büro Rückmeldung zu geben, was passiert, und einen Überblick zu erhalten. Für uns war das eine der wenigen Informationsquellen. In den türkischen Meldungen wird die Anzahl der Festnahmen stark untertrieben.

illoyal: Sind die Feiern spontan oder werden sie organisiert?
Boris: Es gibt auch von staatlicher Seite organisierte Newroz-Feiern »für alle Türken«. Der Staat versucht, das kurdische Fest zu vereinnahmen. Dann gibt es halblegale Feiern von Kurden und spontane Feste. Die Leute machen ein Feuer, und wenn sie sehen, daß Sicherheitskräfte kommen, rennen sie.

Sicherheitskräfte sogar in Krankenhäusern

Gerit: In Gaziantep haben die türkischen Behörden ein ganzes Stadion angemietet, um dort offiziell Newroz zu feiern. Aber da war keiner. In Diyarbakir und Gaziantep standen Panzer in den Straßen, so daß es nicht möglich war, kleine Feuerchen zu machen und zu feiern. In Gaziantep haben Kinder Feuer gemacht, und kurze Zeit später kamen sie ins Büro und haben uns ihre Verletzungen gezeigt. Sie waren verprügelt worden. Die Leute versuchen manchmal, die Feuer auf Dächern oder Balkons zu machen. Überall, wo Sicherheitskräfte größere Menschenansammlungen sahen, schossen sie in die Luft. Als ein Panzer losfuhr, entstand Panik, und ein Kind wurde angefahren. Dem wurden beide Beine gebrochen. 120 feiernde Frauen wurden aus der HADEP-Zentrale herausgezerrt. Sie mußten sich auf dem Marktplatz hinlegen und wurden von weiblichen Sicherheitskräften geschlagen. Männer, die dazu kamen und helfen wollten, wurden auch mißhandelt. Ein Mensch mit gebrochenen Rippen hat uns berichtet, daß auch in den Krankenhäusern Sicherheitskräfte waren. Als er angab, daß er verletzt wurde, drohten sie, ihn noch mehr zu mißhandeln.

Belde: In diesem Jahr wurde das kurdische Fest ganz verboten und durch massive Präsenz von Sicherheitskräften verhindert. Deshalb wurde auch kein Blut vergossen. In den letzten Jahren wurden immer auch Menschen umgebracht.

illoyal: Haben diese Feiern denn eine breite Basis in der Bevölkerung oder werden sie durch »einzelne Radikale« getragen?

Belde: Die Kurden haben nur dieses eine Fest, Newroz, und dann feiert man auch. In Gaziantep haben zum Beispiel in einem Stadtteil 4.000 Leute trotz des Verbots teilgenommen, nicht unbedingt politische Leute.

illoyal: Selbst Kurden, die Newroz als Volksfest oder kulturelles Ereignis ansehen, werden vom türkischen Staat als Feinde wahrgenommen?

Gerit: Die Menschen laufen in ihren Trachten herum und sind dadurch leicht erkennbar. Sie werden auf der Straße von Rechtsradikalen angegriffen oder eben von Staatsschutzleuten. Wenn die Polizeikräfte die Menschen zusammenschlagen, werden sie oft tatkräftig von Faschisten oder faschistischen Bürgerwehren unterstützt.

Belde: Wir wissen, daß die faschistische MHP und die Sicherheitskräfte zusammenarbeiten. Es gibt unter den Sicherheitskräften viele MHP-Mitglieder. Durch die Festnahme von Abdullah Öcalan treten sie offensiv auf. Die staatliche Seite sorgt auch dafür, daß sie auf der Straße sind. Wird zum Beispiel jemand festgenommen, der an irgendeiner Aktion teilgenommen hat, dann wird einen Tag vorher in Radio und Fernsehen bekanntgegeben, an welchem Ort und zu welcher Zeit der Festgenommene öffentlich vorgeführt wird. Dann kommen die Faschisten dahin und machen eine Kundgebung. Bei der Festnahme von Öcalan haben Faschisten HADEP-Büros besetzt. Zwei Menschen wurden getötet.

Solidarisches Handeln wird nicht an Effektivitätskriterien gemessen

illoyal: Hattet ihr den Eindruck, daß eure Anwesenheit nützt?

Boris: Eine andere Delegation verfiel dem Größenwahn, es würde ein Blutbad geben, wenn sie nicht da wären. Wären die Delegationen für den türkischen Staat aber wirklich eine Gefahr, würden sie ausgewiesen.

Gerit: Es wurden ja auch Gruppen ausgewiesen. Die türkischen Behörden wünschen keine internationalen BeobachterInnen. Sie versuchen, einen Mantel des Schweigens über die Ereignisse zu legen. Lange Zeit ist das ja auch gelungen. Dörfer wurden verbrannt, und im Ausland nahm das niemand wahr.

illoyal: Gibt es denn Pressereaktionen auf die Anwesenheit ausländischer BeobachterInnen?

Ilknur: Hetzstimmung. Man fragt: Wieso mischen sie sich in unsere inneren Angelegenheiten ein?

Boris: Es geht uns aber nicht darum, hier die deutschen Saubermänner heraushängen zu lassen. Wir sind uns sehr wohl bewußt, daß es in Deutschland viele Menschenrechtsverletzungen gegenüber der ausländischen Bevölkerung gibt.

Gerit: Wir hatten eine Pressekonferenz in der Türkei geplant. Diese war nicht möglich, weil wir ständig überwacht wurden, auch im Hotel und auf der Straße.

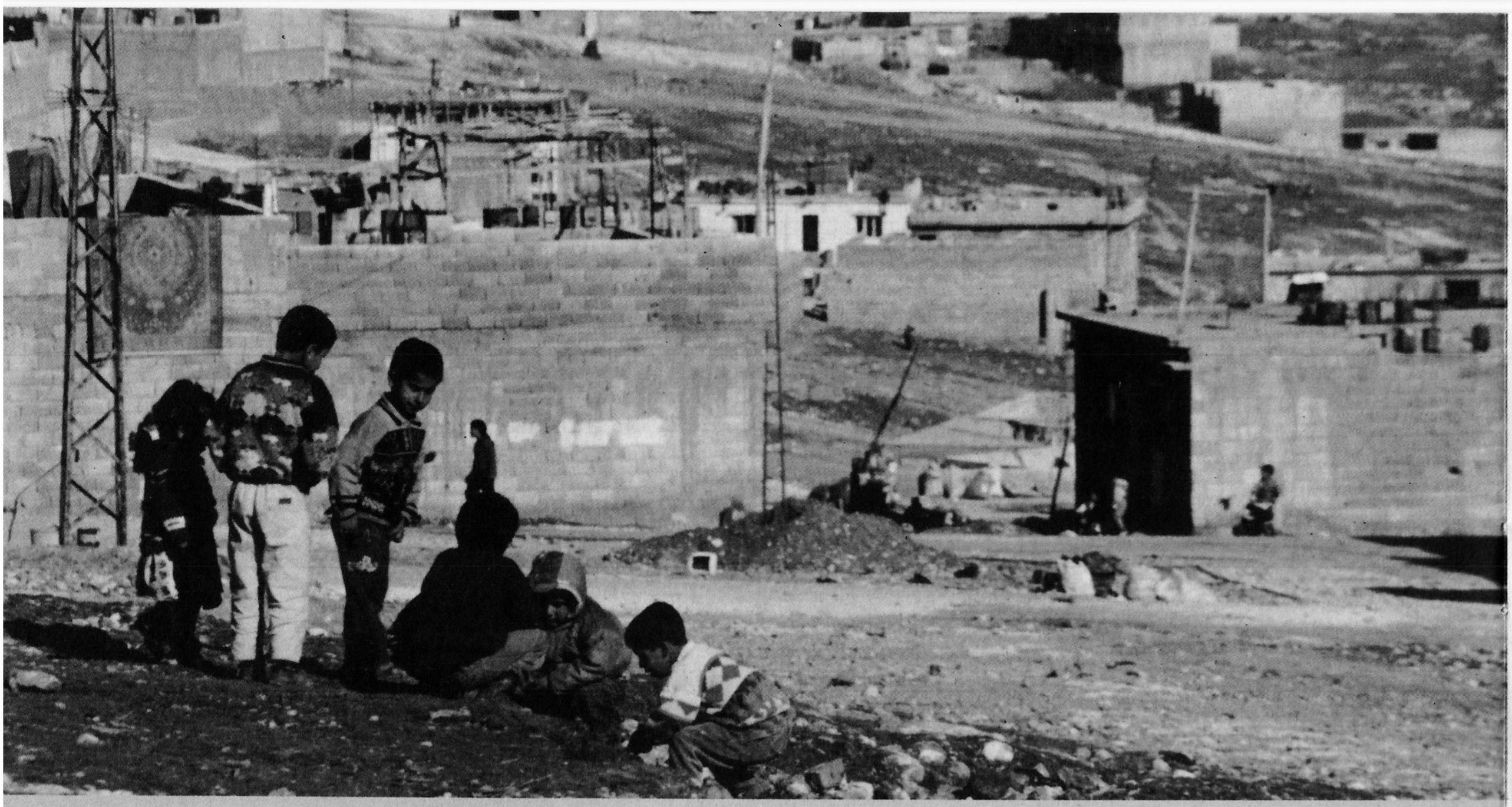
Belde: Wir freuen uns natürlich, wenn internationale Beobachter da sind, und wünschen uns, daß es immer so ist. Hinter geschlossenen Türen spielt sich vieles ab. Es gibt keine »inneren Angelegenheiten«. Die internationale Zusammenarbeit zwischen demokratischen Vereinigungen ist wichtig. Der IHD kümmert sich natürlich auch um Delegationen, aber man kann nicht sagen, daß wir durch Delegationen Schwierigkeiten bekommen, wir bekommen durch unsere Arbeit Schwierigkeiten, weil wir die Wahrheit öffentlich machen.

illoyal: Habt ihr nach der Reise Öffentlichkeit herstellen können?

Gerit: In den großen Medien waren wir nicht, und das hat unter anderem mit dem Kosovo-Krieg zu tun.

Boris: Und es liegt daran, daß die Repression erfolgreich war. Hätten wir einen detaillierten Bericht bringen können, über 5.000 Festnahmen in Diyarbakir und über Menschenrechtsverletzungen, mit Bildern, wären wir groß in allen Medien gewesen. Da war der türkische Staat erfolgreicher als wir.

Gerit: Wir waren auf Demonstrationen, wo wir die Forderungen vertreten haben, die uns die türkischen und kurdischen Freunde mitgeteilt haben. Da kommt immer wieder: Schafft die Rüstungsexporte ab! Die andere Sache war: Setzt euch dafür ein, daß der einzige kurdische Fernsehsender Med-TV wieder arbeiten kann, weil in der Tat in den kurdischen Vierteln niemand sonst fernsehen kann. Sie verstehen die türkischen Sendungen nicht. Wir haben eine Pressekonferenz in Zusammenarbeit mit deutschen Parteien gemacht, konkret mit der PDS und den Grünen. Und wir haben uns vorgestellt, da weiterzumachen. Es laufen auch Anfragen im Abgeordnetenhaus und im Bundestag wegen der Waffen-



Gaziantep, April 1999
Foto: Boris Bocheinski

exporte. Wir wissen, daß diese Waffenlieferungen trotz allem stattfinden.

illoyal: Seht ihr eure Reise als erfolgreich an?
Boris: Das Kriterium des Erfolgs kann man an eine solche Reise nicht anlegen, ebensowenig wie das der Effektivität. Kosten und Arbeit lassen sich kaum damit rechtfertigen. Andererseits sind alle Beteiligten Multiplikatoren, die in verschiedenen Zusammenhängen weiterarbeiten. Auch vor dem Hintergrund, daß Kontakte in die Türkei aufrechterhalten werden, leistet eine solche Delegation mehr, als sie an unmittelbarem Erfolg vorweisen kann.

illoyal: Wie frei ist die Berichterstattung über Kurdistan? In der Türkei werden JournalistInnen sehr stark in ihrer Arbeit behindert, inhaftiert usw. Kann überhaupt berichtet werden? Wieviel kann die Bevölkerung wissen, wenn sie wissen will?
Ilknur: Die großen Medien sind abhängig vom türkischen Staat. Sie berichten wenig. Berichte in kleinen alternativen Zeitungen gibt es. Aber ihre Möglichkeiten sind begrenzt: Jede Ausgabe wird erst einmal beschlagnahmt; es gibt Prozesse, Geldstrafen; es ist schwierig. Es gibt Fälle von JournalistInnen, die »verschwunden« sind. Zwei oppositionelle Tageszeitungen versuchen, über Kurdistan zu berichten. Sie dürfen in Diyarbakir und in der Umgebung wegen des Ausnahmezustands nicht vertrieben werden. Vor kurzem wurde ein Schriftsteller verhaftet, der Interviews mit Öcalan und einem anderen PKK-Führer gemacht und daraus ein Buch zusammengestellt hat. Es gibt eine Kampagne für freie Meinungsäußerung, und IHDler versuchen, Öffentlichkeit zu schaffen. Aber es ist schwierig. Wenn aufgrund der Hetze Menschen umgebracht werden, sagen die Täter dann oft, diese »Terroristen« und »Separatisten« hätten ihre »nationale Ehre verletzt«.
Belde: Es wird jetzt noch mehr Hetze und Schwierigkeiten geben. Wenn gewählte HADEP-Bürgermeister Personen einstellen, wird es in der Presse heißen, »Bürgermeister von HADEP stellte PKK-Leute ein.« Und so weiter. Außerdem arbeiten die Bürgermeister unter der Leitung vom Innenministerium, das das Recht hat, ihre Wahl rückgängig zu machen.

Europa hat sich entschieden

illoyal: Und wie stark ist die tatsächliche Nähe der kurdischen Bevölkerung zur PKK?
Ilknur: Durch die Festnahme von Öcalan wurden alle, die sich bisher von Öcalan distanziert haben, beleidigt. In seiner Person soll das Volk fertiggemacht werden. Für den türkischen Staat gibt es jetzt dieses Dilemma: Bringen sie ihn um, ist er damit ein Märtyrer. Bringen sie ihn nicht um, ist der Staat Scheiße.
Belde: An ihm soll demonstriert werden, daß alles ein Ende nimmt. Aber sie irren sich. Wenn sie ihn töten, wird es Tausende Öcalans geben. Die Menschen sind wach geworden.

illoyal: Wie sind jetzt die Aussichten auf eine friedliche Lösung, die Öcalan aus dem Exil zuletzt auch anstrebte? Die sind durch seine Festnahme doch offensichtlich geschwunden.
Belde: Am 31. Mai beginnt der Prozeß, es gibt eine starke Strömung in der Türkei, die seine Hinrichtung will, und wir befürchten, daß es einen Bürgerkrieg geben kann. Alle warten auf diesen Prozeß, nicht nur die Kurden, alle in der Gesellschaft, auch der Staat. Davon hängt viel ab. Sie werden ihn zum Tode verurteilen, aber ob sie das vollstrecken? Man weiß nicht, wohin das führen wird. Die Menschen werden sich nicht einfach umbringen lassen; sie werden sich verteidigen. Die Europäer müßten etwas dagegen tun.
Boris: Aber die Deutschen haben sich entschieden, was sie tun möchten: Sie möchten Waffen liefern. Und die EU hat sich auch entschieden: Sie möchte die Türkei nicht dabeihaben.

Wir danken allen TeilnehmerInnen für ihre Gesprächsbereitschaft und Ilknur zusätzlich fürs Übersetzen. Belde ist Mitarbeiter des IHD. Sein Name wurde zu seiner Sicherheit geändert.

Worterklärungen

Newroz ist das kurdische Neujahrsfest. Es wird am 21. März gefeiert.

Die DEP (Demokrasi Partisi – Demokratische Partei) wurde 1993 gegründet und 1994 verboten. Nachfolgepartei ist die HADEP (Halkin Demokrasi Partisi – Arbeitspartei des Volkes), die seit ihrer Gründung wiederum von einem Verbot bedroht ist.

MHP (Milliyetci Hareket Partisi) – Nationalistische Aktionspartei

IHD – kurdischer Menschenrechtsverein

Demokratisches Gelöbnis?

Wer dachte, unter Rot-Grün werde die Bundeswehr weniger offensiv in der Öffentlichkeit auftreten, hat sich getäuscht: Am 20. Juli wird wieder ein Gelöbnis in Berlin stattfinden. Vor einem Jahr war der damalige Grünen-Sprecher Jürgen Trittin noch auf der Protestkundgebung aufgetreten und hatte der Bundeswehr vorgeworfen, sie trete in die Fußstapfen der Wehrmacht. Trittin bezog Schelte von allen Seiten und konnte nur knapp seine politische Karriere retten, die ihn wenig später in das Kriegskabinett Schröder/Fischer führte. Öffentliche Gelöbnisse werden kontinuierlich weiterbetrieben. Dem CDU-Bundestagsabgeordneten Werner Siemann wurde auf eine besorgte Anfrage, ob es denn auch weiterhin öffentliche Gelöbnisse geben werde, vom Verteidigungsministerium beschieden: Wenn örtliche Kommandeure solche Gelöbnisse durchführen wollten, »dann wird das von uns ausdrücklich begrüßt.« Die Form der feierlichen Gelöbnisse als Teil der Selbstdarstellung und Traditionspflege der Bundeswehr solle beibehalten werden. (1)
Das Datum hat die Bundeswehr diesmal mit Bedacht ausgesucht. Im vergangenen Jahr hatte sie bekanntlich gleich zwei Eigentore geschossen: Erst wollte man am 13. August aufmarschieren, was einen empörten Aufschrei vor allem im Osten Berlins auslöste. Auf den Tag des Mauerbaus mußte die Truppe verzichten. Mit dem 10. Juni hatte sie sich dann ein vermeintlich unbelastetes Datum gewählt. Daß deutsche Truppen am 10. Juni 1942 die Einwohner von Oradour-sur-Glane und am 10. Juni 1944 die Bewohner von Lidice und Distomon massakrierten, hatte man übersehen.
Diesmal also am 20. Juli, und zwar am Bendlerblock. Vom damaligen Oberkommando der Wehrmacht aus hatten am 20. Juli 1944 Wehrmachtsoffiziere versucht, die Naziführung vom Sockel zu stürzen. Noch in der folgenden Nacht wurden einige von ihnen dort hingerichtet. Seit Jahren findet am 20. Juli ein Staatsakt statt, an dem der ermordeten Offiziere gedacht wird. Von Regierung und Teilen der Bundeswehr werden die Offiziere um Stauffenberg als »gute« Wehrmachtsoffiziere gehandelt, auf die sich die Bundeswehr berufen kann. Konservativen Teilen der Truppe ist das allerdings unlieb, galten die Verschwörer doch noch lange nach dem Zweiten Weltkrieg als Verräter. An manchen Standorten der Bundeswehr wird immer noch mehr an die Heldentaten der Wehrmacht erinnert als an die putschenden Offiziere.
Unter dem sozialdemokratischen Verteidigungsminister Scharping wird der »Modernisierungskurs« nun forciert. Daß man sich auf die Wehrmacht als ganzes schlecht stützen kann, wurde schon im Traditionserlaß von 1982 erkannt. Zwar seien Teile der Wehrmacht nur »schuldlos mißbraucht« worden, andere Teile seien in den Nationalsozialismus aber »schuldhaft verstrickt« gewesen. Scharping prescht nun voran: Klipp und klar erklärte er, »die Bundeswehr steht in der Tradition des militärischen Widerstandes« – der Wehrmacht. (2)

Zum Wohl des Vaterlandes

Nach offizieller Lesart handelte es sich bei den Putschoffizieren von 1944 um ehrbare Soldaten, die in einem »Aufstand des Gewissens« gegen den Verbrecher Hitler aufbegehrten.
Dabei fällt so mancherlei unter den Tisch:
Die späteren Attentäter waren schon in der Weimarer Republik im rechtsextremen Bereich angesiedelt und sahen für ihre Regierung Politiker vor, denen es an einer demokratischen Vergangenheit ebenfalls mangelte. Carl Coerdeler etwa, der Regierungschef werden sollte, war vor 1933 Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und bis 1936 Bürgermeister von Leipzig. Julius Leber, ebenfalls für die Militärregierung »designiert«, setzte auf einen »nationalen Sozialismus« und äußerte nach der Machtübertragung an die NSDAP die Hoffnung, gemeinsam mit ihr gegen »Liberalismus und Bolschewismus« vorzugehen. (3) Vor dem Putsch hatten die Offiziere knapp fünf Jahre lang »tapfer« und diszipliniert ihren Mann gestanden und die Fronten befehligt, hinter denen die Konzentrationslager betrieben wurden.
Grundlage ihrer Vorstellungen von einer »Neuordnung« war die »Volksgemeinschaft« und nicht etwa eine parlamentarische Demokratie. Im Entwurf der Regierungserklärung Beck/Coerdeler wurde beispielsweise über die »Freiheit des Geistes ... und der Meinung« festgehalten: »Die Presse soll wieder frei sein. Im Krieg muß sie sich den Beschränkungen unterwerfen, die in jedem Kriege für ein Land unerläßlich sind ... Der Presse wird es nicht wieder gestattet sein, bewußt oder fahrlässig die Unwahrheit zu sagen.« Die »Gesetze des Anstandes gegen jeden und die Pflicht gegenüber dem Wohle des Vaterlandes« müßten unbedingt beachtet werden«. (4) Die Presse ist frei, vorausgesetzt, sie schreibt erstens die Wahrheit, bleibt zweitens anständig und dient drittens dem Wohl des Vaterlandes. Ob diese Kriterien erfüllt sind, entscheidet selbstredend die Regierung.
»Aber noch ist Krieg. In ihm gebührt unser aller Arbeit, Opfer und Liebe den Männern, die das Vaterland verteidigen.« Von einem sofortigen Waffenstillstand war nicht die Rede, denn dann hätten die Herren Offiziere riskiert, was sie gerade vermeiden wollten: die Besetzung Deutschlands durch alliierte Truppen. Das war die tatsächliche Motivation der Attentäter. Dem Naziregime standen sie schon früher skeptisch gegenüber – weniger aus prinzipiellen, sondern aus taktischen Gründen – mitgemacht haben sie aber solange, bis sie erkannten, daß der Krieg nicht mehr zu gewinnen war. Die Alliierten standen an den deutschen Reichsgrenzen, in letzter Minute sollte gerettet werden, was noch zu retten war.

(1) Bundeswehr aktuell, 8. 2. 99.
(2) taz 5. 3. 99
(3) Peter Kratz: Rechte Genossen, Berlin 1995
(4): Erklärung der Regierung Beck/Goerdeler, zitiert aus: Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin, 10/98/4.
(5) IfdT 3/98

Kampfbereit: Das bessere Deutschland

An den Verschwörern dürfte die Bundesregierung und ihre Wehr vor allem eines faszinieren: Sie lassen sich hervorragend als Traditionsbegründer instrumentalisieren, denn sie haben nach offizieller Lesart die Ehre des deutschen Volkes und seiner Armee gerettet. »Die Frauen und Männer des 20. Juli ... setzten Maßstäbe, und haben es uns Deutschen ermöglicht, unsere Würde wiederzuerlangen, weil sie ... wußten, welche Werte für das bessere Deutschland stehen«, so Wolfgang Schäuble 1994 in seinem Buch »Und der Zukunft zugewandt«. Schäuble zitiert zustimmend den Attentäter Henning von Tresckow: »'Der große Wurf muß gewagt werden, um die Lebensehre eines verstörten und verblendeten Volkes zurückzugewinnen.'« Das bessere Deutschland, das ist die BRD, wie sie leibt und lebt und Kriege führt, und zwar ausschließlich gegen Hitler und ähnliche Konsorten. Hitler lebt derzeit in Belgrad, war zuvor in Bagdad und wird künftig woanders ausgemacht werden.

Am 20. Juli wird das bessere Deutschland gefeiert, ein Deutschland, das wieder wer ist in der Welt und sich sehen lassen kann, auch auf den Schlachtfeldern. Der 20. Juli dient so der Integration der deutschen Nation und ihrem Schulterschluß mit den Streitkräften. Denn wer kann schon etwas gegen Soldaten haben, die gegen Hitler kämpfen? Dieser Schulterschluß ist um so notwendiger, als sich die Aufgaben der Bundeswehr ändern. Weg von der reinen Verteidigungsarmee der 80er Jahre, hin zu einer modernen Interventionsstreitmacht. Der Aufbau der 53 000 Mann starken Krisenreaktionskräfte soll bis 2001 abgeschlossen sein. Angehörige dieser Kampfverbände gehören zu den Besatzungskräften in Jugoslawien und werden fit gemacht für weitere Einsätze.

Der Mangel an Feierlichkeit, der ihrem Handwerk anhaftet, wird durch die Feierlichkeit der Gelöbniszeremonie ausgeglichen. Rechtlich hat das Gelöbnis gar nichts zu besagen. Was Soldaten wissen müssen, steht im Wehrstrafgesetz und im Soldatengesetz, der Rest wird ihnen befohlen. Das Gelöbnis dient vielmehr der moralischen Sinnstiftung. Der rechte Überzeugungstäter läßt sich schließlich mit der Androhung strafrechtlicher Sanktionen nicht gewinnen, eine höhere Idee gehört dazu. »Die Symbolkraft hoheitlicher Elemente (z. B. Eides- und Gelöbnisformel, Feststellung des Kommandeurs, Truppenfahne, Nationalhymne) soll die Soldaten auch emotional an ihre soldatischen Pflichten binden«. (5) Für die Gelobenden, die in der Regel erst sechs Wochen dabei sind, wird das Gelöbnis zum Initiationsritual.

Bemerkenswert ist der Inhalt der Gelöbnisformel. Bundeswehrsoldaten geloben nicht, das Grundgesetz, sondern »Recht und Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen«. Zweifellos eine recht vage Formulierung. Ein einziges Mal hat eine deutsche Armee auf die Verfassung geschworen – die Reichswehr der Weimarer Republik.

Reichspräsident von Hindenburg, auch ein alter Militär, änderte im Dezember 1933 den Eid. Geschworen wurde nun, daß der Soldat »Volk und Vaterland allzeit treu und redlich diene« (ab August 1934 wurde dann auf Hitler persönlich geschworen). Die Bundeswehr steht mit ihrer Gelöbnisformel der Hindenburgschen wesentlich näher als derjenigen der Weimarer Republik. Auch den Verschwörern des 20. Juli waren Volk und Vaterland wichtiger als Verfassungsrechte, womit sich der Kreis wieder schließt – die Traditionsstiftung der Bundeswehr ist insoweit durchaus gerechtfertigt.

Ein Plädoyer für eine demokratische Gelöbnisformel oder eine zivilisierte Armee wäre indes töricht. Der Weimarer Republik hat der Eid ihrer Soldaten auf die Verfassung auch nichts genützt. Militärische Traditionen können niemals demokratisch sein, genauso wenig wie Armeen selbst. Wer in andere Länder einfallen und Menschen umbringen will, kann hierfür keine lauteren Vorbilder finden. Lauter waren in der Wehrmacht allenfalls Deserteure und Wehrkraftzersetzer, und von denen will die Bundeswehr konsequenterweise nichts wissen.

Was soll man aus dem offiziellen Verhältnis zu den »Männern des 20. Juli« lernen? Daß Bundeswehrsoldaten auch putschen sollen, wenn sie in einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg geschickt werden, wie jüngst gegen Jugoslawien? Daß sie solange Massaker veranstalten sollen, bis der Endsieg vergeigt ist, um kurz vor Torschluß das Ruder herumzureißen?

Frank Brendle

Auch dieses Jahr wird es Proteste gegen das Gelöbnis geben.
Info:
Tel. 0 30 / 61 50 05 30
Tel. 0 30 / 61 07 44 01

Ja! Ich abonniere ***illoyal*** Journal für Antimilitarismus
ab der nächstmöglichen Ausgabe für ein Jahr (vier Ausgaben).
Das Abo verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, falls es nicht vier Wochen vor Ablauf des Jahres gekündigt wird.

☐ DM 20 für ein Abo

☐ DM 50 für ein UnterstützerInnenabo

habe ich auf das Konto 741 834 109 bei der Postbank Berlin, BLZ 10010010 unter dem Stichwort *illoyal* überwiesen.
Diese Bestellung kann ich innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen.

Name _____

Anschrift _____

_____

Unterschrift _____

Bitte ausschneiden und an *Mit uns gegen die Wehrpflicht* · Oranienstr. 25 · 10999 Berlin senden.

Grüne AussteigerInnen suchen einen Weg aus der Krise der Linken

Die Partei Bündnis 90 / Die Grünen ist in der Krise. Aber nicht einmal wegen des Krieges gegen Jugoslawien kam es zu einer Spaltung, sondern nur zu Abspaltungen von einem Mainstream, der einstige grüne Essentials aufgegeben hat. Unter den verratenen Prinzipien sind neben dem der Friedenspolitik auch andere grüne Grundsätze wie eine konsequente Anti-Atom-Politik, soziale Gerechtigkeit und die ökologische Wende in der Energiepolitik. Auch in der MigrantInnen- und Flüchtlingspolitik werden allenfalls noch Rudimente einstiger Vorstellungen in die Tat umgesetzt.- Andreas Bachmann stellt die Gruppe REGENBOGEN vor, die durch ehemalige Grüne gegründet wurde.

Kontakt

REGENBOGEN – für eine neue Linke
Bürgerschaftsgruppe
Rathaus
20095 Hamburg
Tel. 0 40/4 28 31-26 71

REGENBOGEN – für eine neue Linke ist in Hamburg als politischer Arbeits-und Diskussionszusammenhang unmittelbar nach dem Bielefelder Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen entstanden. Ein fertiges Programm kann es daher noch nicht geben und das ist auch gut so. Schließlich geht es jetzt darum, einen offenen Prozeß möglich zu machen, auf den sich unterschiedliche Menschen aus dem links-alternativen Spektrum in Hamburg beziehen können. Wichtig ist dabei, daß ein linker Regenbogen, der sich überwiegend und dauerhaft aus Ex-Grünen zusammensetzt, politisch und kulturell zu schmal und farblos wäre. Dieser Prozeß erfordert eine große gegenseitige Toleranz und die Fähigkeit mit politischen Differenzen konstruktiv umzugehen. Tugenden eben, die leider nicht zum Allgemeingut der Linken gehören. Wir hoffen, daß unser Vorstoß die Lust in einem pluralen politischen Zusammenhang zu arbeiten und zu diskutieren größer macht.

Nichtsdestotrotz ist REGENBOGEN -für eine neue Linke nicht ohne inhaltliche Vorprägung. Das oben dokumentierte Flugblatt gibt eine Ahnung von der politischen Tendenz. Es war der NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien, der uns zu einem politischen Neuanfang bewegt hat. Die Gründe und Motive für einen Neuanfang sind aber breiter angelegt: Die rot-grüne Bundesregierung steht in der Kontinuität der neo-liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Ökologie ist im grünen mainstream zur Unkenntlichkeit reduziert worden.

Unbestreitbar gibt es eine »Krise der Linken«. Die Entwicklung der Grünen ist nur eine Facette davon. So ist es sicherlich eine schwierige Aufgabe, sich unter diesen Bedingungen an die Rekonstruktion einer radikal-reformerischen Linke zu wagen. Andererseits bemerken wir in den unterschiedlichsten politischen Spektren – z.B. bei kritischen GewerkschafterInnen bis hin zu links-alternativen Bereichen, ein wieder größeres Interesse an gemeinsame Diskussion und praktischen Interventionen. Das wird und muß nicht alles in und über REGENBOGEN stattfinden. Es kann aber von REGENBOGEN positiv befördert werden.

REGENBOGEN – für eine neue Linke wird im Augenblick getragen von etwa 120 Menschen, die überwiegend aus dem linken Flügel der Hamburger Grünen (GAL) kommen. Unter ihnen eine Reihe von Landtags- und Bezirksabgeordneten, so daß REGENBOGEN für eine neue Linke in 4 von 7 Kommunalparlamenten und im Hamburger Landtag (der Bürgerschaft) eigene Fraktionen und Gruppen bilden konnte. Eine Kandidatur zur nächsten Bürgerschaftswahl liegt zwar nahe, ist aber natürlich noch nicht beschlossen. Ein möglichst produktives Verhältnis zwischen dem »parlamentarischem Arm« von REGENBOGEN und dem außerparlamentarische REGENBOGEN-Bereich zu finden, ist einer der nächsten Aufgaben. Klar ist, daß man nicht einfach die gleiche Parlamentsarbeit wie früher unter grünen Vorzeichen machen kann.

Wir haben etwas Neues angefangen. Fast alle Menschen aus dem REGENBOGEN sind aus den Grünen ausgetreten. Alle zusammen orientieren wir nicht mehr auf die Grünen, deren Rechtsentwicklung wir für unumkehrbar halten. Das hindert uns nicht daran, zu den wenigen Linken, die es noch in der GAL gibt – gemeinsame inhaltliche Bezugspunkte vorausgesetzt – pragmatisch zusammenzuarbeiten.

Ich habe den Eindruck, daß wir uns nicht demonstrativ und plakativ von den Grünen abgrenzen müssen, weil wir etwas Neues und Anderes angefangen haben. Nach meinem persönlichem Eindruck wäre es klüger gewesen, wenn die Dortmunder Netzwerkkonferenz ähnlich gelassen mit den schwankenden und verunsicherten linken Grünen umgegangen wäre. Eine demonstrativ scharfe Abgrenzung von den (linken) Grünen ist zwar angesichts der Politik von Bündnis 90/Die Grünen verständlich, sie kann aber in dieser Übergangsphase politische Verständigungsprozesse hin zu einem von den Grünen unabhängigem Projekt erschweren.

Andreas Bachmann

Wir haben etwas Neues angefangen!
Warum? Die grüne Partei – in der viele von uns seit Jahren Politik gemacht haben – hat sich zu Himmelfahrt mehrheitlich für die Unterstützung der militärischen Aktionen der NATO in Jugoslawien ausgesprochen. Damit hat sie eine ihrer wichtigsten Orientierungen beerdigt: eine deutliche Anti-Kriegs- Politik. Aus unserer Sicht bietet sie so kein Forum mehr für die Menschen, die sich für eine sofortige Beendigung des Krieges aussprechen, die die Rolle der NATO als neue Weltpolizei nicht akzeptieren, die entsetzt sind von der neuen militärischen Dominanz gegenüber der Politik.
Für die meisten von uns war der Streit um die Kriegspolitik der rot-grünen Bundesregierung nicht der einzige Grund für einen politischen Neuanfang. Die Wirtschafts- Finanz- und Sozialpolitik der Bundesgrünen ist von einer zunehmenden FDPisierung bestimmt, gekennzeichnet u.a. durch Forderungen nach einem Niedriglohnsektor, steuerlicher Nettoentlastung der Unternehmen und Einschnitten ins soziale Netz (und damit Ausgrenzung). Wir wollen uns an diesem Wettstreit um die neue Mitte zwischen FDP, grüner Partei sowie Hombachs und Schröders SPD nicht beteiligen. Dagegen setzen wir die Themen soziale Gerechtigkeit, Umverteilung von oben nach unten und der sozialen BürgerInnenrechte für alle Menschen.
Für eine konsequente Ökologiepolitik, einen zügigen Ausstieg aus der Atomenergie sowie für eine radikaldemokratische Flüchtlings- und Einwanderungspolitik finden wir nach unseren Erfahrungen keinen Platz mehr in der Grünen Partei.
Weil wir für diese Ziele weiter streiten wollen – auch in der Hamburger Politik –, haben wir uns als Netzwerk zusammengeschlossen. Ähnliche Entwicklungen – an denen wir uns beteiligen – gibt es auf Bundesebene.
Eine Reihe von Abgeordneten aus Bürgerschaft und Bezirksversammlungen haben eigenständige Gruppen und Fraktionen in den Hamburger Parlamenten gegründet.
Dieser Neuanfang ist ein offener Prozeß und nicht Sache von uns allein. Wir wollen alle Menschen und Gruppen, denen eine Anti-Kriegs-Politik, Ökologie und soziale BürgerInnenrechte für alle am Herzen liegen, dazu einladen.

Hamburg, Anfang Juni 1999

TKDV
- Monty-

Prozeß gegen Monty Schädel
Immunität aufgehoben – Revision abgelehnt

Der Totalverweigerer Monty Schädel aus Neubrandenburg war im Jahr 1995 seiner Einberufung zur Bundeswehr nicht gefolgt. Monty Schädel lehnt auch den Zivildienst als Kriegsdienst – »nur« ohne Waffe – ab, da Zivildienstleistende nach den entsprechenden Gesetzen im »Ernstfall« zu unbefristeten Zwangsdiensten einberufen werden können und demzufolge zur Unterstützung des Krieges verpflichtet sind. Wie viele andere Totalverweigerer weist auch Monty Schädel zusätzlich darauf hin, daß durch den Zivildienst unbefristete Stellen eingespart werden bzw. daß deren Schaffung überhaupt erst verhindert wird. Monty Schädel stellte sich 1995 nach einer zweimonatigen »eigenmächtigen Abwesenheit« in der Kaserne.
Wegen Fahnenflucht wurde er im Februar 1998 vom Landgericht Neubrandenburg zu einer Freiheitsstrafe von 7 Monaten verurteilt. Die Strafe wurde zur Bewährung ausgesetzt. Monty Schädel beantragte Revision. Der Totalverweigerer sitzt inzwischen als parteiloser Abgeordneter, aber für die PDS im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Damit sein Verfahren weiter bearbeitet werden konnte, mußte seine Immunität aufgehoben werden. Auch Monty Schädel selbst warb für die Aufhebung seiner Immunität. In einer persönlichen Erklärung stellte er am 20. Mai 99 im Mecklenburger Landtag fest, es sei für ihn »allerdings problematisch, wenn selbst die Bundesregierung gegen das Grundgesetz verstößt und einen Angriffskrieg führt und bisher nicht zur Rechenschaft gezogen wurde und ich – mich auf selbiges Grundgesetz berufend – gesetzlich verfolgt werde.« Diese Erklärung wurde von lauten Unmutsäußerungen der SPD- und CDU-Fraktion begleitet. Der Präsident des Landtags entzog ihm das Wort. Die wegen des Krieges leicht reizbaren Vertreter der kriegsbefürwortenden Parteien waren offenbar nicht in der Lage, abweichende Meinungsäußerungen in einem demokratisch gewählten Parlament auszuhalten. Die Revision wurde jedoch Ende Mai vom Oberlandesgericht Rostock verworfen. Ob Monty Schädel gegen den Beschluß des OLG Klage vor dem Bundesverfassungsgericht einlegen wird, ist noch nicht entschieden. Nicht entschieden ist bisher auch über den Antrag von sechs Abgeordneten der PDS-Fraktion, ausländische Deserteure und Kriegsdienstverweigerer in Mecklenburg-Vorpommern aufzunehmen. Er soll Ende Juni im Mecklenburger Landtag behandelt werden. Wie groß die Chancen sind, daß Deserteuren in der BRD wegen ihrer Desertion Asyl gewährt wird, ist leider leicht vorauszusagen: Desertion und Kriegsdienstverweigerung sind als Asylgründe nicht anerkannt. (die Red.)

Kontakt

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär Neubrandenburg
Dorfstr. 12
17039 Hohenmin
Tel. 0 39 61 / 21 11 30
Fax 0 39 61 / 21 10 53

Neun Monate für Jörg

Am Mittwoch, dem 14. April 1999, wurde der Totale Kriegsdienstverweigerer Jörg Eichler aus Dresden zu einer Freiheitsstrafe von neun Monaten verurteilt, die zur Bewährung ausgesetzt wurde. Die Staatsanwaltschaft hatte eine nicht zur Bewährung ausgesetzte Strafe von einem Jahr und drei Monaten gefordert. Der Verhandlung war eine fünfeinhalbmonatige Untersuchungshaft vorausgegangen, der Haftbefehl wurde am Ende der Verhandlung aufgehoben. Die Bundeswehr hat den Dresdner unterdessen aufgefordert, am kommenden Montag den Wehrdienst anzutreten, ansonsten werde ein weiteres Verfahren gegen den Totalverweigerer eingeleitet.
In der Verhandlung, die von einem starken Polizeiaufgebot in der gesamten Stadt Amberg und insbesondere am und im Amtsgericht begleitet wurde, und der etwa 60 ZuschauerInnen folgten, erläuterte Jörg zunächst seine Beweggründe. Gerade in einer Zeit, in der Deutschland sich an einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien beteiligt, sei es notwendig, dieser Entwicklung entgegenzutreten und sich dem militärischen Zugriff umfassend zu verweigern. Zum Ende seiner über einstündigen Einlassung überreichte Jörg eine Strafanzeige wegen der Vorbereitung und Durchführung eines Angriffskrieges (ß 80 StGB) sowie gegen den Generalbundesanwalt Kay Nehm wegen Strafvereitelung im Amt, da dieser sich bisher weigert, auf bereits eingegangene ähnliche Strafanzeigen hin zu ermitteln.
Staatsanwalt Maier lehnte »es entschieden ab«, die Strafanzeige auch nur anzunehmen, da er sich nicht an einem »politisch durchsichtigen Theater« beteiligen wolle: »Eine Gerichtsverhandlung ist keine politische Wahlkampfveranstaltung«. In seinem Plädoyer führte er – mit zum Teil schneidender Stimme – aus, Jörg habe in seiner Einlassung mit allen Prozeßbeteiligten abgerechnet, »jeder bekommt's«. Tatsächlich hatte der Dresdner darauf hingewiesen, daß sowohl das Zustandekommen des Haftbefehls als auch das folgende Verfahren eine ganze Reihe von Unstimmigkeiten und klaren Verfahrensverstößen, die auch Strafanzeigen sowohl gegen einen beteiligten Richter (wegen illegalen Öffnens von Verteidigerpost und illegaler Beschlagnahme und Weitergabe von Privatpost) als auch gegen Staatsanwalt Maier (wegen übler Nachrede) zur Folge hatten, aufgewiesen hatte. Auf all diese Strafanzeigen wurden zwar bisher offiziell Ermittlungsverfahren eingeleitet, ein Tätigwerden nach außen ist jedoch nicht feststellbar. Die ohne Rechtsgrundlage »beschlagnahmte« Privatpost befindet sich auch noch heute in den Händen der Amberger Justiz.
Maier erklärte, nach einer solchen Einlassung müsse auch Jörg hinnehmen, daß er »hier etwas schärfer angegangen wird«. Zur Strafbarkeit führte Maier aus, daß eine eventuelle Gewissensentscheidung

TKDV
- Jörg -

im vorliegenden Verfahren keine Rolle spielen könne, da Jörg keinen Antrag auf Anerkennung als sogenannter »Kriegsdienstverweigerer« gestellt habe. Dies sei aber zwingende Voraussetzung dafür, das vom Bundesverfassungsgericht aufgestellte »Wohlwollensgebot« gegenüber »Gewissenstätern« in Betracht zu ziehen. Zu Gunsten des Angeklagten könne er höchstens die U-Haft vermerken, die aber auch insoweit offenbar keinen »Strafeindruck« hinterlassen habe. Zu Lasten des Angeklagten sollte gewertet werden, daß Jörg »sich als führende Persönlichkeit« im Bereich der Totalen Kriegsdienstverweigerung »geoutet« habe und daneben auch sonst »als Organisator von Demos und Aufzügen betätigt« habe. Durch die Herausgeberschaft der bundesweiten Zeitschrift zur Totalen Kriegsdienstverweigerung »OHNE UNS« unterstütze der Dresdner darüber hinaus »rechtswidrig strafbares Verhalten anderer Personen«.
Maier forderte eine Freiheitsstrafe von einem Jahr und drei Monaten wobei es »kein Mann, kein Kamerad verstehen würde, wenn hier die Chance zur Bewährung eingeräumt würde.«
Der Rechtsanwalt Günter Werner aus Bremen entgegnete in seinem Plädoyer, daß eine Gewissensentscheidung sehr wohl zu berücksichtigen sei. Auch das Bundesverfassungsgericht habe ausgeführt, daß eine solche in jedem Strafverfahren Berücksichtigung finden müsse. Insgesamt hatte der Verteidiger durch das vorausgegangene Verfahren und das Auftreten des Staatsanwaltes den Eindruck, »das, was hier stattfindet, ist in letzter Konsequent Militärgerichtsbarkeit.« Der Staat »mißbraucht das Strafrecht«, um militärpolitische Entscheidungen mit aller Gewalt durchzusetzen. Das Verhalten seines Mandanten sei die »Kehrseite von dem, was zur Zeit deutsche Soldaten in Jugoslawien anrichten«. Der Strafantrag des Staatsanwaltes, so Werner, »läßt mich Böses ahnen für die Zukunft«. Zu dem bisherigen Verfahren gegen Jörg bemerkte er: »Ein Staat, der so mit solchen Leuten umgeht, der muß sich fragen lassen, ob er Rechtsstaat genannt werden darf.« Der Verteidiger beantragte Freispruch, da die in Art. 4 Abs. 1 GG garantierte Gewissensfreiheit ansonsten verletzt würde.
Nach etwa achtstündiger Verhandlung verurteilte Richter Bierast den Totalverweigerer zu einer Freiheitsstrafe von neun Monaten. Jörg, so der Richter, habe »ein für allemal eine feststehende Gewissensentscheidung« getroffen, »keinen Kriegsdienst mit und ohne Waffe« zu leisten. Dafür spreche auch »die relativ lange U-Haft«, die der Angeklagte »auf sich genommen« habe. Der Dresdner »geht nicht einen bequemen Weg«. Die Strafe könne auch zur Bewährung ausgesetzt werden, da die weitere Verweigerung des Dienstes »nur konsequent« sei, dies daher keine negative Sozialprognose begründen könne.
Zwischen dem Ende der Plädoyers und der Verkündung des Urteils war Jörg in die JVA Amberg verbracht worden, wo ihm zwei Soldaten einen Bescheid überreichten, daß die Bundeswehr in Pfreimd den Dienstantritt am Montag, dem 19.04.99, um 7:00 Uhr erwarte. Anderenfalls, so der vorsorgliche Hinweis, mache sich Jörg erneut wegen eigenmächtiger Abwesenheit strafbar. Die Bundeswehr hatte vor kurzem erst für die Zeit der Abwesenheit vom 01.07.98 bis zum 05.11.98 eine Nachdienverfügung erlassen, so daß Jörg nicht Ende April aus der Bundeswehr entlassen wurde, sondern bis Anfang September – soweit das Bundeskriegsministerium einem Entlassungsantrag nicht Folge leistet – als »Soldat« gilt. Ein weiteres Ermittlungsverfahren gegen Jörg ist inzwischen eingeleitet, dem allerdings die gleiche »Tat« zugrunde liegt, nämlich die einmal getroffene Entscheidung, keinen Kriegsdienst mit und ohne Waffe zu leisten.

Am Rande des Prozesses war es zweimal zu Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen, die über 100 BeamtInnen im Einsatz hatte. Zum einen wurden zwei Demonstranten, die Flugblätter in der Innenstadt verteilt hatten, für zweieinhalb Stunden zur Personalienfeststellung auf das Revier verbracht, zum anderen wurde einer Demonstrantin während einer Kundgebung von zwei als »Autonomen« verkleideten Polizeibeamten ein Film entwendet, da sich hierauf Bilder eben dieser Beamten befunden hätten.
Gegen das erste Urteil hat die Staatsanwaltschaft – erwartungsgemäß – Berufung eingelegt. Nun laufen also zwei Verfahren parallel gegen Jörg, und beide werden wohl frühestens in der Revisionsinstanz beim Bayerischen Obersten Landesgericht enden.

Detlev Beutner

Die Vorgeschichte:
Jörg Eichler aus Dresden war zum 01.07.98 zur Bundeswehr nach Pfreimd (Oberpfalz) einberufen worden, dort aber nicht erschienen. Im Rahmen einer Demonstration erschien er am 05.08.98 vor der Pfreimder Kaserne und gab sich auch zu erkennen. Die Bundeswehr verzichtete hierbei jedoch auf eine Festnahme. Am 05.11.98 wurde der Jura-Student in Dresden verhaftet und saß seitdem in Untersuchungshaft.

Kontakt

TKDV-Initiative Dresden
Altpieschen 5
01127 Dresden

Tel. und Fax
03 51 / 8 58 70 22

Reservisten ins Kosovo? Jetzt verweigern!

»So wenig die Europäer diesen Krieg verhinderten, so wenig haben sie der neuen NATO-Strategie entgegenzusetzen. Werde die nicht modifiziert, sagte ein altgedienter deutscher Politiker, werde er den deutschen Reservisten die nachträgliche Kriegsdienstverweigerung nahelegen: Ihren Wehrdienst haben sie im Interesse der Landesverteidigung geleistet, nicht aber im Dienst strategisch-ökonomischer Interessen der NATO unter amerikanischer Führung.« (1)
Wegen des Kosovo-Krieges haben viele Reservisten nachträglich einen KDV-Antrag gestellt: Durchschnittlich verweigern monatlich 100 Reservisten. Im März 1998 waren es 104, im April 1998 113 und in März 1999 117. (2) Im April 1999 hingegen verdoppelte sich diese Zahl gegenüber März auf 251 verweigernde Reservisten. (3) Die Berliner Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär berichtet, daß sie während der Angriffe fast täglich Anfragen von ehemaligen Bundeswehrangehörigen aller Altersgruppen, auch von Unteroffizieren und Offizieren der Reserve sowie von ehemaligen NVA-Soldaten erhielt. Viele Ratsuchende haben zwischen 1992 und 1995 Grundwehrdienst abgeleistet. Die meisten wollen keiner Armee angehören, die einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg führt, der sich gegen die serbische Bevölkerung richtet und der keinen Mord und keine Vertreibung im Kosovo verhindert. Manche erhielten ein Schreiben, in dem ein Bataillonskommandeur sinngemäß formuliert: »Möchten Sie an einer Reserveübung teilnehmen, bei der Sie einen friedenserhaltenden oder friedenserzwingenden Dienst in Ex-Jugoslawien tun werden, der bis zu 6 Monaten dauern wird?« Ein solcher Brief versetzt manch einen Reservisten in helle Aufregung, da er dem Brief entnimmt, daß er an einem Krieg teilnehmen soll.

Tatsache ist: Jeder Reservist kann bis zum Alter von 45 oder 60 Jahren zwangsweise zu Reserveübungen im Inland einberufen werden (4). Hingegen werden – nach derzeitiger Rechtslage – nur solche Reservisten auf den Balkan geschickt, die sich dazu zuvor schriftlich bereiterklärt haben. Freilich: Wer einmal unterschrieben hat und daraufhin einberufen wird, muß schon sehr triftige Gründe geltend machen, um dann noch zurückziehen zu können (5) – auch wenn sich die politische Lage geändert hat, und die Freiwilligen statt an einem UNO-Blauhelmeinsatz, sondern an einer anderen Form eines militärisches Einsatzes teilnehmen sollen.

Die Grünen und viele andere im Land haben die Parole »Nie wieder Krieg!« umgemünzt in »Nie wieder Krieg beim Namen nennen!« Volker Rühe hat mit seiner »Salamitaktik« Deutschland auf den Krieg vorbereitet, indem er schrittweise die Einschränkungen für Einsätze der Bundeswehr aufhob. Jetzt, unter Rot-Grün, »ist die Salami gegessen« (6).

Im Grundgesetz und im Wehrpflichtgesetz sind schon seit langem Regelungen aufgenommen, die für den Fall gelten, daß ein Krieg wie der Kosovo-Krieg beim Namen genannt wird – anders gesagt, daß ein »internationales Organ« wie die NATO mit Zustimmung der Bundesregierung den Spannungsfall feststellt oder beschließt (7).
Wehrpflichtige können dann unbefristet zur Armee einberufen werden, bis sie 60 Jahre alt sind (8), entsprechend ehemalige Zivildienstleistende zu waffenlosen Diensten (9). Zurückstellungsgründe entfallen (10), man kann also jederzeit aus dem Studium oder der Ausbildung gerissen werden. Wer im Spannungsfall einen KDV-Antrag stellt, muß trotzdem einer Einberufung zur Armee Folge leisten bzw. muß weiter in der Armee Dienst tun (11) – allerdings nur waffenlosen Dienst (12) wie z. B. Dienst in der Militärverwaltung, Entschärfen von Blindgängern, Reparaturen von Militärfahrzeugen, Sanitätsdienst (13).
Wir, Mitglieder der *illoyal*-Gruppe, waren Bundeswehr-Soldaten (14) und haben nachträglich verweigert. Wir sehen im Kosovo-Krieg einen Verstoß gegen Art. 26 des Grundgesetzes. Der nächste Kriegseinsatz der Bundeswehr wird folgen. Das Handeln der Regierung entläßt niemanden aus der Verantwortung für das eigene Tun, wie sich ja gerade erst in den sogenannten Mauerschützen-Prozessen zeigte. Die Bundeswehr hat sich an einem grundgesetzwidrigen Angriffskrieg beteiligt. Deshalb: Verweigert jetzt!

Klaus Meyer

Kontakt

illoyal – Ex-Reservisten
c/o Kampagne gegen Wehrpflicht
Oranienstr. 25
10999 Berlin

Die Gruppe ehemaliger Reservisten trifft sich jeden ersten Freitag im Monat. Genauen Termin bitte telefonisch erfragen: 030 / 61 50 05 30

(1) Franziska Augstein in der FAZ, Pressespiegel Berliner Zeitung 3. 6. 99
(2) Im gesamten Jahr 1998 verweigerten 1.089 Reservisten.
(3) Bezeichnenderweise liegt die Zahl für Mai 1999 noch nicht vor.
(4) §3 Wehrpflichtgesetz (WPflG), nach Beck-Texte 5012, 27. Aufl.
(5) §6a (3) WPflGes
(6) Tobias Pflüger, Graswurzelrevolution 4/99
(7) Art. 80a GG
(8) §4 (1) 4 WPflG
(9) §79 Zivildienstgesetz (ZDG)
(10) §48 WPflGes und §79 ZDG
(11) §8 Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetz
(12) Bundesverfassungsgericht 24. 4. 1985
(13) W. Steinlechner, Kommentar zum WPflG
(14) im Gegensatz zu vielen rot-grünen Entscheidungsträgern

Handlungen, die geeignet sind
und in der Absicht vorgenommen werden,
das friedliche Zusammenleben der Völker
zu stören,
insbesondere
die Führung eines Angriffskrieges
vorzubereiten,
sind verfassungswidrig.

Sie sind unter Strafe zu stellen.

Art. 26 Grundgesetz

Enttäuschungen in Belgrad

... doch hör meinen Schwur: Für den Frieden zu kämpfen und wachsam zu sein, fällt die Menschheit noch einmal auf Lügen herein...«
Aus »Es ist an der Zeit« von Hannes Wader

Seit die abgewählte Bundesregierung mit Zustimmung der neuen rot-grünen Bundesregierung einem möglichen Militäreinsatz in Jugoslawien zustimmte, protestieren viele Menschen gegen diesen Beschluß. Mit Unterschriftensammlungen, Mahnwachen, Demonstrationen und Resolutionen versuchen sie, dagegen vorzugehen. Ohnmacht und Hilflosigkeit machten sich in mir breit.
Ich entschloß mich, am Friedenskonvoi »Mütter gegen den Krieg« nach Belgrad teilzunehmen. 140 junge und alte Menschen folgten diesen Aufruf. Auf Grund der bis dahin fehlenden Visa und der seitens der jugoslawischen Behörden fehlenden Zusicherung, unseren Konvoi zu schützen, drohte die Reise nach Belgrad eine Reise nach Italien zu werden. Dort sollten wir an einer Großdemonstration teilnehmen. Die Mehrheit der TeilnehmerInnen des Friedenskonvois setzte sich durch, trotz aller Erschwernisse, die auf uns zukommen sollten, wenigstens zu versuchen, nach Jugoslawien zu kommen.

Die Reise begann auf dem Dresdner Busbahnhof. Über Bratislawa erreichten wir gegen Mittag Budapest, wo wir nach einiger Zeit unsere Visa in Empfang nehmen konnten. Spät in der Nacht erreichten wir dann die jugoslawische Grenze. Meine Aufgabe im Konvoi sah ich darin, Tatsachen an das Tageslicht zu befördern, die in den westlichen Medien kaum oder gar nicht erwähnt wurden; wie Flächenbombardements auf zivile Ziele, die Zerstörungen der multiethnischen Städte wie z.B. Subotica und Prizren, die fehlenden Hilfeleistungen für Jugoslawien und die Zahl der Binnenflüchtlinge innerhalb Jugoslawiens. Nach Auskunft einer Vertreterin des Roten Kreuzes geht die Zahl der Binnenflüchtlinge in die Hunderttausende. Zu den in den westlichen Medien wenig erwähnten Tatsachen gehört auch die »Rambouilletlüge«. Auf die Frage zur Beurteilung von Rambouillet und des Problems, ob Milosevic eine Chance verpaßt hat, auf Angebote einzugehen, gab der ehemalige Botschafter Horst Grabert (SPD) zu: »Ich sehe Rambouillet gar nicht als eine Verhandlung. Die USA und die EU haben dort ein Konzept präsentiert, von dem sie sagen, es sei in den wesentlichen Teilen nicht zu verändern. Das war auch die öffentliche Darstellung: »Ihr müßt unterschreiben, oder wir bombardieren.« Milosevic hat immer wieder gesagt, über andere als die NATO-Kräfte könne man reden. Das stand so nicht in den Medien. Er hat in Rambouillet nur die NATO Truppen abgelehnt.

Unser Friedenskonvoi wurde zwei Tage vorher im jugoslawischen Fernsehen angekündigt. In der jugoslawischen Botschaft in Ungarn erklärte man uns, daß der deutsche Konvoi besonders erwartet wurde. Die geplante Sternfahrt nach Jugoslawien mit VertreterInnen aus den NATO Staaten scheiterte leider. Mit 7.000 Menschen war gerechnet worden. Nur unser Friedenskonvoi mit knapp 140 TeilnehmerInnen erreichte Jugoslawien.

Abgesehen von vielen organisatorischen Problemen, möchte ich einige wenige Anmerkungen zum Friedenskonvoi, der zum Großteil pro-serbisch ausgerichtet war, machen: Das Verhalten vieler TeilnehmerInnen erinnerte mich an die Schwarz-Weiß-Malerei in der DDR – »Das sind unsere Freunde, und das sind unsere Feinde.« Hinterfragte man kritisch die Vertreibungspolitik des Milosevic, stieß man bei einem Großteil der TeilnehmerInnen auf ablehnende Haltung. An der jugoslawischen und serbischen Führung wurde nämlich nur sehr zaghaft Kritik geübt. In einem Gespräch mit einer Vertreterin des Roten Kreuzes kam es zu einer unschönen Situation. Ein Mitglied des Friedenskonvois wurde niedergebrüllt, als es die Vertreibungspolitik Milosevics verurteilte, mußte aber nicht, wie die taz berichtete, vor der serbischen Polizei beschützt werden.
Wenn wir nicht in ein Kriegsgebiet gefahren wären, wenn diese Situation nicht eine so furchtbare wäre, hätte mich die Reise nach Belgrad an eine gemütliche Kaffeefahrt erinnert. Vor den Kameras wurde im Namen des Friedenskonvois unter anderem geäußert, daß es vor zehn Jahren eine Armee gegeben habe, die für den Frieden gekämpft hat. In der multiethnischen Stadt Subotica erwartete uns eine Familie, deren Haus eine Nacht zuvor zerbombt worden war. Hier machten wir unsere erste Bekanntschaft mit einem von der NATO als legitim erklärten »militärischen« Ziel. Meinen Fotoapparat ließ ich in der Tasche, weil ich nicht an dieser Art Kriegstourismus teilhaben wollte. Man stelle sich vor: Hundert Leute steigen vor niedergebombten Einrichtungen aus und photographieren. Ein Mann öffnet dann seine Geldbörse und gibt der Familie 20 Mark.

Während des kurzen Aufenthaltes in Belgrad arbeiteten wir ein von serbischer Seite organisiertes Programm ab. Dazu gehörte eine »Rundfahrt« durch Belgrad zu den niedergebombten Gebäuden, eine Teilnahme an einer Trauerveranstaltung, ein Gespräch mit anschließendem Essen beim Roten Kreuz und eine Diskussion mit einer Vertreterin der Initiative »Frauen in Schwarz«. Ob es sich tatsächlich um eine Vertreterin der Frauenorganisation »Women in Black« handelte, kann ich nicht mit Bestimmtheit sagen. Sie stellte sich so vor. Die Repression gegen VertreterInnen verschiedener Antikriegskampagnen und Friedensbewegungen durch

Kontakt

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär
Lindenstr. 53
14467 Potsdam

Tel. 03 31 / 2 80 50 83
Fax 03 31 / 2 70 87 28

die serbische Miliz hat sich zwei, drei Wochen nach unserer Reise dramatisch zugespitzt. Es kann sein, daß sie wirklich eine Vertreterin von »Women in Black« war oder daß sie zum Programm der serbischen Regierung gehörte.

Die Friedensorganisationen sind durch den Krieg arbeits- und handlungsunfähig gemacht wurden. Eine Opposition gibt es nicht mehr. Zum Programm gehörte nicht, daß man sich der griechischen Friedensdemonstration anschloß, die an uns vorüberzog. Ich wäre gern dabei gewesen. Doch es stand nun mal nicht im Programm. Die seit dem Krieg »normal« gewordenen Antikriegskonzerte in Belgrad fielen an diesem Tag aus.

Erst vor der zerbombten Medienanstalt wurde einigen TeilnehmerInnen klar, daß sie für die serbische Propagandamaschine benutzt wurden. Sie weinten. Und doch wurden viele Gespräche mit SerbInnen geführt, Adressen ausgetauscht, Friedenslieder gesungen, Kerzen angezündet und Blumen niedergelegt. »...Luftalarm von 19 Uhr bis 10.30 Uhr morgens, wir können nicht mehr! Danke, daß Sie hier sind!«spiegelt die Stimmung der dort geführten Gespräche wieder.

Das Leben in Belgrad hat sich dem Krieg angepaßt. Disko z.B. beginnt um 14 Uhr. Ab 20 Uhr trifft man keinen Menschen mehr auf der Straße. Man verwies uns außer Landes, weil man uns nicht als menschliche Schutzschilde benutzen wollte und weil das serbische Fernsehen genug Bilder und Interviews von uns gemacht hatte. Man brauchte uns nicht mehr. Wir erreichten gegen 20 Uhr die jugoslawische Grenze. Unser Ziel mit den Menschen in Belgrad gemeinsam auf einer Brücke zu stehen, um diese vor den NATO Bomben zu schützen, uns mit ihnen solidarisch zu zeigen, konnten wir leider nicht verwirklichen.

Es gibt keine gerechten Kriege!

Justina Hoffmann

Überraschungen in Potsdam Kampagne im Stadtparlament, Lange Kerls in der Versenkung

Die Potsdamer Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär wird nach der Stadtverordnetenversammlung vom 2. Juni 99 wieder mit einer eigenen Fraktion »Die Andere« im Potsdamer Stadtparlament vertreten sein.

In der vorigen Legislaturperiode war die Kampagne Potsdam bereits einmal mit einer eigenen Fraktion »Die Andere« vertreten, hatte jedoch in der jetzigen nur ein Mandat gewinnen können. Der in Potsdam gewählte Axel Kruschat ist, nachdem er die Partei Bündnis 90 / Die Grünen wegen der bejahenden Haltung der Grünen zum Krieg gegen Jugoslawien verlassen hatte, nunmehr auch aus der bündnisgrünen Stadtfraktion ausgetreten. Damit bringt er seinen Protest gegen die Kosovo-Politik der Bundesregierung zum Ausdruck, wobei er sich besonders auf den grünen Außenminister Joseph Fischer bezieht. Axel Kruschat wird seine kommunalpolitische Arbeit fortsetzen und hat deshalb mit Guido Sauer von der Kampagne eine Fraktion gebildet. Dafür genügen in Potsdam erfreulicherweise zwei gewählte Abgeordnete. Die Entscheidung wurde der Stadtpräsidentin bereits verbindlich mitgeteilt. Die Entscheidung Axel Kruschats wird der antimilitaristischen Arbeit in Potsdam sicherlich weiteren Auftrieb geben.

Die von der Kampagne initiierten Dauerproteste gegen die Auftritte der sogenannten Langen Kerls, einer militarismusverherrlichenden Folkloretruppe, im öffentlichen Raum der Stadt Potsdam werden die geneigten ZuschauerInnen in diesem Jahr allerdings vermissen müssen. Überraschend sagten die Langen Kerls ihre öffentlichen Auftritte ab. Die PTM, eine Potsdamer Tourismus-Agentur, hatte mit den Auftritten der Langen Kerls noch im letzten Jahr versucht, nationalistische und militaristische TouristInnen zu ködern. Tatsächlich waren preußenfreundliche Busladungen vor dem Brandenburger Tor in Potsdam aufgetaucht und hatten dort das alberne Spektakel exerzierender und gelegentlich auch schießender Kerls fasziniert verfolgt. Angeregt von deren soldatischem Gehabe, hatte auch die eine oder andere militärbegeisterte Rentnerin gegen protestierende ZuschauerInnen selbst Hand angelegt. Nicht vermissen werden wir die Langen Kerls selbst, die laut Pressemeldungen nun meinen »Die Wachtparaden können auf der ganzen Welt stattfinden.« Mit anderen Worten, die Langen Kerls planen Einsätze out of area. Nach dem Motto »Der Prophet gilt nichts im eigenen Land« hatten sie im letzten Jahr mehrfach beklagt, daß sie in Potsdam weniger freundlich empfangen würden als im Ausland. Ob die Potsdamer Kampagne nun aber einen friedenserzwingende Einsatz im Ausland durchführen wird, bleibt vorerst offen.

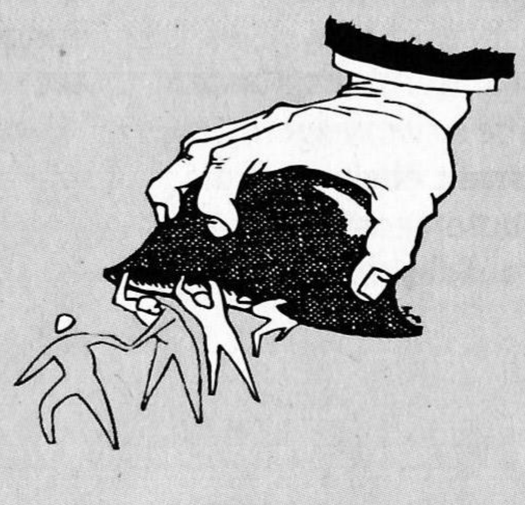
(Red.)

Innenansichten
- Mit uns gegen die Wehrpflicht-

Nicht ohne meine richterliche Durchsuchungsanordnung

Den Angaben des gegenwärtigen Leiters des Berliner Kreiswehrersatzamtes zufolge erging in Berlin zwischen 1992 und 97 in 6.000 Fällen das Ersuchen an die Polizei, dem KWEA jene Kandidaten zur Musterung vorzuführen, die sich diesem Wunsch des KWEA nicht freiwillig fügen wollten. In immerhin 1.200 von diesen Fällen konnte die Polizei auch die Erwartungen der Behörde erfüllen. Die Frage, inwieweit sie sich dabei immer an die geltenden Gesetze gehalten hat, wird jetzt durch ein Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin aufgeworfen. Die 23. Kammer des Gerichts hatte über folgenden Fall zu entscheiden: Ein junger Mensch hatte zwischen 1994 und 97 konsequent davon abgesehen, den Einladungen zur Musterung des KWEA Berlin zu folgen. Als die daraufhin um Amtshilfe gebetenen Polizeibeamten das Objekt der militärbürokratischen Begierde zu Hause aufsuchten, war niemand da, ihnen die Wohnungstür zu öffnen. Da sie aber Geräusche aus der Wohnung zu hören vermeinten und daraus den Schluß zogen, daß jemand zu Hause sei, ließen sie die Tür vom Schlüsseldienst öffnen und durchsuchten – erfolglos – die Wohnung. Zum Abschied ließen sie ein neues Türschloß einbauen und hinterlegten die Schlüssel auf dem Polizeirevier. Hiergegen wurde von dem Betroffenen – der kurze Zeit später glücklich jenes Alter erreichte, welches ihn dem Zugriff der Bundeswehr entzieht – Klage zur Feststellung erhoben, daß das Verhalten der Polizei rechtswidrig gewesen sei. Dazu nun hat besagte Kammer des Verwaltungsgerichts entschieden, daß die Polizei bei der Ausübung ihrer Amtshilfe für das KWEA nur dann berechtigt ist, eine Wohnung zu durchsuchen, wenn sie zuvor einen richterlichen Durchsuchungsbefehl eingeholt hat, es sei denn, Gefahr sei im Verzug, was aber in Fällen der zwangsweisen Musterungsvorführung in der Regel nicht zuträfe. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, da für das beklagte Land Berlin noch die Möglichkeit besteht, dagegen Revision einzulegen. Sollte das Urteil Rechtskraft erlangen, kann dies für Musterungsverweigerer nur bedeuten, ihre Wohnungstüren vor der Polizei geschlossen zu halten. Ohne richterliche Durchsuchungsanordnung können die da nichts machen.

Sigurd Jennerjahn



Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.

... wurde am 21.7.1990 von Kriegsdienstverweigerern, Wehrflüchtlingen und AntimilitaristInnen in Berlin gegründet. Unser Ziel ist die ersatzlose Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und der damit verbundenen Zwangsdienste. Außerdem setzen wir uns für die Abrüstung, Reduzierung und letztendlich Auflösung der Armeen ein.

Derzeitige Schwerpunkte unserer Arbeit sind:
- *Information und Hilfestellung für Kriegsdienstverweigerer*
- *Hilfe für in Bedrängnis geratene Wehrpflichtige bei der Auseinandersetzung mit der Bundeswehr*
- *Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Friedenspolitik, Entmilitarisierung, Dienstpflicht, KDV*
- *internationale Durchsetzung des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung durch Projekte und Unterstützung befreundeter Gruppen im Ausland, z.B. in der Türkei*
- *Herausgabe der Zeitschrift illoyal - Journal für Antimilitarismus*

Als Mitglied erhältst Du
- *kompetente Hilfe bei allen Fragen der Wehrpflicht und Verweigerung*
- *aktuelle Informationen zur Praxis der Militärbehörden bei Musterung, Einberufung usw.*
- *Spezialberatung zur KDV für Soldaten, Reservisten und Doppelstaater*
- *vier mal jährlich die Zeitschrift illoyal frei Haus*

Wir sind ins Vereinsregister eingetragen und als gemeinnützig anerkannt. Du kannst uns durch Mitgliedschaft, Förderung oder durch Deine Mitarbeit unterstützen

☐ Ich möchte weitere Informationen über den Verein
☐ Ich möchte Mitglied von »Mit uns gegen die Wehrpflicht« werden

Name _____

Adresse _____

Bitte ausschneiden und an folgende Adresse senden:
MIT UNS GEGEN DIE WEHRPFLICHT E.V.
Oranienstr. 25, 10999 Berlin

Es ist Krieg, und alle stehen Gewehr bei Fuß
Rechte von Zeit- und Berufssoldaten, die sich dem Krieg verweigern

Diese Zeilen richten sich an diejenigen, die dachten, daß eine Landesverteidigung mit Waffengewalt sinnvoll und gerechtfertigt ist.

Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in einem Krieg, der nicht erklärt wurde, aber tatsächlich einen Angriff auf einen souveränen Staat bedeutet. Das Grundgesetz verbietet einen derartigen Angriff. (1) Vielmehr wird jeder Bundesbürger dazu aufgefordert, gegen Personen, Situationen und politische Gegebenheiten Widerstand zu leisten, die die freiheitliche Grundordnung verletzen oder beseitigen wollen. (2) Legitimiert wird der Krieg als ein »gerechter Krieg«. Er diene den Menschenrechten. Aber können Menschenrechte gegeneinander aufgewogen werden? Rechtfertigt das Ziel, die Menschenrechte zu schützen auf der einen Seite das gleichzeitige Verletzen der Menschenrechte auf der anderen Seite? Wer setzt die Maßstäbe, wann welche Menschenrechte verletzt werden können um andere Menschenrechte zu schützen? Jeder Soldat sollte sich überlegen, ob die gewachsene Verantwortung Deutschlands in der Völkergemeinschaft gleichzusetzen ist mit der Anwendung von Waffengewalt. Jeder Soldat sollte sich überlegen, ob der Krieg als die logische Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln zwangsläufig legitim ist.

Jeder Staatsbürger hat das Recht, Widerstand zu leisten. Daraus könnte man schließen, daß jeder Soldat das Recht hat, Befehle zu verweigern, die im Zusammenhang mit dem Jugoslawienkrieg stehen. Dem ist leider nicht so. Jeder Soldat, der einen Befehl verweigert, wird wegen Gehorsamsverweigerung nach § 20 Wehrstrafgesetz (WstG) mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft. Die Grundrechte finden ihre Einschränkung durch das Wehrpflichtgesetz. Ebenso ist es für Soldaten nicht erlaubt, sich mit anderen zusammenzuschließen und gegen den Bundeswehreinsatz in Jugoslawien zu demonstrieren oder politisch zu agitieren. Nur in seiner Freizeit und ohne Uniform kann ein Soldat an politischen Veranstaltungen teilnehmen.

Jeder Soldat hat das Recht, aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern. Dabei spielt die Länge der Dienstzeit, ebenso wie die Verpflichtungszeit, nur eine untergeordnete Rolle. Ich verweise an dieser Stelle auf die letzten Ausgaben von *illoyal*, in denen die Inhalte und Formalitäten der Kriegsdienstverweigerung nach Art. 4 Abs. 3 Satz 1 GG besprochen wurden. Besonderheiten ergeben sich bei Zeit- und Berufssoldaten durch die Tatsache, daß sie sich freiwillig für einen längeren Wehrdienst verpflichtet haben. Dies gilt gleichermaßen für die freiwillig länger dienenden Wehrpflichtigen (W 10 plus). Bei der Begründung des Antrages auf Kriegsdienstverweigerung muß darauf geachtet werden, daß man erklärt, wodurch der Gewissenskonflikt, nicht mehr töten zu können, entstanden ist. Denn mindestens durch die freiwillige Verpflichtung, länger Wehrdienst zu leisten, wurde das Töten im Krieg billigend akzeptiert. Ebenso wurde mit dieser Verpflichtung die Auslandsverwendung in der Bundeswehr automatisch akzeptiert. Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien kann als Anlaß genommen werden, über den eigenen Status und die eigene Beteiligung an eventuellen zukünftigen Tötungshandlungen nachzudenken. Er kann und darf jedoch nicht der einzige Grund für die Verweigerung sein. Eine sogenannte »situative Verweigerung« wird nur sehr selten als Gewissensbegründung anerkannt. Eine bestimmte Situation kann zu einer Gewissensentscheidung führen, muß dann aber sehr gut erklärt werden.
Der Antragsteller bleibt bis zu seiner rechtskräftigen Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer Soldat, auf Antrag wird er vom Dienst an der Waffe befreit. Dieser Antrag ist wichtig, da er zur Glaubwürdigkeit des Antragstellers beiträgt. Befindet sich der Kriegsdienstverweigerer in einem militärischen einsatz, wird er automatisch zu einem waffenlosen Dienst eingeteilt. Nach rechtskräftiger Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer ist der Soldat binnen drei Tagen aus der Bundeswehr zu entlassen.

Die am Anfang erwähnten Punkte und Fragen können eine Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen nach der geltenden Rechtsprechung nicht begründen. Als Kriegsdienstverweigerer wird nur anerkannt, wer erklären kann, warum sein Gewissen ihm verbietet, einen Menschen zu töten. Jedoch kann ein Soldat auf Zeit oder ein Berufssoldat sein Dienstverhältnis vorzeitig beenden, was er individuell beantragen muß. Dieser Antrag muß ausführlich begründet werden. Ob Kriegsdienstverweigerung oder vorzeitige Entlassung auf Antrag – der Soldat muß mit hoher Wahrscheinlichkeit Gelder für durchgeführte Berufsausbildungen zurückzahlen.
Aufgrund der bisher kurzen Geschichte von Kriegseinsätzen der Bundeswehr gibt es nur wenig Erfahrungen mit Kriegsdienstverweigerung von Bundeswehrsoldaten im militärischen Einsatz.

Michael Behrendt

(1) Art. 26 GG -Verbot des Angriffskrieges
(2) Art. 20 GG – Bundesstaatliche Verfassung; Widerstandsrecht

Service

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär

Oranienstr. 25, 10999 Berlin
Tel. 0 30 / 61 50 05 30 Fax 0 30 / 61 50 05 29
e-mail: info@Kampagne.DE
http://www.Kampagne.DE
Überblicksveranstaltung: dienstags 17.30
Information für Doppelstaater, Deserteure, Totalverweigerer und alle anderen: nach Vereinbarung
Aktuelle Fragestunde: freitags 17.30
Soldaten- und Reservistenberatung: jeden 1. Freitag im Monat 19.30 – 20.30
Vorbereitung auf die mündliche KDV-Anhörung: montags 17.30

Adressen

Es gibt bundesweit zahlreiche Anlaufstellen, deren Adressen sich leider oft ändern. Wer eine aktuelle Adresse sucht, wende sich bitte an die Berliner Kampagne. Dort wird gern Kontakt vermittelt zu: Kampagnen und Beratungsstellen bundesweit · TKDV-Anlaufstellen · Rechtshilfefonds · Schwulen Kriegsdienstgegnern · Zivildienstberatung

Bücher und Broschüren

anti wehrpflicht broschüre
von Michael Behrendt und Matthias Mücke, Standard-Ratgeber für alle Fragen der Wehrpflicht herausgegeben von der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Berlin: Verlag Mit uns gegen die Wehrpflicht 1996, 50 S., DM 7,00

Totalverweigerung – eine Streitschrift für die Totale Kriegsdienstverweigerung *von Christian Herz herausgegeben vom Komitee für Grundrechte und Demokratie, 5. Auflage, Köln: Komitee für Grundrechte und Demokratie 1995, 227 S., DM 13,00*

Askerligi Reddedelim – Kriegsdienste verweigern!
Ratgeber für türkische Staatsangehörige und für deutsch-türkische Doppelstaater von Christian Herz und Mustafa Ünalan, zweisprachig türkisch-deutsch, herausgegeben von der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Berlin: Verlag Mit uns gegen die Wehrpflicht 1996, 52 S., DM 5,00

Auf keinen Fall zum Bund!
Gespräche mit ratsuchenden Wehrpflichtigen
Redaktion: Ulrich Hesse
Herausgabe, Verlag und Vertrieb: Mit uns gegen die Wehrpflicht, Berlin 1998, 50 S., DM 5,00

Termine

11. – 16. Juli 1999 International Summer School des Projektverbundes Friedens- und Konfliktforschung in Niedersachsen
Kontakt: Projektverbund Friedens- und Konfliktforschung, Osnabrück
Tel.: 05 41/9 69-48 03, Fax: 05 41/9 69 47 63

20. Juli 1999 GelöbNIX in Berlin
Bundeswehrrekruten-Gelöbnis am Bendlerblock
Protest ist möglich
Info: 030 / 61 50 05 30

20. Juli 1999, 15:00 Uhr
AG Hersbruck, TKDV-Prozeß gegen Ronny Spindler
Schloßplatz 1, Raum 5/1,

23. Juli 1999 »Großer Zapfenstreich«
Horb am Neckar, Ypern-Kaserne
Protest ist möglich
Info: Horber Initiative für den Frieden, Kreuzstr. 3, 72160 Horb, Tel. 0 74 82 / 91 32 00

30. Juli - 8. August Friedensritt 99
Neuwied bis Büchel (Atomwaffenlager/Fliegerhorst der Luftwaffe bei Cochem)
Kontakt: FriedensreiterInnen Marienheide
Tel. 0 22 64 / 69 23 Fax 0 22 64 / 14 43

4. – 8. August 1999
ATOMWAFFEN-FREI-ZEIT
Sommercamp gegen die Stationierung von Atomwaffen auf dem Militärflughafen Büchel
Kontakt: Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen, Lenzhalde 53, 70806 Kornwestheim
Tel. 0 71 54 / 2 20 26 Fax 0 71 54 / 18 66 43

5. August 1999, 11:00 Uhr
am LG Itzehoe, TKDV-Prozeß gegen Sönke Müller (Berufungsverhandlung)
Itzehoe, Breitenburger Straße 68, Saal 28,

13. – 15. August 1999
Köln: Informations-Seminar über Peace Brigades International
Kontakt: Peace Brigades International, Chemnitzstr. 80, 22767 Hamburg
Tel. 0 40 / 3 80 69 03 Fax 0 40 / 3 86 94 17

1. September 1999 Antikriegstag – Abschluß der Sommeraktionstage
Neuruppin, Info: BI FREIe HEIDe, Robert-Koch-Str. 7, 16816 Neuruppin
Tel. 0 33 91 / 39 80 47 Fax 0 33 91 / 39 80 47

Absender: Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V. · Oranienstr. 25 · 10999 Berlin
Postvertriebsstück • Entgelt bezahlt • VKZ: A 45596

Kampagne gegen Wehrpflicht,
Zwangsdienste und Militär
Infoladen Conne Island
Koburger Str. 3

04277 Leipzig (Connewitz)

„Der ideale Kämpfer schießt gut, ist körperlich fit, schuldenfrei, gehorsam, insgesamt eher unauffällig. Der Trend,"

sagt Bernhard Fleckenstein von der Bundeswehr-Universität in München,

„geht aber zum derberen Typen." Das klingt nach amerikanischen Marines, nach Rambos. Werden die gezielt gesucht? Offiziell nicht.

Oberstleutnant Evers denkt noch einmal über die Frage nach und sagt dann:

„Doch, wir meinen denselben Personentyp. In der Praxis ist es der Rambo." Darum gehe es doch wohl bei der Bundeswehr: Die Leute möglichst effektiv zum Töten auszubilden.

Die Zeit vom 8. April 1999, Aus Dienst wird Ernst

E I G E N T U M S V O R B E H A L T :
Diese Zeitschrift ist so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.
ISSN 1434-2871